

2+3/26

www.dji.de

impulse

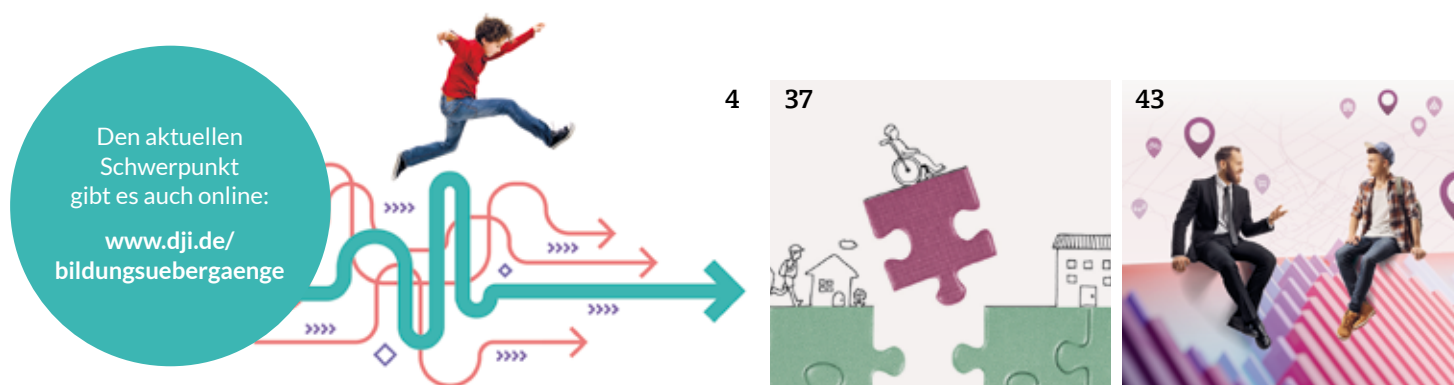
Das Forschungsmagazin
des Deutschen Jugendinstituts



Bildung ohne Barrieren

Wie sich Übergänge chancengerechter gestalten lassen

„Faire Chancen schafft man früh“ – Interview mit Bundesministerin Karin Prien // Weichenstellung nach der Grundschule – Analyse der Benachteiligungen am Übertritt // Frühe Arbeitserfahrungen erleichtern den Berufseinstieg – neue Studienergebnisse zur Wirkung von Nebenjobs, Praktika und Ehrenamt



SCHWERPUNKT

04 Anschlüsse schaffen, Brüche im Bildungsweg überwinden

Soziale Ungleichheiten werden an den Übergängen des deutschen Bildungssystems eher verfestigt als abgebaut. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, welche Reformen und Unterstützungsstrukturen erforderlich sind. *Von Birgit Reißig und Susan Seeber*

12 Interview**„Faire Chancen schafft man früh“**

Bundesministerin Karin Prien spricht im Interview darüber, wie sie mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen will, welche Potenziale sie im neuen Zuschnitt ihres Ministeriums sieht – und warum sie derzeit neuen politischen Reformwillen erkennt.

15 Den Schulstart gut vorbereiten

Entscheidende Grundlagen für den Bildungserfolg werden schon vor der Einschulung gelegt. Frühe Kompetenzmessungen können helfen, Förderbedarfe rechtzeitig zu erkennen und Kinder gezielt zu unterstützen. *Von Susanne Lochner*

19 Interview**„Eine inklusive Schule nimmt alle Kinder des Sprengels auf“**

Beim Schuleintritt stoßen Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf noch immer auf Barrieren. Im Interview erläutert der Bildungsforscher Markus Gebhardt, warum das Förderschulsystem problematisch ist und wie Inklusion gelingen kann.

22 Weichenstellung nach der Grundschule

Der Übergang in die weiterführende Schule beeinflusst den Bildungsweg maßgeblich. Die soziale Herkunft prägt die schulischen Kompetenzen, die Übergangsempfehlungen der Lehrkräfte und die Bildungsaspirationen der Eltern. Wie sich Benachteiligungen am Übertritt verringern lassen. *Von Mirjam Weis und Christine Steiner*

26 Frühe Arbeitserfahrungen erleichtern den Berufseinstieg

Nebenjobs, Praktika, Ehrenamt: Jugendliche, die schon während der Schulzeit nebenbei arbeiten, finden schneller ihren Weg in die berufliche Bildung als Gleichaltrige ohne entsprechende Erfahrungen. *Von Christine Steiner und Stefan Hofherr*

32 Engpass Ausbildung

Mehr junge Menschen suchen einen Ausbildungsplatz, doch das Angebot geht zurück. Für den Übergang ins Berufsleben wird Unterstützung für Jugendliche und Betriebe wichtiger – und muss gezielt weiterentwickelt werden. *Von Hubert Ertl*

37 Inklusive berufliche Bildung regional verankern

Junge Menschen mit Behinderungen stoßen beim Übergang in den regulären Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt auf zahlreiche Hürden. Kommunen haben großen Einfluss auf die Entwicklung von neuen inklusiven Strukturen. *Von Philipp Reimann, Frank Tillmann und Theresa Prenzel*

43 Zukunftsperspektiven vor Ort schaffen, Fachkräfte sichern

Strukturschwache Regionen und Kommunen nutzen datenbasiertes Bildungsmanagement und systematisches Monitoring, um Abwanderung von jungen Menschen frühzeitig entgegenzuwirken. *Von Jenny Richter*

THEMEN

46 Kita-Ausbau verliert an Tempo, regionale Unterschiede nehmen zu

Der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2026“ zeigt: Während in einigen Regionen Angebotslücken bestehen, sind andere mit rückläufigen Kinderzahlen konfrontiert.

49 Unerwartete Kita-Schließungen gehen mit Zweifeln an der Qualität einher

Eine neue DJI-Analyse macht deutlich, welche Familien ungeplante Ausfälle im Kita-Alltag am häufigsten erleben und welche Qualitätsbedenken Eltern haben.

52 Interview**„Verlorenes Vertrauen in die Kita kehrt nicht mit ein paar zusätzlichen Stellen zurück“**

Ein Gespräch mit DJI-Forschungsdirektorin Susanne Kuger über ungeplante Kita-Schließungen infolge des Personalmangels – und die politischen Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind.

55 Engagierte Väter festigen die Eltern-Kind-Beziehung

Aktuelle Analysen auf Basis des DJI-Surveys AID:A belegen: Wie sich Väter gegenüber ihren Kindern verhalten, wirkt sich langfristig auf die Beziehungsqualität aus.

56 Leserückgang bei Jugendlichen vorerst gebremst

Immer weniger Jugendliche lesen täglich Bücher – im Jahr 2023 hat sich dieser Trend jedoch abgeschwächt, zeigen Daten des DJI-Surveys AID:A.

58 Mehr Schutz von Minderjährigen in sozialen Medien

Eine DJI-Stellungnahme betont, dass es ein Zusammenspiel aus Regulierung, Medienbildung und Aufklärung braucht.



”

Die Chancen von Kindern lassen sich deutlich verbessern, wenn Maßnahmen nicht solitär angelegt werden.

60 Gewaltkriminalität junger Menschen: unterschiedliche Entwicklungen

Während bei Jugendlichen die Zahl der Tatverdächtigen sinkt, nimmt sie bei Kindern unter 14 Jahren auf sehr niedrigem Niveau zu, zeigt die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik. Doch die Aussagekraft der Daten ist begrenzt – Antworten auf wichtige Fragen.

63 Reform der Kinder- und Jugendhilfe: Anpassungen nötig

DJI-Expert:innen befürworten die geplante Strukturreform bei einer Anhörung im Bundesministerium, sehen jedoch an zentralen Punkten weiteren Handlungsbedarf.

65 Pflegekinder und Pflegefamilien besser unterstützen

Gefährdungsmitteilungen zu Pflegekindern ernsthaft zu prüfen, ohne das grundsätzliche Vertrauen von Pflegeeltern zu verlieren, ist ein Spagat für Pflegekinderdienste. Wie dieser besser gelingen könnte, geht aus einer aktuellen DJI-Stellungnahme hervor.

66 Humboldt-Preisträger David Kaplan zu Gast am DJI

Der renommierte Statistik-Experte von der University of Wisconsin-Madison (USA) arbeitet zwei Monate lang am DJI an statistischen Forschungsmethoden und entwickelt mit den Forschenden neue Impulse für Forschungsvorhaben.

NOTIZEN |

68 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut

75 Impressum

Der neu erschienene nationale Bildungsbericht 2026 enthält auf Seite XVI eine schematische Übersicht über das Bildungssystem Deutschlands. Wer diese etwas genauer studiert, bekommt eine Idee davon, dass Bildungswege bei Weitem nicht immer geradlinig verlaufen. Und selbst wenn, sind sie geprägt von Übergängen – vom Kindergarten in die Grundschule, von dort in die weiterführende Schule, dann in die Ausbildung oder ins Studium und schließlich in den Beruf. Gerade an diesen entscheidenden Weichenstellungen zeigt sich jedoch, wie eng Bildungserfolg in Deutschland noch immer mit der sozialen Herkunft verknüpft ist. Statt Benachteiligungen auszugleichen, tragen die Übergänge zwischen Bildungsinstitutionen und -bereichen häufig dazu bei, Ungleichheiten zu verstärken.

Die Beiträge dieser Ausgabe unseres Forschungsmagazins DJI Impulse richten den Blick auf ausgewählte Bildungsabschnitte und neuralgische Punkte im Bildungssystem, die Bildungskarrieren brüchig werden lassen und zu Ungleichheiten beitragen. Zugleich werden Beispiele dafür gezeigt, wie Eltern, Fachkräfte, Betriebe und Kommunen inklusive Bildungsangebote ausbauen können und so Fachkräfte sichern und jungen Menschen Zukunftsperspektiven vor Ort eröffnen.

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile – dies gilt hier im doppelten Sinne: Gemeinsam machen die Beiträge deutlich, dass die Chancen von Kindern sich deutlich verbessern lassen, wenn Maßnahmen nicht solitär angelegt werden, sondern durch verlässliche Unterstützungsstrukturen entlang des gesamten Bildungswegs ineinandergreifen. Dass der Wille zur Realisierung entsprechender Angebote derzeit wieder stärker erkennbar ist, greift auch das Interview mit Bundesministerin Karin Prien auf.

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre.

Prof. Dr. Susanne Kuger
Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts

Anschlüsse schaffen, Brüche im Bildungsweg überwinden

Soziale Ungleichheiten werden an den Übergängen des deutschen Bildungssystems eher verfestigt als abgebaut. Denn wenn Bildungsbereiche nicht ausreichend ineinandergreifen, können Brüche in Bildungs- und späteren Erwerbsbiografien entstehen. Aktuelle Forschungsergebnisse zeigen, welche Reformen und Unterstützungsstrukturen erforderlich sind.



Mehr Analysen,
Berichte und Interviews
zum aktuellen Schwerpunkt
gibt es online:

[www.dji.de/
bildungsuebergaenge](http://www.dji.de/bildungsuebergaenge)

Von Birgit Reißig und Susan Seeber

Bildung gilt in modernen Gesellschaften als zentrales Versprechen sozialer Teilhabe und individuellen Aufstiegs. Insbesondere in demokratischen Wohlfahrtsstaaten wird Bildung nicht allein als Instrument der Qualifizierung für den Arbeitsmarkt verstanden, sondern zugleich als Voraussetzung gesellschaftlicher Integration, politischer Partizipation und sozialer Mobilität. Trotz stark steigender Bildungsbeteiligung seit den 1960er-Jahren bleibt der Bildungserfolg in Deutschland jedoch weiterhin eng mit sozialer Herkunft verknüpft. Faktoren wie familiäre Ressourcen, kulturelles Kapital oder soziale Milieus beeinflussen Bildungswege erheblich. Gerade das deutsche Bildungssystem zeichnet sich durch eine Vielzahl institutioneller Übergänge aus, die als „Scharnierstellen“ oder kritische Passagen von Bildungsbiografien beschrieben werden können. Diese Übergänge eröffnen zwar Anschlussmöglichkeiten, bergen zugleich aber das Risiko von Brüchen, Verzögerungen oder Exklusion.

Übergänge vom Primar- in den Sekundarbereich, von der Schule in Ausbildung oder Studium sowie später in Erwerbsarbeit gelten seit Langem als sensible Phasen, in denen soziale Ungleichheiten verstärkt sichtbar werden. In diesen Phasen werden Bildungsentscheidungen von den Eltern für ihre Kinder oder später von den Individuen selbst getroffen, die langfristige Auswirkungen auf Bildungs- und Erwerbsbiografien haben. Dabei wirken sowohl primäre als auch sekundäre Einflüsse der sozialen Herkunft. Forschungsergebnisse zeigen, dass soziale Herkunft hier oftmals stärker wirkt als tatsächliche Leistungsunterschiede (Helbig/Karwath/Kleinert 2026).



Bildungsungleichheiten entstehen aber nicht nur über soziale Herkunftsfaktoren, sondern können auch durch zuwanderungsbedingte Merkmale, Geschlecht, Gesundheitsstatus oder auch regionale Bildungsangebote, non-formale Beteiligungsmöglichkeiten und das Wohnumfeld verstärkt oder abgeschwächt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Bildungsübergänge so gestaltet werden können, dass individuelle und strukturelle Barrieren und insbesondere soziale Selektionsmechanismen abgebaut werden, Teilhabe und individuelle Förderung ermöglicht wird. Für Politik und Praxis ergibt sich daraus die gemeinsame Aufgabe, Übergänge nicht allein administrativ zu organisieren, sondern strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass diese pädagogisch und sozial inklusiv gestaltet werden können. Wissenschaft kann und sollte dabei Erkenntnisse über Wirkungszusammenhänge sowie mögliche Handlungsoptionen bereitstellen, um Bildungsungleichheiten zu verringern.

Frühe Weichenstellungen in Familie und Kita

Bereits der frühe Übergang von der Kindertagesbetreuung in die Grundschule markiert für Kinder und Familien eine zentrale Entwicklungs- und Anpassungsphase. In dieser treffen unterschiedliche institutionelle Logiken, Erwartungen und Förderstrukturen aufeinander. Längst zeigen sich schon hier erhebliche Unterschiede in den Voraussetzungen der Kinder. Sprachliche

„
Forschungsergebnisse zeigen, dass soziale Herkunft an Bildungsübergängen oftmals stärker wirkt als tatsächliche Leistungsunterschiede.“



Frühe Bildungsinstitutionen wie Kindertageseinrichtungen können eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Chancengerechtigkeit einnehmen.

Der nationale Bildungsbericht 2026: viele Reformen, wenig Fortschritt

Der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2026“ zeigt: Das Bildungssystem kommt trotz zahlreicher Reformen kaum voran. Immer mehr Schüler:innen verfehlen grundlegende Kompetenzstandards, soziale Ungleichheiten bleiben im gesamten Bildungsweg bestehen, und der Fachkräftemangel verschärft sich. Gleichzeitig bringen Zuwanderung, Inklusion, Digitalisierung und gesellschaftlicher Wandel zunehmende Herausforderungen mit sich, die sich in allen Bildungsbereichen überlagern und verstärken. Damit wird eine übergreifend koordinierte, langfristig angelegte Bildungssteuerung mit klaren Zielen dringlicher denn je, so die Autor:innen des im Juni erschienenen Berichts. Dieser liefert alle zwei Jahre eine empirische Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens auf der Grundlage von amtlichen Statistiken und sozialwissenschaftlichen Daten und Studien. Der aktuelle Bericht legt im Schwerpunkt Kapitel den Fokus auf das Thema „Bildungsungleichheit“. Er wurde wie immer von einer unabhängigen Gruppe von Wissenschaftler:innen erstellt, die folgende Einrichtungen vertreten: Das DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (Föderführung), das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE), das Deutsche Jugendinstitut (DJI), das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIbBi), das Soziologische Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität sowie die Statistischen Ämter des Bundes (Destatis) und der Länder. Die DJI-Wissenschaftler:innen bearbeiten insbesondere die Entwicklungen in der frühkindlichen Bildung sowie beim ganztägigen und non-formalen Lernen im Schulalter (siehe S. 15 und 46 in dieser Ausgabe). Die Kultusministerkonferenz (KMK) und das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) fördern die Erarbeitung des Berichts.

 Weitere Informationen bei bildungsbericht.de

Kompetenzen, soziale Erfahrungen, familiäre Unterstützungsmöglichkeiten oder der Zugang zu qualitativ hochwertiger frühkindlicher Bildung beeinflussen maßgeblich die weiteren Bildungschancen. Zugleich wird deutlich, dass frühe Bildungsinstitutionen wie Kindertageseinrichtungen eine zentrale Rolle bei der Herstellung von Chancengerechtigkeit einnehmen können. Gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien profitieren häufig besonders stark von qualitativ hochwertiger frühkindlicher Förderung (Ghiradi u.a. 2023).

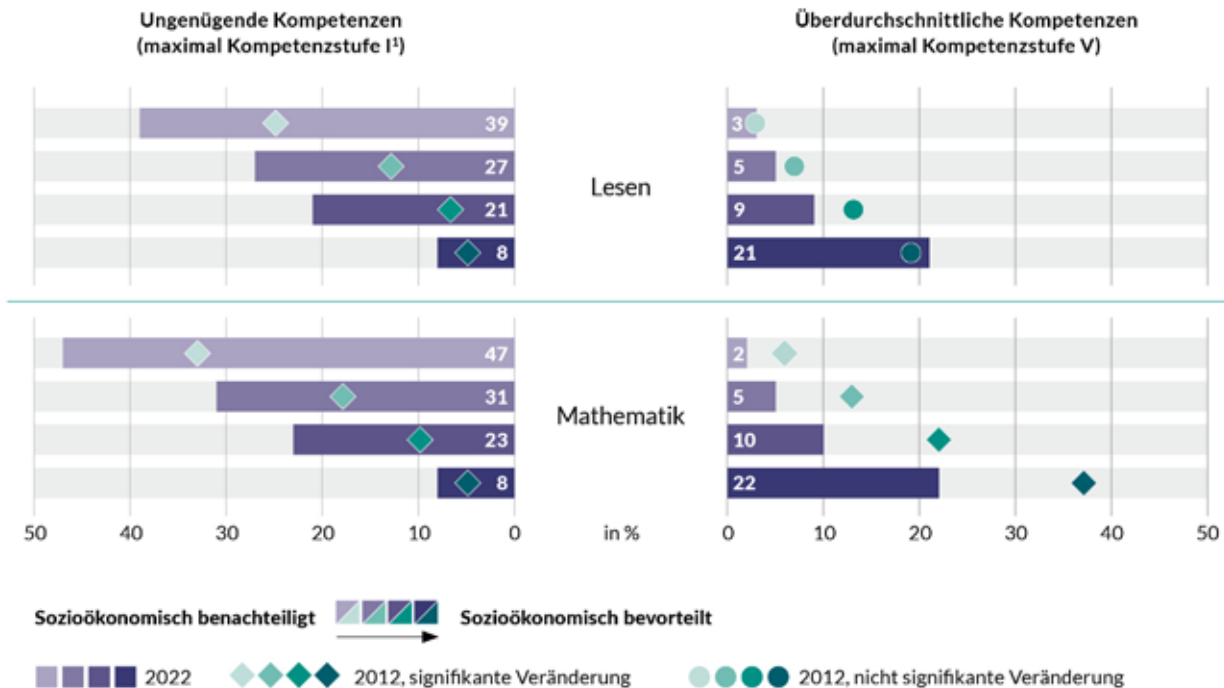
Dennoch bestehen auch im Bereich der frühkindlichen Bildung erhebliche Unterschiede hinsichtlich Zugänglichkeit, Qualität und institutioneller Ausstattung. Zwar liegt die Betreuungsquote bei Vierjährigen in Deutschland bei über 90 Prozent, aber gerade bei Jüngeren zeigen sich deutliche soziale Unterschiede. So besuchen im Alter von 15 Monaten mehr Kinder aus höheren Schichten eine Kita als aus niedrigen sozialen Schichten. Im weiteren Altersverlauf bis 27 Monate verstärkt sich diese Tendenz (Helbig/Karwath/Kleinert 2026). In der Folge nähern sich die Betreuungsquoten zwar an, jedoch gilt dies nur für die mittleren und oberen sozialen Schichten. Kinder aus unteren Sozialschichten sind weiterhin weniger beteiligt.

Die Chancen des Abbaus sozialer Ungleichheit über eine möglichst frühe Integration und Förderung in Kindertageseinrichtungen werden durch die soziale Segregation der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote (Hogrebe/Pomykaj/Schulder 2021) und durch lokales Steuerungsverhalten (Menzel/Scholz 2022) teils erheblich abgeschwächt. Damit wird der Übergang in die Grundschule für sozial benachteiligte Kinder zu einer ersten potenziellen Bruchstelle im Bildungssystem. Unterschiede in Entwicklungsständen und Bildungsressourcen bei Schuleintritt beeinflussen das Lernen in der Grundschule und haben nachhaltig Auswirkungen für den weiteren Bildungsweg (siehe auch S.15 in dieser Ausgabe).

Soziale Einflüsse bestimmen die Schulkarriere

Bezogen auf Verläufe durch das Schulsystem herrscht eine lange Tradition der Analyse von Faktoren sozialer Ungleichheit und deren Auswirkungen auf den Erfolg von schulischen Bildungskarrieren. Eine Zäsur wurde hierbei durch die weltweit größte internationale Schulleistungsstudie PISA gesetzt. Die Ergebnisse, die den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzeigen, lösten den sogenannten „PISA-Schock“ aus

Abbildung 1: Anteile der Schüler:innen in Deutschland, die ungenügende oder überdurchschnittliche Kompetenzen in den Bereichen Lesen und Mathematik erreichen, nach sozialer Herkunft 2012 und 2022**



* Die soziale Herkunft wird in der PISA-Studie anhand verschiedener Items erhoben, aus denen anschließend der Index of Economic, Social and Cultural Status (ESCS) gebildet wird. Die Schüler:innen werden anhand des ESCS in Quartile unterteilt. Die Gruppe der sozioökonomisch am meisten benachteiligten Haushalte umfasst die unteren 25 Prozent, die Gruppe der am meisten bevorteilten Haushalte die oberen 25 Prozent.

1) In der PISA-Studie werden sechs Kompetenzstufen unterschieden. Für jede Stufe ist fachbezogen formuliert, welche Anforderungen Schüler:innen erfüllen müssen, um die entsprechende Stufe zu erreichen.

Quelle: PISA 2022, eigene Darstellung

Quelle: Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2026, S. 256

(Baumert u.a. 2001). Kinder aus akademisch und ökonomisch privilegierten Familien erreichten deutlich häufiger höhere Kompetenzniveaus und besuchten überproportional oft das Gymnasium, während Kinder aus sozial benachteiligten Familien wesentlich geringere Chancen auf höhere Bildungsabschlüsse hatten. Damit wurde sichtbar, dass das deutsche Bildungssystem bestehende soziale Ungleichheiten nicht ausreichend kompensiert, sondern teilweise sogar reproduziert. Auch die aktuellen PISA-Ergebnisse zeigen, dass diese Problematik weiterhin besteht. Zwar wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten zahlreiche Reformen angestoßen – etwa der Ausbau frühkindlicher Bildung, Ganztagsangebote oder Maßnahmen individueller Förderung –, dennoch bleibt der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland vergleichsweise stark ausgeprägt (OECD 2023, siehe Abbildung 1, oben).

Besonders folgenreich ist der Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule (siehe auch S.22 in dieser Ausgabe). Kinder aus hohen sozialen Schichten be-

suchen deutlich häufiger ein Gymnasium als Kinder aus niedrigen Schichten. Befunde des Nationalen Bildungspanels, kurz NEPS, zeigen, dass sich zwar knapp zwei Drittel dieser Disparitäten durch Unterschiede in den Noten, Kompetenzen und der Übergangsempfehlung (primäre Effekte) erklären, doch verbleibt ein signifikanter Anteil, der sich durch die soziale Herkunft bestimmt (Helbig/Karwath/Kleinert 2026). Besonders sekundäre Herkunftseffekte wiegen schwer: Eltern mit hohem Bildungsniveau und hohem beruflichem Status melden ihre Kinder auch bei fehlender Gymnasialempfehlung oder vergleichbaren Leistungen häufiger an ein Gymnasium an. Interessanterweise zeigt sich für Kinder mit Migrationshintergrund bei Kontrolle der sozialen Lage kein Nachteil; sie wechseln aufgrund höherer Bildungsaspirationen sogar häufiger auf das Gymnasium als Kinder ohne Migrationshintergrund (ebd.).

Mit dem Ausbau der Möglichkeiten des Erwerbs der schulischen Hochschulreife an berufsbildenden Schulen (berufliche Gymnasien, Fachoberschulen, Berufsoberschulen) wurde das Bildungssystem durchlässiger gestaltet. Circa



Jugendlichen ohne oder mit Erstem Schulabschluss steht de facto nur ein schmales Segment an Ausbildungsberufen mit meist niedrigem Berufsprestige offen.

ein Drittel der Lernenden, die eine Hochschulreife anstreben, wählen dazu eine berufsbildende Schule, zeigt der im Juni 2026 neu erschienene nationale Bildungsbericht (siehe auch S.46 in dieser Ausgabe; AGBB 2026, Kapitel D2). Soziale Einflüsse bestimmen jedoch, auf welcher Schulform die Hochschulreife erworben wird und welche nachschulischen Bildungswege eingeschlagen werden.

Eine besondere Herausforderung besteht weiterhin darin, die bildungspolitisch verankerten Ziele eines inklusiven Bildungswesens in der schulischen Praxis flächendeckend zu verwirklichen – trotz der bereits vor mehr als einem Jahrzehnt formulierten Leitlinien der Deutschen UNESCO-Kommission (siehe auch S.19 in dieser Ausgabe). Die Beschulung findet in Deutschland zu einem nicht unerheblichen Teil in Förder- beziehungsweise Sonderschulen statt. Zwar ist der Anteil inklusiv beschulter Kinder und Jugendlicher laut dem aktuellen nationalen Bildungsbericht auf nunmehr circa 45 Prozent angestiegen, aber es zeigen sich erhebliche Unterschiede in den Inklusionsstrategien nach Ländern. Der Inklusionsanteil variiert von 26 Prozent in Rheinland-Pfalz bis hin zu einer nahezu vollständigen Inklusion von 93 Prozent in Bremen (AGBB 2026, Kapitel D1). Ungleichheiten resultieren für junge Menschen an Förderschulen vor allem aus den stark eingeschränkten Möglichkeiten des Erwerbs eines Schulabschlusses, aber auch aus der Stigmatisierung durch das Förderschullabel etwa beim Übergang in eine Ausbildung (AGBB 2026, Kapitel E1) (siehe auch S.37 in dieser Ausgabe).

Zweite Chance Ausbildung: warum das Aufstiegsversprechen bröckelt

Bis zum Verlassen der allgemeinbildenden Schule haben sich Benachteiligungen oftmals schon verfestigt, und es sind Sortierungen erfolgt, die die weiteren Bildungs- und Erwerbskarrieren vorzeichnen. Jugendlichen stehen danach grundsätzlich verschiedene Wege offen, so der Besuch einer zur Hochschulreife führenden Schulform im allgemein- oder berufsbildenden Bereich, der Weg in eine berufliche Ausbildung, in die Berufsvorbereitung oder auch Freiwilligendienste oder (ungelernte) Erwerbsarbeit.

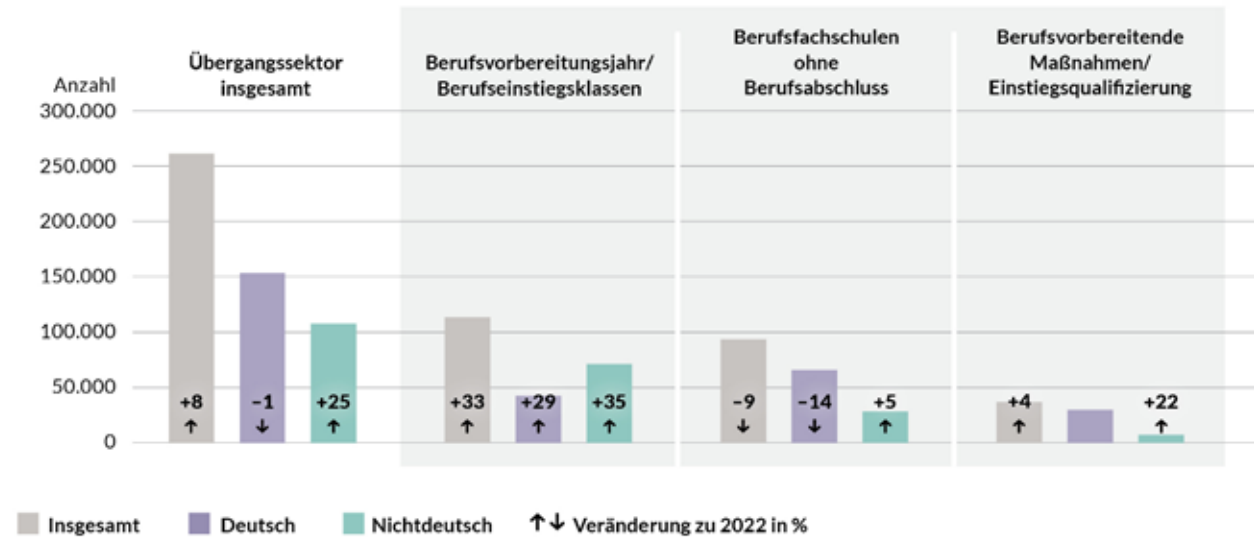
Mit der Berufsausbildung verbindet sich traditionell die Erwartung, soziale Ungleichheiten schulischer Bildung zumindest teilweise auszugleichen. Spätestens der Übergang in die berufliche Ausbildung gilt dabei als Möglichkeit, Benachteiligungen früherer Bildungsphasen zu kompensieren, zumal der Zugang in eine duale Ausbildung formalrechtlich nicht zwingend an einen schulischen Abschluss gebunden ist. Das Aufstiegsversprechen durch eine (duale) Berufsausbildung hat allerdings längst Risse bekommen, denn seit mehr als zwei Dekaden lassen sich Muster zwischen schulischer Vorbildung, Zugang zu beruflicher Ausbildung und zu bestimmten Berufen erkennen. Die soziale Selektion nach Vorbildungsniveau ist an der vertikalen Differenzierung des Zugangs zu Berufen mit unterschiedlichem Prestige zu erkennen, wie der nationale Bildungsbericht deutlich macht. Jugendlichen ohne oder mit Erstem Schulabschluss steht de facto nur ein schmales Segment an Ausbildungsberufen mit meist niedrigem Berufsprestige offen (AGBB 2026, Kapitel E3), längst hat sich der Mittlere Schulabschluss zur dominanten Ausbildungsvoraussetzung im dualen System entwickelt (AGBB 2026, Kapitel E1). Ausbildungen im Schulberufssystem setzen mindestens einen Ersten Schulabschluss voraus, in der Regel wird ein Mittlerer Schulabschluss für die meisten qualifizierteren Ausbildungen gefordert.

Die aktuellen Herausforderungen des Berufsbildungssystems zeigen, dass der sozial-integrative Mechanismus, insbesondere des dualen Systems, für bestimmte Gruppen stark erodiert (siehe auch S.32 in dieser Ausgabe). Neben Personen ohne oder mit Erstem Schulabschluss sind verstärkt zugewanderte Jugendliche betroffen, die selbst bei ähnlichen Zugangsvoraussetzungen in Bezug auf schulische Vorbildung, Kompetenzen und arbeitsrelevante Dispositionen Schwierigkeiten haben, eine Ausbildung erfolgreich zu absolvieren (Schauer/Abele 2024; AGBB, Kapitel E5).

Drei zentrale Entwicklungen verdeutlichen dies in besonderer Weise. Erstens bleibt die Zahl junger Erwachsener ohne beruflichen Abschluss konstant hoch. Im Jahr 2024 war der Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen ohne berufsqualifizierenden Abschluss mit 19,3 Prozent nur etwas geringer als im Vorjahr (BIBB 2026). Fehlende berufliche Qualifikationen gehen häufig mit instabilen Erwerbsbiografien, unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiken einher (AGBB 2018, Kapitel H). Zweitens wird seit einigen Jahren verstärkt auf sogenannte Passungsprobleme im Ausbildungsmarkt hingewiesen. Gemeint ist die paradoxe Situation, dass einerseits viele Jugendliche keinen direkten Zugang zu einer Ausbildungsstelle finden, während andererseits zahlreiche Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben (siehe auch S.26 in dieser Ausgabe).

Eine dritte Herausforderung betrifft den sogenannten Übergangssektor mit seinen berufsvorbereitenden Angeboten. Dieser bildet einen eigenständigen Bereich des beruflichen Ausbildungssystems, ohne zu einem vollqualifizierenden Berufsabschluss zu führen. Obwohl die Zahl der Eintritte zwischen 2005 und 2014 zunächst deutlich zurückging, hat sich der Übergangssektor – verstärkt durch Flucht- und Migrationsbewegungen sowie gesellschaftliche und

Abbildung 2: Verteilung der Neuzugänge im Übergangssektor nach ausgewählten Maßnahmetypen und Staatsangehörigkeit 2022 und 2025*



* Vgl. methodische Erläuterungen zu E1 und Anmerkungen zu Tab. E1-2web.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, integrierte Auswertungsberichterstattung (Schulstatistik, Hochschulstatistik, Personalstatistik – für Beamt:innen ausbildung im mittleren Dienst); Bundesagentur für Arbeit (BA), Bestand von Teilnehmer:innen in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft der Teilnehmenden, eigene Berechnungen

Quelle: Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2026, S. 165

wirtschaftliche Krisen – langfristig auf hohem Plateau von jährlich circa einer Viertelmillion Neuzugängen verfestigt (siehe Abbildung 2, AGBB 2026, Kapitel E1). Der Übergangssektor hat das Ziel, die Ausbildungschancen zu verbessern, unter anderem indem notwendige Kompetenzen und Berufsorientierung sowie persönliche Entwicklung gefördert werden.

Befunde zeigen, dass vor allem Jugendliche mit sehr schlechten Voraussetzungen von den Angeboten profitieren, insbesondere wenn eine hohe Betriebsbindung sichergestellt wird (Holtmann u.a. 2021). Zudem führen verbesserte Schulabschlüsse zu höherwertigen Ausbildungen (ebd.). Zugleich birgt das System jedoch die Gefahr langfristiger „Maßnahmenkarrieren“. Wiederholte Übergänge zwischen verschiedenen Fördermaßnahmen können direkte Einmündungen in reguläre Ausbildung verzögern und die Integration in stabile berufliche Perspektiven erschweren.

Basiskompetenzen fördern, Bildungsentscheidungen begleiten

Die Überwindung sozial bedingter Benachteiligungen im Bildungsverlauf stellt eine zentrale, zugleich aber komplexe Herausforderung dar. Da sich einmal entstandene Kompetenzdefizite im weiteren Bildungsweg häufig nur schwer kompensieren lassen, kommt einer möglichst frühen Förderung besondere Bedeutung zu. Insbesondere sprachliche, kognitive und soziale Basiskompetenzen sollten bereits vor der Einschulung sowie im Elementarbereich gezielt unterstützt werden, um ungleiche Ausgangsbedingungen frühzeitig abzumildern (AGBB 2026, Kapitel H).

Fehlende basale Kompetenzen, die für erfolgreiches Weiterlernen unverzichtbar sind, müssen aber auch, wenn nicht hinreichend im frühkindlichen und Elementarbereich gefördert, in späteren Bildungsphasen wie dem Sekundarbereich I

”

Wiederholte Übergänge zwischen verschiedenen Fördermaßnahmen können die Integration in stabile berufliche Perspektiven erschweren.

einschließlich Berufsvorbereitung systematisch aufgearbeitet werden. Dies erfordert eine stärkere Priorisierung grundlegender Kompetenzen in den Lernzielen sowie adaptive Unterrichtsangebote, die an die individuellen Lernvoraussetzungen der Schüler:innen anschließen. Hierfür ist neben geeigneten diagnostischen Verfahren auch eine bessere Schnittstellenkommunikation an den Übergängen zwischen Bildungsbereichen und -institutionen zu nutzen, um Unterstützungsbedarfe frühzeitig zu erkennen und passgenaue Fördermaßnahmen umzusetzen (SWK 2025).

Zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe reicht jedoch die ausschließliche Konzentration auf primäre Leistungsunterschiede nicht aus. Ebenso bedeutsam sind sekundäre Ungleichheitseffekte, die Bildungsentscheidungen beeinflussen. Diese entstehen unter anderem durch ungleiche Informationslagen, unterschiedliche Selbstwirksamkeitserwartungen, variierende Unterstützungsressourcen im sozialen Umfeld oder ökonomische Unsicherheiten. Bildungsungleichheiten manifestieren sich somit nicht allein in unterschiedlichen Kompetenzen, sondern auch in den Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, Bildungswege erfolgreich zu planen und zu bewältigen. Um Benachteiligungen in den Bildungsentscheidungen entgegenzuwirken, bedarf es integrierter Unterstützungsstrukturen, die Bera-

tungs-, Förder- und Unterstützungsangebote institutionenübergreifend systematisch miteinander verknüpfen.

Ein solcher bildungsbereichs- und institutionenübergreifender Ansatz hierfür ist beispielsweise das kommunale Bildungsmanagement. Kommunen übernehmen zunehmend die Rolle koordinierender Akteure, die Bildungsangebote unterschiedlicher Bereiche und Institutionen zu integrierenden Bildungslandschaften entwickeln, in denen Übergänge besser begleitet sowie Beratungs- und Förderangebote frühzeitig und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden (Brüggemann/Hermstein/Nikolai 2023). Die kommunale Ebene bietet dabei den Vorteil, soziale Problemlagen, regionale Besonderheiten und konkrete Unterstützungsbedarfe besonders differenziert erfassen zu können (siehe auch S. 43 in dieser Ausgabe).

Neben formalen Bildungsinstitutionen und deren regionalen Unterstützungsnetzwerken gewinnt auch die non-formale Bildung zunehmend an Bedeutung. Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, kulturellen Bildung, Sportvereine oder außerschulischen Bildungsarbeit schaffen wichtige Lern- und Erfahrungsräume, die insbesondere für benachteiligte junge Menschen bedeutsam sein können. Sie fördern soziale Kompetenzen, Selbstwirksamkeitserfahrungen, Motivation und gesellschaftliche Teilhabe und eröffnen

häufig niedrigschwellige Zugänge zu Bildung (Rauschenbach u.a. 2010). Allerdings zeigt sich auch hier, dass Jugendliche aus bildungsnahen Familien häufiger Zugang zu diesen Bildungsangeboten finden und diese intensiver nutzen als junge Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern.

Einzigartiges Großexperiment mit wissenschaftlicher Begleitung: Das Startchancen-Programm unterstützt 4.000 Schulen in sozial herausfordernden Lagen

Bildungsungleichheiten entstehen nicht allein im Unterricht. Sie verweisen auf strukturelle Defizite im Bildungssystem – zwischen Steuerungsebenen, Zuständigkeiten und Unterstützungslogiken. Das Startchancen-Programm, das Bund und Länder seit 2024 mit 20 Milliarden Euro finanzieren, soll deshalb systematisch auf mehr Bildungsgerechtigkeit hinwirken. Dafür unterstützt es zehn Jahre lang etwa 4.000 Schulen in sozial herausfordernden Lagen. Der CHANCEN-Verbund, der vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert wird, begleitet sie mit evidenzbasierten und praxisnahen Impulsen dabei, das Programm umzusetzen und so zu einer nachhaltigen Systementwicklung beizutragen. Beteiligt sind etwa 100 Wissenschaftler:innen aus 20 interdisziplinären wissenschaftlichen Instituten und Hochschulen – unter anderem auch das Deutsche Jugendinstitut (DJI). Die Gesamtkoordination obliegt dem „DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation“. Das Programm umfasst drei Programmsäulen. Die erste Säule beinhaltet Investitionen in eine moderne und förderliche Lernumgebung. In der zweiten Säule werden Schulen „Chancenbudgets“ zur Verfügung gestellt, um bedarfsgerechte Lösungen in der Schul- und Unterrichtsentwicklung umzusetzen. Die dritte Säule dient der Stärkung multiprofessioneller Teams und ermöglicht es Schulen, beispielsweise zusätzliches Personal im Bereich Schulpädagogik und Schulsozialarbeit einzustellen.

Erforderlich sind koordinierte Ansätze der Bildungs- und Sozialpolitik

Grundlage für die erfolgreiche Gestaltung zweckmäßiger Unterstützungsstrukturen ist eine belastbare Daten- und Wissensbasis. Dies setzt voraus, dass die pädagogischen Fachkräfte in den Bildungsinstitutionen diese auch im Kontext der konkreten Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien interpretieren und für die Umsetzung wirksamer Maßnahmen nutzen. Gleichzeitig sind institutionelle Rahmenbedingungen – etwa Ressourcenlagen, personelle Voraussetzungen oder Unterstützungsbedarfe von Schulen und Ausbildungsbetrieben – in die Entwicklung entsprechender Strategien und Konzepte systematisch einzube-



Prof. Dr. Birgit Reißig leitet die Außenstelle Halle des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sowie die neue Fachabteilung „Übergänge im Jugendalter“, die aus dem gleichnamigen Forschungsschwerpunkt am Institut hervorgegangen ist. Reißig befasst sich mit Bildungs- und Ausbildungsverläufen, insbesondere benachteiligter Jugendlicher, Prozessen sozialer Exklusion, non-formaler Bildung im Jugendalter und kommunalem Bildungsmanagement. Sie ist außerdem Honorarprofessorin an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK).
reissig@dji.de



Prof. Dr. Susan Seeber forscht und lehrt an der Georg-August-Universität Göttingen. Die Schwerpunkte der Wirtschaftspädagogin liegen in der quantitativen Berufsbildungsforschung, insbesondere in den Bereichen des Monitorings beruflicher Bildung, der Übergänge in Ausbildung und damit verbundener sozialer Ungleichheiten. Sie ist unter anderem Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats des DJI, der das Institut wissenschaftlich berät und begleitet.
susan.seeber@uni-goettingen.de

ziehen. Das Startchancen-Programm, das bundesweit 4.000 Schulen in sozial herausfordernden Lagen systematisch unterstützt, setzt hierfür neue Maßstäbe (siehe Infobox, S.10). Nur wenn individuelle und strukturelle Faktoren gemeinsam berücksichtigt werden, lassen sich passgenaue Maßnahmen entwickeln und ihre Wirksamkeit verlässlich überprüfen (SWK 2026). In diesem Zusammenhang gewinnt eine sozial angepasste Ressourcensteuerung zunehmend an Bedeutung, um Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in sozial benachteiligten Lagen besonders zu unterstützen.

Insgesamt wird deutlich, dass die Verringerung sozialer Ungleichheiten im Bildungsweg eine zentrale bildungs- und sozialpolitische Aufgabe darstellt. Ein chancengerechteres Bildungssystem erfordert nicht nur eine verbesserte individuelle Förderung und eine verlässliche Begleitung von Übergängen, sondern auch strukturelle Weiterentwicklungen wie präventiv ausgerichtete Strategien, bedarfsorientierte Ressourcensteuerung und eine stärkere institutionelle Vernetzung. Da Bildungsungleichheiten eng mit sozialen, ökonomischen und familiären Lebenslagen verknüpft sind, können sie nicht allein innerhalb des Bildungssystems bearbeitet werden. Erforderlich sind vielmehr koordinierte Ansätze verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme, die Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie zivilgesellschaftliches Engagement stärker miteinander verbinden (AGBB 2026, Kapitel H). x

Literatur

- AUTOR:INNENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (AGBB) (2018): *Bildung in Deutschland 2018*. Bielefeld
- AUTOR:INNENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (AGBB) (2026): *Bildung in Deutschland 2026*. Bielefeld
- BAUMERT, JÜRGEN u.a. (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen
- BRÜGGEMANN, CHRISTIAN / HERMSTEIN, BJÖRN / NIKOLAI, RITA (2023): *Bildungskommunen. Bedeutung und Wandel kommunaler Politik und Verwaltung im Bildungswesen*. Weinheim/Basel
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG (BIBB) (2026): *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2026. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung*, Bonn
- GHIRARDI, GAIA u.a. (2023): Is early formal childcare an equalizer? How attending childcare and education centres affects children's cognitive and socio-emotional skills in Germany. *European Sociological Review*, Vol. 39, Issue 5, S. 692–707
- HELBIG, MARCEL / KARWATH, CLAUDIA / KLEINERT, CORINNA (2026): *Von der Kita bis zur Uni: Wie soziale Ungleichheiten unseren Bildungsweg beeinflussen*. Münster
- HOGREBE, NINA / POMYKAJ, ANNA / SCHULDER, STEFAN (2021): *Segregation in early childhood education and care in Germany. Insights on regional distribution patterns using national educational studies*. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, Jahrgang 16, Heft 1, S. 36–56
- HOLTMANN, ANNE CHRISTINE u.a. (2021): *Improving Formal Qualifications or Firm Linkages – What Supports Successful School-to-Work Transitions among Low-Achieving School Leavers in Germany?* Mannheim
- MENZEL, BRITTA / SCHOLZ, ANTONIA (2022): *Frühe Kindheit und soziale Ungleichheit. Lokale Zugangssteuerung frühkindlicher Bildung und Betreuung im internationalen Vergleich*. Weinheim/Basel
- ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (OECD) (2023): *PISA 2022 Results*. Paris
- RAUSCHENBACH, THOMAS u.a. (2010): *Lernen im sozialen Raum. Non-formale und informelle Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit*. Weinheim/München
- SCHAUER, JENNIFER / ABELE, STEPHAN (2024): *Heterogenität in der Ausbildungsreife nicht-studienberechtigter Schulabgänger:innen – eine latente Profilanalyse auf Basis des Nationalen Bildungspanels*. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, Jahrgang 27, S. 291–319
- STÄNDIGE WISSENSCHAFTLICHE KOMMISSION DER KULTUSMINISTERKONFERENZ (SWK) (Hrsg.) (2025): *Kompetenzen für den erfolgreichen Übergang von der Sekundarstufe I in die berufliche Ausbildung sichern. Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz. Zusammenfassung*. Bonn

DER DJI-VIDEOCAST PERSPEKTIVEN

In der Videoreihe zum jeweiligen Thema des Impulse-Schwerpunkts interviewen wir:

Prof. Dr. Birgit Reißig

Bildungsforscherin und Leiterin der neuen DJI-Abteilung „Übergänge im Jugendalter“



„Faire Chancen schafft man früh“

Bildungsentscheidungen an den Übergängen im deutschen Bildungssystem hängen bis heute stark von der sozialen Herkunft ab.

Bundesministerin Karin Prien spricht im Interview darüber, wie sie mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen will, welche Potenziale sie im neuen Zuschnitt ihres Ministeriums sieht – und warum sie derzeit neuen politischen Reformwillen erkennt.

DJI Impulse: Frau Prien, Übergänge strukturieren Bildungsbiografien in Deutschland in besonderer Weise. Wo sehen Sie aktuell die größten Risiken für Benachteiligung?

Karin Prien: Bildungsübergänge sind zentrale und fragile Weichenstellungen im Lebenslauf junger Menschen. Die Bildungsentscheidungen an diesen Übergängen hängen nicht nur von persönlicher Leistung ab, sondern stark von sozialer Herkunft, Erwartungen und Selbstkonzepten. Ziel muss sein, Bildungswege konsequent an Potenzialen statt an Herkunft auszurichten. Bildungsübergänge müssen so gestaltet sein, dass eine kontinuierliche, an den Entwicklungsstand angepasste Förderung ohne Brüche möglich ist und anschlussfähige Bildungsprozesse gestaltet werden können.

Die Bildungsforschung zeigt seit Langem, wie stark Bildungsentscheidungen an Übergängen sozial geprägt sind. Welche wissenschaftlichen Erkenntnisse sollten aus Ihrer Sicht stärker in die politische Steuerung übersetzt werden?

In der Tat belegt die Studienlage, dass Kompetenzunterschiede schon in der frühen Kindheit entstehen und dann über die Schulzeit relativ stabil bleiben. Die Schule vergrößert die vorhandenen Unterschiede also nicht wesentlich,



”

Nicht die Kinder und Jugendlichen müssen sich den Systemen anpassen, sondern wir müssen vom Kind, vom Jugendlichen – natürlich auch von ihren Familien – her denken.

kann sie aber auch nur begrenzt ausgleichen. Die entscheidende Stellschraube für mehr Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit ist daher eindeutig die frühe Bildung in der Familie und in der Kita. Durch wissenschaftlich fundierte, gute frühe Bildung wollen wir alle Kinder – gerade auch Kinder in herausfordernden Lebenslagen – so in ihrer Entwicklung begleiten und fördern, dass sie sich wohlfühlen, dass sie sozial eingebunden sind und mit viel Neugierde die Welt entdecken. Sie sollen sich gut entwickeln, sprachlich zurechtfinden, gut mitteilen können und Freude am Lernen haben. Faire Chancen schafft man früh. >

Zur Person

Karin Prien ist Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zuvor war sie Bildungsministerin des Landes Schleswig-Holstein. In dieser Funktion hat sie bildungspolitische Reformprozesse maßgeblich gestaltet und die Zusammenarbeit der Länder in zentralen Fragen der Bildungspolitik mitgeprägt. Seit Januar 2022 ist Prien eine der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU.



Ich nehme derzeit eine große Kooperationsbereitschaft bei und zwischen Bund und Ländern wahr. Der Handlungsdruck ist erkannt, und der Wille zur gemeinsamen Verantwortung ist da.

Entlang des Bildungswegs existieren bereits viele Unterstützungsangebote, sie greifen aber oft nicht ausreichend gut ineinander. Wie kann der Bund hier künftig stärker koordinierend und impulsgebend wirken?

Indem wir bei unseren eigenen Maßnahmen die Bildungsübergänge noch stärker in den Blick nehmen und damit auch bewusst den Fokus der beteiligten Akteure – einschließlich der Familien – auf die Übergänge legen. Auch der Ganzttag steckt voller Übergänge. Wo Ganzttag als institutionenverbindender Ansatz verstanden wird, entsteht die Chance, Übergänge aktiv zu gestalten – immer im Sinne der Kinder und ihres Bildungswegs. Daher haben wir als Leitmotiv für den diesjährigen Ganzttagskongress das Thema „Übergänge weiterdenken“ gewählt. Auch das Startchancen-Programm schafft Räume für bedarfsgerechte und passgenaue Gestaltungsmöglichkeiten. Schulen erfahren Unterstützung im Übergangsmanagement, beispielsweise durch Netzwerkbildung an den Übergängen. Bei der Initiative Bildungsketten nehmen wir gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, der Bundesagentur für Arbeit und natürlich den Ländern den Übergang von der Schule in die berufliche Bildung in den Blick. Zentrale Handlungsfelder sind dabei die berufliche Orientierung, die individuelle Unterstützung in der Schule, am Übergang in eine Berufsausbildung, in ein Studium oder während der Ausbildung.

Der neue Zuschnitt Ihres Ministeriums, das die Politikfelder Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend bündelt, wird als Signal für eine engere Verzahnung des Bildungssystems und der Kinder- und Jugendhilfe gewertet. Welches konkrete Potenzial sehen Sie darin, die Herausforderungen an Bildungsübergängen künftig wirksamer anzugehen?

Nicht die Kinder und Jugendlichen müssen sich den Systemen anpassen, sondern wir müssen vom Kind, vom Jugendlichen – natürlich auch von ihren Familien – her denken. Wenn wir die Übergänge gemeinsam gestalten und dabei das Kind oder den Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen, verspreche ich mir davon eine deutliche Steigerung der Qualität. Denn damit einher geht ein Perspektivwechsel von Zuständigkeiten hin zu Verantwortlichkeiten. Zentral ist dann nämlich die Frage, wie man selbst noch mehr bewirken kann. Eine verbesserte Zusammenarbeit bei den Übergängen führt auch zu einem effizienteren Einsatz der Ressourcen. Wir können die bestehenden Angebote besser miteinander verzahnen, etwaige Doppelstrukturen abbauen und Synergien fördern. Letztendlich stärken wir damit auch die Demokratie. Wir zeigen, dass der Staat für und im Sinne der jungen Menschen arbeitet.

Sie haben als Bildungsministerin in Schleswig-Holstein lange Zeit eng mit anderen Ländern und dem Bund zusammengearbeitet. Wo liegen aus Ihrer Sicht die realistischen Spielräume, um die Zusammenarbeit der Systeme in den kommenden Jahren tatsächlich zu verbessern?

Ich nehme derzeit eine große Kooperationsbereitschaft bei und zwischen Bund und Ländern wahr. Der Handlungsdruck ist erkannt, und der Wille zur gemeinsamen Verantwortung ist da. Im Frühjahr hat sich einiges dazu getan. Zum einen haben die Länder gemeinsame Empfehlungen zum Übergang vom Elementar- in den Primarbereich beschlossen. Darin sind Grundsätze und Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Übergang beschrieben. Auf Bundesebene nehmen wir mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz auch den Übergang vom Elementar- in den Primarbereich in den Blick. Zum anderen konnten wir uns mit den Ländern auf einen gemeinsamen Arbeitsprozess verständigen, um schnellstmöglich eine Trendumkehr bei der Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Das ist ein starkes Zeichen für einen zeitgemäßen, kooperativen und leistungsfähigen Bildungsföderalismus, der von Austausch, Offenheit und der Bereitschaft, voneinander zu lernen, lebt. Hinzukommen muss die horizontale Kooperation zwischen Familie, Schule und dem Hilfesystem.

Interview: Birgit Lindner

Den Schulstart gut vorbereiten

Entscheidende Grundlagen für den Bildungserfolg werden schon vor der Einschulung gelegt. Frühe Kompetenzmessungen können helfen, Förderbedarfe rechtzeitig zu erkennen und Kinder gezielt zu unterstützen. Dafür braucht es allerdings aufeinander abgestimmte, vergleichbare Verfahren und eine enge Zusammenarbeit von Kita, Schule und Gesundheitswesen.

Von Susanne Lochner



Der Übergang von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule ist eine der ersten kritischen Phasen in der Bildungsbiografie eines Kindes, die als Entwicklungsaufgabe von Kindern, Eltern sowie pädagogischen Fach- und Lehrkräften gemeinsam zu meistern ist. Es handelt sich also um einen „ko-konstruktiven“ Prozess. Das heißt, der gelingende Schulstart hängt nicht allein von den Fähigkeiten des Kindes ab, sondern auch davon, wie gut die beteiligten Akteure diesen Übergang gestalten (Griebel/Niesel 2003).

Aktuelle Studien bestätigen, dass Kitas und Grundschulen in Deutschland häufig noch nicht ausreichend zusammenarbeiten (Erhardt/Then/Pohlmann-Rother 2026).

Ursache ist unter anderem die historisch gewachsene Trennung zwischen dem Elementarbereich vor dem 6. Lebensjahr und dem folgenden Primarbereich, die sich in unterschiedlichen pädagogischen Konzepten, Arbeitsweisen und professionellen Rollenverständnissen in den beiden Bereichen niederschlägt. Für Kinder bedeutet der Schuleintritt daher oft einen Wechsel zwischen zwei Systemen, die bislang hierzulande nur begrenzt miteinander kooperieren.

Im internationalen Vergleich fällt diese mangelnde Verzahnung in Deutschland besonders deutlich aus. Während Länder wie Neuseeland oder Australien den Informationsaustausch zwischen Kindertageseinrichtungen und Schulen durch nationale Konzepte und verbindliche Verfahren



Kinder starten mit zunehmend unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule.

unterstützen, fehlen in Deutschland bislang vergleichbare Strukturen (OECD 2017). Dies erschwert es, Bildungs- und Entwicklungsprozesse über den Schuleintritt hinweg kontinuierlich fortzuführen.

Hinzu kommt, dass Kinder mit zunehmend unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule starten. Diese Unterschiede betreffen etwa die sprachliche Entwicklung, grundlegende Fähigkeiten für das spätere Lesen, Schreiben und Rechnen sowie soziale und emotionale Kompetenzen. Die Forschung zeigt zudem, dass die Lernvoraussetzungen von Kindern in Deutschland weiterhin eng mit ihrer sozialen Herkunft und den Anregungsmöglichkeiten im familiären Umfeld zusammenhängen (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2026, Skopek/Passaretta 2021). Umso wichtiger sind gut abgestimmte Übergänge, die Kinder individuell unterstützen (siehe auch S.19 in dieser Ausgabe).

Die Politik erkennt den Handlungsbedarf

Aktuelle bildungspolitische Entwicklungen und wissenschaftliche Empfehlungen nehmen den Schuleintritt deshalb nun verstärkt in den Blick und wollen mit einer datengestützten Verzahnung der beiden Systeme zu einem besseren Start in die Schule für alle Kinder beitragen. Einen Anstoß für diese Entwicklung gaben die ehemaligen Bildungsministerinnen von Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz: Sie forderten eine engere, rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zwischen Elementar- und Primarbereich (Wübben Stiftung Bildung 2025).

Einen zentralen Pfeiler bildet das Programm „StarS – Stark in die Grundschule starten“, bei dem Lernausgangslagen zu Beginn der Schulzeit systematisch erfasst werden, um die individuelle Lernentwicklung frühzeitig einzuschätzen. Dieser Impuls mündete im Jahr 2026 in einen gemeinsamen Beschluss der Bildungsministerkonferenz (BMK) sowie der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK), der den Übergang erstmals bundesweit als geteilte Verantwortung von Familien, Kindertageseinrichtungen und Schulen definiert. Im Fokus stehen dabei die kontinuierliche Begleitung von Bildungsprozessen sowie der Austausch über dokumentierte Entwicklungsverläufe – insbesondere in den Schlüsselbereichen sozial-emotionale, sprachliche und mathematische Kompetenzen (KMK 2026).

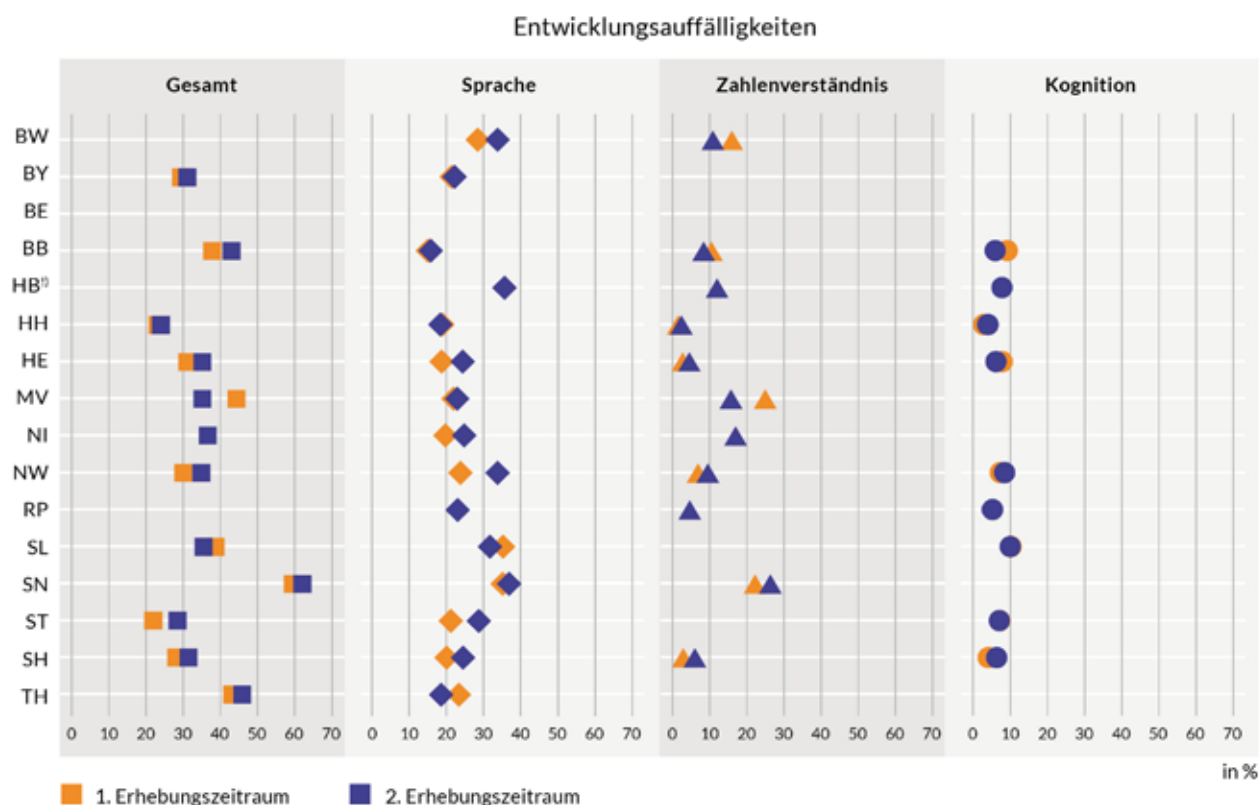
Flankiert wird dieser politische Prozess durch die Expertise der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK), welche die Notwendigkeit einer datengestützten Qualitätsentwicklung bereits vor Schuleintritt sieht (SWK 2026). Um die Förderung von Kindern nachhaltig zu stärken, müsse der Übergang in die Grundschule auf einer soliden Datenbasis stehen. Hierbei gewinnt die Schuleingangsuntersuchung (SEU) an Bedeutung. Praxisbeispiele verdeutlichen bereits, wie SEU-Daten genutzt werden können, um soziale Ungleichheiten sichtbar zu machen, Ressourcen gezielter zu steuern und präventive Ansätze passgenau zu entwickeln (Jehles 2026).

Die bildungspolitische Architektur auf Bundesebene spiegelt diese Bestrebungen wider: Die Zusammenlegung des Bildungsressorts mit dem für die Kindertagesbetreuung zuständigen Familien- und Jugendressort in einem Ministerium setzt ein Zeichen für eine integrierte Bildungspolitik (siehe auch S.12 in dieser Ausgabe). Mit einer verstärkten Betonung der frühkindlichen Bildung, einer Stärkung der frühen Sprach- und Entwicklungsdiagnostik und dem Ziel einer verbesserten Anschlussfähigkeit zwischen früher und schulischer Bildung sollen somit die Weichen für ein gerechteres und leistungsfähigeres Bildungssystem gestellt werden (KMK 2026).

Befunde der Schuleingangsuntersuchungen sind bislang nur bedingt vergleichbar

Im Rahmen des nationalen Bildungsberichts 2026 wurde erstmalig eine Länderabfrage zu aggregierten Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt, mit dem Ziel, über Entwicklungsauffälligkeiten bei der Einschulung in sprachlicher, mathematischer sowie kognitiver Hinsicht zu berichten. Die Vergleichbarkeit der Befunde ist jedoch eingeschränkt, da sich die Bundesländer bezüglich der eingesetzten Diagnoseverfahren, der Erhebungszeitpunkte und der Datenaufbereitung unterscheiden. So werden beispielsweise Kinder in Baden-Württemberg nicht mit dem weitverbreiteten Standardinstrument „Sozialpädiatrisches Entwicklungsscreening für Schuleingangsuntersuchungen“ (SOPESS) getestet, da die Erhebung dort bereits zwei Jahre vor der Einschulung stattfindet, um mehr Zeit für Fördermaßnahmen vor Schulbeginn zu gewinnen. Darüber hin-

Abbildung: Entwicklung des Anteils an Kindern mit Entwicklungsauffälligkeiten in der Schuleingangsuntersuchung, nach Bundesländern und untersuchten Vorläuferkompetenzen (in Prozent)



* HB: Die Werte beziehen sich ausschließlich auf die Stadt Bremen.

Quelle: DJI-Länderabfrage zu Befunden der Schuleingangsuntersuchungen 2025, Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2026, S. 118

Für Erhebungszeitpunkte in den Ländern siehe Tab. C5-9web. Kategorien werden in den Ländern unterschiedlich definiert. Da Sachsen für die Ermittlung des Gesamtwertes auf überdurchschnittlich viele (teilweise in der Abbildung nicht eingetragene) Kriterien zurückgreift, fallen die Werte entsprechend hoch aus.

aus erschweren unterschiedliche Definitionen von Erhebungskategorien, insbesondere bei der Gesamtbewertung von Entwicklungsauffälligkeiten und relevanten soziodemografischen Hintergrundvariablen, bislang die Vergleichbarkeit der Befunde (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2026, Tab. C5-8web). Dennoch lassen sich aus den Daten aussagekräftige Trends ableiten.

Entwicklungsauffälligkeiten nehmen tendenziell zu

Die Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen im Zehnjahresvergleich deutet auf eine Zunahme von Entwicklungsauffälligkeiten in den sprachlichen, mathematischen und kognitiven Vorläuferkompetenzen hin – also bei grundlegenden Fähigkeiten, die für das spätere Lesen, Schreiben und Rechnen wichtig sind. Hierzu gehören beispielsweise Artikulation und Grammatik, Zählen und Mengenverständnis sowie Aufmerksamkeit, visuelle Wahrnehmung und logisches Denken (siehe Abbildung, oben). Insbesondere im Bereich Sprache zeigt sich eine Verschlechterung. In Summe wurden aktuell deutschlandweit bei etwa einem Viertel der untersuchten Kinder Entwicklungsauffälligkeiten im Bereich Sprache festgestellt – mit Schwerpunkten in Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Hessen. Nur vereinzelt ist ein leicht positiver Trend erkennbar, etwa beim Zahlenverständnis in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Brandenburg sowie bei der kognitiven Entwicklung in Brandenburg und Hessen.

Da sprachliche, mathematische und kognitive Kompetenzen wesentliche Voraussetzungen für den Bildungserfolg darstellen, können die Befunde als Hinweis auf wachsende Herausforderungen im Bereich der frühkindlichen Entwicklungs-

„Aktuell wurden deutschlandweit bei etwa einem Viertel der untersuchten Kinder Entwicklungsauffälligkeiten im Bereich Sprache festgestellt.“



Dr. Susanne Lochner ist wissenschaftliche Referentin in der Abteilung „Kinder und Kinderbetreuung“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Sie arbeitet seit vielen Jahren in der nationalen Bildungsberichterstattung und forscht insbesondere zu den Themen frühe non-formale und informelle Bildung sowie Migration und Integration von Kindern und Jugendlichen.
lochner@dji.de

förderung interpretiert werden. Die deutlichen regionalen Unterschiede sprechen zudem für einen Einfluss sozialer und struktureller Rahmenbedingungen. Gleichzeitig besitzen regionale Förder- und Bildungsmaßnahmen das Potenzial, Entwicklungsverläufe günstig zu beeinflussen.

Frühe Testungen besser aufeinander abstimmen und kindgerecht gestalten

Vor der Einschulung durchlaufen Kinder nicht nur die Schuleingangsuntersuchung, sondern eine Vielzahl von anderen Verfahren wie die U-Untersuchungen beim Kinderarzt, die Sprachstandserhebungen oder die Entwicklungsportfolios in Kitas. Um Parallelstrukturen in der Diagnostik zu vermeiden und die Belastung durch Testverfahren für Kinder und Familien zu minimieren, ist ein zuständigkeitsübergreifendes Datenmanagement essenziell. Nur so können auf Basis valider Ergebnisse passgenaue Unterstützungsangebote entwickelt werden.

Die im Koalitionsvertrag sowie von der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission geforderte Einführung länderübergreifender Verfahren zur Erfassung von Entwicklungs- und Sprachständen sollte deshalb die Schuleingangsuntersuchungen und weitere Erhebungen vor der Einschulung (wie etwa Sprachstandserhebungen) systematisch integrieren. Dies erfordert eine wirksame Schnittstellenarbeit, die über Kita und Schule hinausreicht und das Gesundheitssystem explizit einbezieht, da diesem aktuell die Verantwortung für die Feststellung der Ausgangslagen im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen obliegt. Projekte zur methodischen Weiterentwicklung, wie das Projekt Konzeption und Machbarkeitsprüfung eines bundesweiten Monitorings frühkindlicher Entwicklung in Deutschland (KOMET), das auf dem SOPESS aufbaut, leisten wichtige Beiträge zur Harmonisierung der Schuleingangsuntersuchungen. Bislang werden entsprechende Ansätze jedoch noch nicht flächendeckend eingesetzt. Um Entwicklungen bundesweit verlässlich beobachten und die Situation von Kindern zwischen den Ländern vergleichen zu können, ist eine stärkere Vereinheitlichung der erhobenen Merkmale und Hintergrundinformationen erforderlich. x

Literatur

- AUTOR:INNENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2026): *Bildung in Deutschland 2026. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft*. Bielefeld
- ERHARDT, JESSICA / THEN, DANIEL / POHLMANN-ROTHER, SANNA (2026): *Multiprofessionelle Kooperation beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule: Ein systematisches Review*. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 29, S. 927–952
- GRIEBEL, WILFRIED / NIESEL, RENATE (2003): *Die Bewältigung des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule*. In: Fthenakis, Wassilios E. (Hrsg.): *Elementarpädagogik nach PISA. Wie aus Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen werden können*. Freiburg im Breisgau, S. 136–151
- JEHLES, NORA (2026): *Frühe Chancen – Schuleingangsuntersuchungen für Bildungs- und Teilhabegerechtigkeit nutzen. Impulspapier der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung*. Bonn
- KULTUSMINISTERKONFERENZ (KMK) (2026). *Gemeinsame Empfehlung zum Übergang vom Elementar- in den Primarbereich. Beschluss der Bildungsministerkonferenz vom 26.03.2026*. Berlin
- OECD (2017): *Starting Strong V. Transitions from Early Childhood Education and Care to Primary Education*. Paris
- SKOPEK, JAN / PASSARETTA, GIAMPIERO (2021): *Socioeconomic Inequality in Children's Achievement from Infancy to Adolescence: The Case of Germany*. In: *Social Forces*, Jahrgang 100, Heft 1, S. 86–112
- STÄNDIGE WISSENSCHAFTLICHE KOMMISSION DER KULTUSMINISTERKONFERENZ (SWK) (2026): *Datengestützte Entwicklung und Steuerung in Schulen und frühkindlicher Bildung. Gutachten der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz*. Bonn
- WÜBBEN STIFTUNG BILDUNG (2025): *Bessere Bildung 2035*. Düsseldorf

„Eine inklusive Schule nimmt alle Kinder des Sprengels auf“

Vor fast zwei Jahrzehnten hat sich Deutschland zu einem inklusiven Bildungssystem verpflichtet – doch beim Schuleintritt stoßen Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf noch immer auf Barrieren. Im Interview erläutert der Bildungsforscher Markus Gebhardt, warum das Förderschulsystem problematisch ist und wie Inklusion gelingen kann.



DJI Impulse: Herr Professor Gebhardt, was kennzeichnet aus Ihrer Sicht eine gelingende inklusive Einschulung?

Prof. Dr. Markus Gebhardt: Eine inklusive Schule ermöglicht den Besuch aller wohnortnahen Kinder. Auch Kinder mit Behinderung können sich optimal entwickeln, teilhaben und lernen. Der Unterricht findet als gemeinsames Lernen statt, aber es gibt auch Rückzugsmöglichkeiten und wirksame Unterstützung für besondere Bedürfnisse. Daher wäre der Wunsch, dass eine inklusive Schule alle Kinder des Sprengels aufnimmt und möglichst früh besondere Bedürfnisse abklärt. Und zwar nicht, um die Betroffenen zu separieren, sondern um besondere Maßnahmen, Schulbegleiter:innen und so weiter, zu beantragen – und Barrieren abzubauen. Eltern mit Kindern mit Behinderung haben meist ähnliche Sorgen und Ängste wie andere Eltern auch. Viele ihrer Sorgen sind aktuell berechtigt, da unser Schulsystem nur bedingt inklusiv ist und aufgrund von Lehrermangel sowie anderen Schwierigkeiten nicht immer frühzeitig Zusagen erfolgen. Für Eltern mit Kindern mit Behinderung

ist es aber wichtig, möglichst früh die konkrete Lehrkraft und den Ort der ersten Klasse zu erfahren, um sicherzustellen, dass ihr Kind ausreichend betreut wird und der Schulweg sowie die Nachmittagsbetreuung klappt. Dafür ist ein betreuter Übergang, aber noch mehr eine aufnehmende inklusive Schule vor Ort notwendig.

Deutschland hat sich mit der UN-Behindertenrechtskonvention zu einem inklusiven Bildungssystem verpflichtet. Inwiefern spiegelt sich das beim Schuleintritt tatsächlich wider?

Deutschland wird beispielsweise vom Institut für Menschenrechte für die Stagnation bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kritisiert. So wird das seit den 1960er-Jahren stark ausgebaute und differenzierte Förderschulsystem mit Ausnahme von einzelnen Bundesländern auch 17 Jahre nach der Ratifizierung kaum abgebaut. Ein Umbau zu einem inklusiven System fand nur vereinzelt statt. Zwar gibt es Schulen und Modellregionen wie Rügen, kurz RIM, aber anstelle diese auszubauen, beobachten wir aktuell



Diagnostik in der heutigen Form führt im aktuellen Schulsystem, welches kaum Fördermöglichkeiten bietet, tatsächlich zu mehr Selektion.

eher einen gegenteiligen Trend: Es wird in den Medien beispielsweise über zu wenig Plätze an Förderschulen berichtet und über Gruppen, welche einen Ausbau fordern.

Teilweise sehen die Eltern selbst die Förderschulen als wichtigen Schutzraum für ihr Kind.

Deutschland hat eine sehr hohe sonderpädagogische Professionalität und Wissen über verschiedene Beeinträchtigungen im internationalen Vergleich. Und diese ist in der Praxis vorwiegend in einzelnen stationären Zentren für einzelne Beeinträchtigungen und sonderpädagogische Förderbedarfe organisiert. Inklusion benötigt diese sonderpädagogische Expertise vor Ort. Zudem braucht es neue übergreifende inklusive Konzepte der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Professionen. Denn Inklusion ist nicht die Feststellung einer einzelnen Beeinträchtigung der Person, sondern der Abbau der Barriere zwischen der Person mit Beeinträchtigung und der schulischen Umwelt. Im Zentrum muss daher die pädagogische Handlung stehen, welche die Passung besser ermöglicht. Inklusion ist die Pädagogik der Ermöglichung, um Teilhabe sicherzustellen. Deutschland wird somit dafür kritisiert, dass Kindern immer noch die Förderschule als besserer Schulort empfohlen wird. Die Schulberatung sollte aber gemeinsam mit den Familien die Form und Art der inklusiven Schule festlegen. Natürlich sind nicht in allen Fällen alle Wünsche realisierbar, dann sollten die Eltern zumindest die Wahl zwischen mehreren inklusiven Formen auch mit nachgewiesenen wirklichen Unterstützungen haben.

Welche Rolle spielt Diagnostik beim Übergang von der Kita in die Grundschule: Unterstützt sie gezielte Förderung – oder besteht die Gefahr früher Selektion?

Diagnostik in der heutigen Form, also als Statusdiagnostik zu einem bestimmten Zeitpunkt, führt im aktuellen Schul-

system, welches kaum Fördermöglichkeiten bietet, tatsächlich zu mehr Selektion. Insbesondere die systemische Kategorisierung „Förderbedarf“ oder „Inklusionskind“ führt zu negativen Personenbeschreibungen, welche auch Lehrkräfte beeinflussen. Diagnostik sollte daher zu pädagogischen Entscheidungen und Angeboten führen, welche viele Kinder benötigen. Beispielsweise lernen aktuell nicht alle Kinder lesen. Eine strukturiertere Leseförderung mit wiederkehrenden diagnostischen Tests zur phonologischen Bewusstheit und Lesegeschwindigkeit in den ersten beiden Klassen könnte allen Kindern mit Leseschwierigkeiten helfen. International hat sich daher Inklusion mit Sonderpädagog:innen als mehrstufiges Multi-Tiered Support System, kurz MTSS, durchgesetzt, welche kompetenzorientierte Diagnostikverfahren verknüpft mit präventiven pädagogischen Fördermaßnahmen in den Bereichen Lesen, Mathematik, Sprache und Verhalten.

Wie gut sind Grundschulen in Deutschland aktuell darauf vorbereitet, Kinder mit sehr unterschiedlichen Lernvoraussetzungen zu unterrichten?

Aktuell liegt dies meist an der individuellen Professionalität der Grundschullehrkraft und ihrer Bereitschaft, für alle Kinder eine passende Lernumgebung zu schaffen. Stattdessen benötigt eine inklusive Schule Strukturen und Sonderpädagog:innen vor Ort. Dann lässt sich ein MTSS mit standardisierten Methoden zur Differenzierung und Individualisierung für die verschiedenen Lernbereiche entwickeln. Das setzt aber voraus, dass Grundschullehrkräfte über Klassen hinweg beispielsweise die Einführung von Buchstaben festlegen, damit Fördermaterial als Open-Educational-Resources, also als frei zugängliche Bildungs- und Lehrmaterialien, entwickelt und verbreitet wird. Hier ist viel Wissen in den einzelnen Schulen vorhanden, welches nur bedingt geteilt wird. Meist geht es nicht um Neuentwicklung, sondern um Anpassungen oder eine bessere Zugänglichkeit des



Zur Person

Prof. Dr. Markus Gebhardt ist empirischer Sonderpädagoge und Bildungsforscher an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschung konzentriert sich auf die empirisch-quantitative Untersuchung von schulischer Inklusion, sonderpädagogischem Handeln und Professionalität. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung von Tests und Fragebögen sowie der Untersuchung von grundlegenden Wirkmechanismen in Unterricht und Schulsystem. Neben Lehrbüchern, Artikeln, Daten, Instrumenten und Lehrmaterial veröffentlicht er in seinem Blog empirischeinklusionsforschung.de Beiträge zu Entwicklungen in Forschung und pädagogischer Praxis zur schulischen Inklusion und Sonderpädagogik.

markus.gebhardt@lmu.de

Materials, zum Beispiel elektronische Dateien statt Papier. Insbesondere die KI ist hier auch eine Bereicherung, da nun jede Lehrkraft beispielsweise Texte vereinfachen kann.

Wo sehen Sie die zentralen systemischen Hürden für eine inklusive Einschulung in Deutschland?

Als zentrale Hürde sehe ich aus Perspektive der Forschung, dass das System Förderschule existiert und – aus eigener Überlebenslogik – eine inklusive Bildung verhindert. Der Abbau der Förderschulen und die Umsetzung von inklusiven Strukturen benötigen aber Vertrauen. Seit der UN-Behindertenrechtskonvention haben Sonderpädagog:innen Angst, dass ihre Stellen weggekürzt werden und sie in einer inklusiven Schule allein für alle „schwierigen“ Schüler:innen zuständig sind. Ebenso haben Lehrkräfte Angst, dass sie neben den bereits bestehenden Aufgaben auch noch zusätzliche Kinder mit besonderen Bedürfnissen übernehmen müssen. Die empirische Datenlage zeigt aber keinen Abbau von Lehrkräften, sondern nur eine Zunahme der Vergabe des sonderpädagogischen Förderbedarfs. Ein Aufnahmestopp für Förderschulen und ein gleichzeitiger Umbau zur inklusiven Schule mit transparenter Datenlage, Richtlinien und Umsetzungen mit allen Beteiligten vor Ort wäre meine wissenschaftliche Empfehlung.

Wenn inklusive Einschulung ein Hebel gegen Bildungsungleichheit sein soll: Welche konkreten Veränderungen wären aus Ihrer Sicht prioritär, um Brüche im Bildungsweg bereits am Schulanfang zu vermeiden?

Insbesondere in den größten Förderschwerpunkten Lernen und emotionale soziale Entwicklung sind Kinder mit Migrationshintergrund und mit schwächeren ökonomischen Hintergründen überrepräsentiert. Das System mit Förderschulen verstärkt die gesellschaftliche Ungleichheit, da Kinder ohne regulären Schulabschluss und auch aufgrund des Schonraums weniger Kompetenz entwickeln als Kinder in der allgemeinbildenden Schule. Ein inklusives System vermeidet diese Barrieren und fördert neben den circa 7 Prozent der Kinder mit Behinderung insbesondere auch die circa 15 bis 20 Prozent der Kinder mit Schulproblemen, bevor Probleme gravierend werden.

Interview: Birgit Lindner

”

Das System Förderschule existiert und verhindert – aus eigener Überlebenslogik – eine inklusive Bildung.

Weichenstellung nach der Grundschule

Der Übergang in die weiterführende Schule beeinflusst den Bildungsweg maßgeblich. Studien zeigen, dass dabei nicht nur die Leistungen der Kinder, sondern auch ihre soziale Herkunft eine Rolle spielt. Sie prägt die schulischen Kompetenzen, die Übergangsempfehlungen der Lehrkräfte und die Bildungsaspirationen der Eltern. Wie sich Benachteiligungen am Übertritt verringern lassen.

Von Mirjam Weis und Christine Steiner

Es gibt eine eindeutige Befundlage dazu, dass Kinder aus Familien mit höherem sozioökonomischem Status beim Übergang nach der Grundschule häufiger auf ein Gymnasium wechseln als Kinder aus sozial weniger privilegierten Elternhäusern (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2026, Maaz 2020). Dies bestätigte auch eine Studie auf Basis der Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS). Der statistisch gemessene Abstand zwischen den sozialen Gruppen war mit 0,42 Standardabweichungen deutlich ausgeprägt (Helbig/Karwath/Kleinert 2026). Der Übergang von der Grund- in die weiterführende Schule ist daher nicht nur eine wichtige Gelenkstelle in der Schullaufbahn, er ist auch einer der vielen Mechanismen, die zur Reproduktion sozialer Ungleichheit im Bildungssystem und damit in der Gesellschaft beitragen. Dafür gibt es mehrere Gründe, die sich teilweise gegenseitig beeinflussen.

Erhebliche Kompetenzunterschiede in der vierten Klassenstufe

Ein wichtiger Faktor sind die niedrigeren schulischen Kompetenzen von Kindern mit niedrigem sozioökonomischem Hintergrund im Vergleich zu Kindern mit hohem sozioökonomischem Hintergrund. So zeigen die aktuellsten Ergebnisse der Schulleistungstudien „Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung“ (IGLU) 2021 und „Trends in International Mathematics and Science Study“ (TIMSS) 2023, dass sowohl international als auch insbesondere in Deutschland nach wie vor große soziale Disparitäten in den Kompetenzen im Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften bei Viertklässler:innen bestehen (Stubbe u.a. 2023b, Stubbe/Schulz/Beese 2024). In Deutschland er-

reichten in IGLU Viertklässler:innen aus Familien mit hohem Bildungshintergrund eine mittlere Lesekompetenz von 569 Punkten, Gleichaltrige aus Familien mit niedrigem Bildungshintergrund erlangten hingegen einen deutlich geringeren Mittelwert von 522 Punkten. Der Kompetenzunterschied von 47 Punkten ist erheblich. Er lässt sich in etwa mit dem durchschnittlichen Lernzuwachs eines Schuljahres vergleichen.



Insgesamt sind die Ursachen für soziale Disparitäten in den schulischen Kompetenzen vielfältig und hängen beispielsweise mit Unterschieden in der familiären Bildungs- und Erziehungspraxis, in (frühkindlichen) Bildungsaktivitäten innerhalb und außerhalb der Familie, aber auch in Nachbarschaften oder mit dem Besuch verschiedener Einrichtungen oder Schulen zusammen. Manche Studien liefern zudem Hinweise darauf, dass Unterschiede in der Selbstregulation der Kinder eine Rolle spielen (Sektman u.a. 2010).

Soziale Disparitäten in sprachlichen Kompetenzen bestehen meist schon vor dem Schuleintritt und verfestigen sich im Laufe der Schulzeit (Passaretta/Skopek/Van Huizen 2022). Für sprachliche Förderung sind die Bildung in der frühen Kindheit und somit auch die Bildungsaktivitäten innerhalb der Familie bedeutsam. Ergebnisse des großen Surveys des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A, aus dem Jahr 2023 zeigen beispielsweise deutliche Unterschiede in der Vorlesehäufigkeit von Eltern. Während 87 Prozent der Eltern ohne Armutsgefährdung ihren 0- bis 6-jährigen Kindern täglich oder mehrmals pro Woche vorlesen, beträgt dieser Anteil bei Eltern mit Armutsgefährdung lediglich 72 Prozent und ist damit deutlich geringer (Weis u.a. 2025).

Gleiche Leistungen führen nicht immer zu den gleichen Bildungswegen

Die Schulwahl beim Übergang in die weiterführende Schule lässt sich jedoch nicht allein auf unterschiedliche Kompetenzniveaus am Ende der Grundschulzeit zurückführen. Denn Studien zeigen, dass Kinder aus Familien mit niedrigerem sozio-ökonomischem Status selbst bei vergleichbaren schulischen Kompetenzen seltener auf ein Gymnasium wechseln als Kinder aus privilegiierteren Elternhäusern (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung 2026, Maaz 2020). NEPS-Ergebnisse verdeutlichen, dass Kinder aus niedrigen sozialen Schichten seltener eine Gymnasialempfehlung erhielten als Kinder aus hohen sozialen Schichten. Dieser Unterschied blieb auch dann statistisch signifikant, wenn Noten und schulische Kompetenzen berücksichtigt wurden – und betrug weiterhin 0,12 Standardabweichungen (Helbig/Karwath/Kleinert 2026). Die Ergebnisse legen damit nahe, dass die sozialen Disparitäten in den Übergangsempfehlungen der Lehrkräfte nicht nur von den Unterschieden in den Leistungen der Kinder beeinflusst werden.

Zudem spielen Unterschiede in den Schullaufbahnpräferenzen und im Entscheidungsverhalten der Eltern (Maaz 2020) eine wichtige Rolle. Ergebnisse von Schulleistungsstudien wie TIMSS 2023 und IGLU 2021 zeigen, dass die Präferenzen von Erziehungsberechtigten für bestimmte Schulformen eng mit ihrem sozialen Status zusammenhängen – und zwar auch unter der Berücksichtigung der Schulleistungen der Kinder (Stubbe u.a. 2023a, Stubbe/Beier/Lott 2024). In diesem Zusammenhang kommt den Bildungsaspirationen der Eltern sowie der Kinder besondere Bedeutung zu. Sie gelten als zentrales Bindeglied



Abbildung 1: Anteile der neun- bis elfjährigen Kinder mit hohen Bildungsaspirationen (Abitur als angestrebter Schulabschluss), nach sozioökonomischem Status

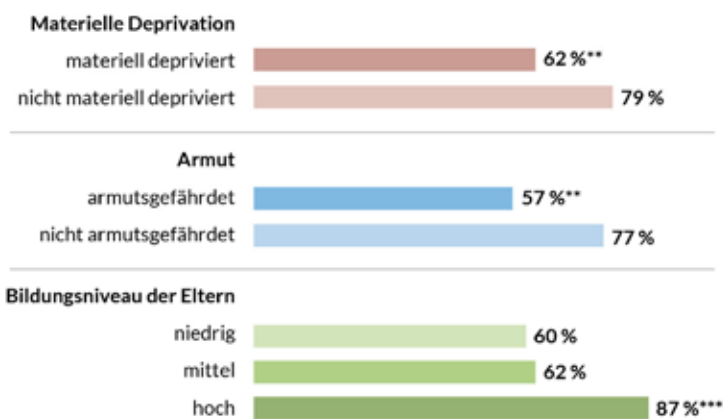
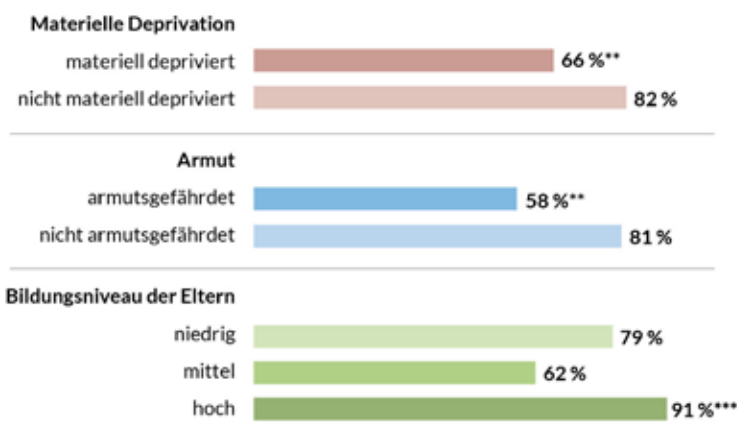


Abbildung 2: Anteile der Eltern mit hohen Bildungsaspirationen (Abitur als angestrebter Schulabschluss des Kindes), nach sozioökonomischem Status



Quelle: AID:A 2023 (Kuger u.a. 2024); gewichtete Daten, nKinder = 881, nEltern = 758, eigene Berechnungen, ** $p < 0.001$, *** $p < 0.000$, Signifikanzangaben beziehen sich auf Mittelwertsunterschiede bezüglich materieller Deprivation, Armutsgefährdung und Bildungsniveau separat für die Kinder beziehungsweise Eltern

zwischen Bildungserfolg und sozialem Statuserwerb (Stocké 2013), was unter anderem daran liegt, dass sie einen starken motivationalen Charakter haben, der für den Lern- und Bildungserfolg entscheidend ist (Zimmermann 2018).

Kinder aus benachteiligten Familien streben seltener das Abitur an

In AID:A 2023 wurden rund 1.000 Kinder im Alter von neun bis elf Jahren sowie ihre Eltern zum angestrebten Schulabschluss befragt. 881 Jungen und Mädchen gaben einen konkreten angestrebten Schulabschluss an. 73 Prozent von ihnen strebten das Abitur an und zeigten damit ähnlich wie ihre Eltern (76 Prozent) hohe Bildungsaspirationen. Die

Angaben weisen zugleich auf einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status des Elternhauses und den Bildungsaspirationen der Kinder hin (Weis u.a. 2025). Im DJI-Survey wird der sozioökonomische Status anhand von mehreren Kriterien ermittelt. Neben der rein monetären Armutsgefährdung (weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens) wird auch die materielle Entbehrung (Deprivation) eines Haushalts sowie unter anderem das Bildungsniveau der Eltern berücksichtigt. Die Ergebnisse des AID:A-Surveys 2023 zeigen, dass Schüler:innen, die in einer materiell deprivierten oder armutsgefährdeten Familie oder mit niedrig gebildeten Eltern aufwachsen, seltener das Abitur anstreben als Kinder aus den übrigen Familien (siehe Abbildung 1).

Zumindest auf den ersten Blick spiegeln sich diese Tendenzen auch in den Angaben der Eltern wider (siehe Abbildung 2). Auf den zweiten Blick ist jedoch zu erkennen, dass Eltern in stärkerem Maße hohe Bildungsaspirationen für ihre Kinder hegen als die Kinder für sich selbst. Vor allem Eltern mit niedrigem Bildungsniveau wünschen sich in stärkerem Maße als ihr Kind das Erreichen des Abiturs.

Große Ziele, große Chancen: Bildungsaspirationen der Familien nutzen und Kinder besser fördern

Die Ergebnisse des AID:A-Surveys 2023 veranschaulichen deutliche soziale Disparitäten in den Bildungsaspirationen der Eltern und Kinder, die sich sehr wahrscheinlich in den Schullaufbahnentscheidungen beim Übergang in die weiterführende Schule niederschlagen. Somit passen sie zu Studienbefunden, die eine dreifache Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Elternhäusern deutlich machen, zum Ersten durch geringere Schulleistungen aufgrund der Sozialisationskontexte, zum Zweiten durch die schlechteren Beurteilungen durch Lehrkräfte bei gleichen Testleistungen und zum Dritten durch das Schullaufbahnverhalten beim Übergang in die weiterführende Schule (Maaz 2020).

Bezüglich der Interventionsmöglichkeiten ist es daher wichtig, die unterschiedlichen Formen der Benachteiligung zu berücksichtigen. Eine wichtige Stellschraube ist es, insbesondere Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Hintergrund schon möglichst frühzeitig zu fördern, um sie in ihrer Kompetenzentwicklung bestmöglich zu unterstützen und späteren sozialen Disparitäten in den Kompetenzen vorzubeugen. Hierzu sind eine diagnosebasiert früh einsetzende vorschulische sprachliche Förderung sowie Förderprogramme zu schulischen und sozioemotionalen Kompetenzen (zum Beispiel Selbstregulation) in den Grundschulen zentral.

Das aktuelle Startchancen-Programm stellt einen vielversprechenden Ansatz dar, um Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler:innen gezielt zu unterstützen (siehe Infobox, S. 10). Zusätzlich sollte die Elternbildung stärker in den Fokus rücken, damit Eltern frühzeitig befähigt werden, ihren Kindern niederschwellige Anregungen zu bieten (etwa häufiges Sprechen, Singen, Vorlesen). Eine andere Stellschraube zur Verringerung von Herkunftseffekten beim Übergang in die weiterführende Schule sind

eine stärkere Berücksichtigung von standardisierten Kompetenztests als Grundlage für Noten und Schulformempfehlungen sowie verbindliche Schulformempfehlungen (Dumont u.a. 2014).

Die dargestellten AID:A-Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass die Bildungsaspirationen einen wichtigen Ansatzpunkt darstellen können. Denn ein überwiegender Anteil der Kinder und Eltern hat hohe Bildungsaspirationen, was auf eine große Bildungsmotivation hinweist. Dieses Potenzial sollte noch mehr für die individuelle Förderung der Kinder genutzt werden. In einem Projekt des DJI mit armutsgefährdeten Münchner Familien zeigte sich zudem, dass Kinder, die in prekären Lebenslagen aufwachsen, zu wenig angemessene Unterstützung erhalten, die den Wechsel in anspruchsvollere weiterführende Schulen erleichtern könnte. Handlungsbedarfe wurden insbesondere bei der Sprachförderung und der konkreten Lernunterstützung identifiziert, die direkt an die Schule beziehungsweise Ganztagsbetreuung angegliedert sein sollten (Lüring u.a. 2022). **x**

Literatur

- AUTOR:INNENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2026): *Bildung in Deutschland 2026. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft. Bielefeld*
- DUMONT, HANNA u.a. (2014): Soziale Ungleichheiten beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I: Theorie, Forschungsstand, Interventions- und Fördermöglichkeiten. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 17. Jg., Sonderheft. Wiesbaden, S. 141–165
- HELBIG, MARCEL / KARWATH, CLAUDIA / KLEINERT, CORINNA (2026): *Von der Kita bis zur Uni: Wie soziale Ungleichheiten unseren Bildungsweg beeinflussen. Münster*
- KUGER, SUSANNE u.a. (2024): AID:A 2023 – Design des Surveys. In: *Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): AID:A 2023 Blitzlichter. Zentrale Befunde des DJI-Surveys zum Aufwachsen in Deutschland. Bielefeld*, S. 7–15
- LÜRING, KLARA u.a. (2022): Zusammenhänge zwischen prekären Lebenslagen und Bildungsverläufen. Die Situation von Schülerinnen und Schülern am Übergang von der Grundschule in die Sekundarschule. Abschlussbericht am Deutschen Jugendinstitut. München
- MAAZ, KAI (2020): Soziale Ungleichheiten. Der Übergang von der Grundschule als Hürde. In: *Lernende Schule*, 23. Jg., H. 1, S. 7–9
- PASSARETTA, GIAMPIERO / SKOPEK, JAN / VAN HUIZEN, THOMAS (2022): Is social inequality in school-age achievement generated before or during schooling? A European perspective. In: *European Sociological Review*, 38. Jg., H. 6, S. 849–865
- SEKTNAN, MICHAELLA u.a. (2010): Relations between early family risk, children's behavioral regulation, and academic achievement. In: *Early Childhood Research Quarterly*, 25. Jg., H. 4, S. 464–479
- STOCKÉ, VOLKER (2013): Bildungsaspirationen, soziale Netzwerke und Rationalität. In: *Becker, Rolf / Schulze, Alexander (Hrsg.): Bildungskontexte. Wiesbaden*, S. 269–298
- STUBBE, TOBIAS C. u.a. (2023a): Schullaufbahnpräferenzen am Übergang in die Sekundarstufe und der Zusammenhang mit leistungsrelevanten und sozialen Merkmalen. In: *McElvany, Nele u.a. (Hrsg.): IGLU 2021. Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre. Münster*, S. 231–247
- STUBBE, TOBIAS C. u.a. (2023b): Soziale und migrationsbedingte Disparitäten in der Lesekompetenz von Viertklässlerinnen und Viertklässlern. In: *McElvany, Nele u.a. (Hrsg.): IGLU 2021. Lesekompetenz von Grundschulkindern im internationalen Vergleich und im Trend über 20 Jahre. Münster*, S. 151–177
- STUBBE, TOBIAS C. / BEIER, ANNIKA / LOTT, MARTJE (2024): Schullaufbahnpräferenzen am Übergang in die Sekundarstufe und der Zusammenhang mit leistungsrelevanten und sozialen Merkmalen. In: *Schwippert, Knut u.a. (Hrsg.): TIMSS 2023. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern im internationalen Vergleich. Münster*, S. 341–360
- STUBBE, TOBIAS C. / SCHULZ, LEONHARD / BEESE, CHRISTIN (2024): Soziale Disparitäten in den mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen von Viertklässler:innen. In: *Schwippert, Knut u.a. (Hrsg.): TIMSS 2023. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern im internationalen Vergleich. Münster*, S. 233–258
- WEIS, MIRJAM u.a. (2025): Bildung: Häusliche Unterstützung, Kompetenzen und Bildungsaspirationen. In: *Walper, Sabine u.a. (Hrsg.): Eine Perspektive für jedes Kind. UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025. Köln*, S. 37–54
- ZIMMERMANN, THOMAS (2018): Die Bedeutung signifikanter Anderer für eine Erklärung sozial differenzierter Bildungsaspirationen. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 21. Jg., H. 2, Wiesbaden, S. 339–360



Dr. Mirjam Weis ist seit Anfang 2026 kommissarische Abteilungsleitung des Zentrums für Dauerbeobachtung und Methoden am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Zuvor war sie unter anderem „National Project Managerin“ für die Schulleistungsstudie PISA und bringt vielfältige methodische Erfahrung mit. Die Forschungsschwerpunkte der Psychologin liegen auf Zusammenhängen zwischen dem sozioökonomischen Status der Eltern, elterlichem Erziehungsverhalten und Entwicklungsergebnissen von jungen Menschen – wie Schulleistungen und Selbstregulation – aus internationaler Perspektive.
weis@dji.de



Dr. Christine Steiner ist Sozialwissenschaftlerin und als stellvertretende Leiterin der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“ am DJI tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Bildungs- und Jugendforschung, hier vor allem in der Ganztagsbildung und Analyse von Bildungs- und Erwerbsverläufen junger Menschen.
steiner@dji.de

Frühe Arbeits- erfahrungen erleichtern den Berufseinstieg

Nebenjobs, Praktika, Ehrenamt: Jugendliche, die schon während der Schulzeit nebenbei arbeiten, finden schneller ihren Weg in die berufliche Bildung als Gleichaltrige ohne entsprechende Erfahrungen. Allerdings nutzen bislang vor allem Jugendliche aus sozial besser gestellten Familien diese Möglichkeiten.



Von Christine Steiner und Stefan Hofherr

In der Berufsbildungs- und Übergangsforschung gilt die praktische Arbeitserfahrung als wichtige Form non-formalen und informellen Lernens. Sie ermöglicht es jungen Menschen, ihr überwiegend theoretisch erworbenes Wissen mit den realen Anforderungen der Arbeitswelt zu verknüpfen und dadurch ihre beruflichen Interessen zu konkretisieren (Lipowski u.a. 2020). Insbesondere die schulische Berufsorientierung hat sich zu einem Lernfeld entwickelt, das den prozesshaften Charakter der Berufsorientierung berücksichtigt und sich stärker an den individuellen Voraussetzungen Jugendlicher ausrichtet. Zugleich zeigt sich in den Erlassen und Verordnungen der Bundes-

länder zur schulischen Berufsorientierung eine stärkere Fokussierung auf die Vermittlung von Praxiserfahrungen – oft in Zusammenarbeit mit Praxispartnern (KMK 2017, Niemeyer/Frey-Huppert 2009).

Für die berufliche Orientierung der Schüler:innen sind nicht nur die schulischen Angebote der Berufsorientierung relevant, sondern auch eigenverantwortlich organisierte Aktivitäten wie zivilgesellschaftliches Engagement, freiwillige Praktika und vor allem auch Nebenerwerbstätigkeiten (im Folgenden auch synonym „Nebenjobs“). Obwohl Jugendliche damit in erster Linie etwas Geld verdienen wollen und nicht die Verbesserung ihrer Berufswahlkompetenz



”

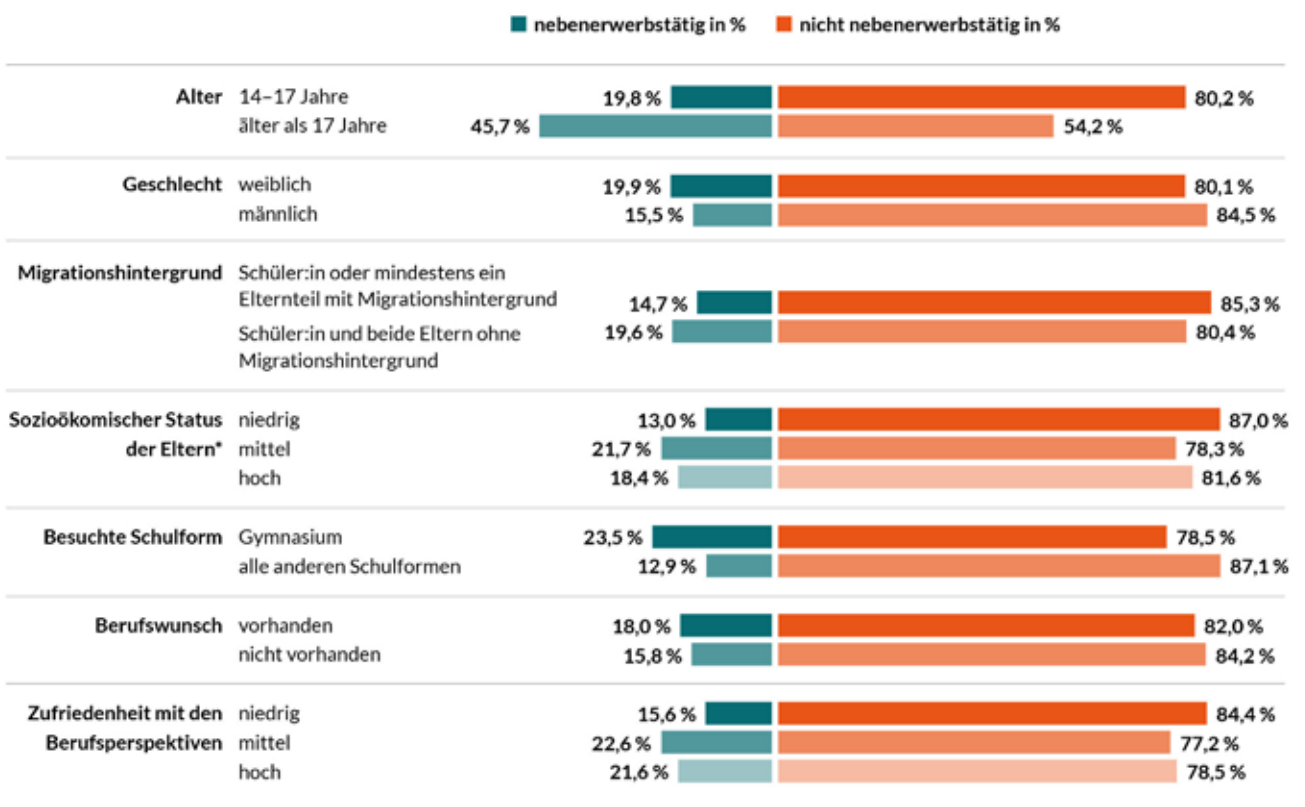
Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erwerbstätigkeit und Bildungsanforderungen ist von zentraler Bedeutung.

anstreben, lernen sie dort viel. Eine frühe Arbeitserfahrung kann dazu beitragen, berufliche Selbstwirksamkeitserwartungen zu erhöhen, berufliche Präferenzen zu festigen, realistische Erwartungen und eine ausgeprägte Arbeitsmotivation zu entwickeln und die Arbeitsmarktaussichten besser einzuschätzen (OECD 2025). Nebenjobs und Praktika erweitern außerdem soziale Netzwerke, aus denen sich weitere berufliche Perspektiven ergeben können, etwa in Form von Ausbildungsplätzen oder späteren Beschäftigungsmöglichkeiten. Zugleich machen empirische Studien auch deutlich, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erwerbstätigkeit und Bildungsanforderungen von zentraler Bedeutung ist. Eine hohe Arbeitsintensität neben der Schule kann aber auch mit geringerer Lernzeit und potenziell schwächeren Bildungsergebnissen einhergehen (Staff/Schulenberg/Bachman 2010, Schneider/Wagner 2003).

Lediglich ein Fünftel der 14- bis 17-Jährigen hat einen Nebenjob

Doch inwiefern nutzen junge Menschen in Deutschland die Chancen einer frühen Arbeitserfahrung? Darauf liefern die bislang unveröffentlichten Auswertungen von Daten des DJI-Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) (siehe Infobox, S. 29) Antworten. Sie zeigen zudem Zusammenhänge zwischen Nebenerwerbstätigkeiten von Befragten, ihren Bildungszielen und ihren Schule-Beruf-Übergängen auf. ➤

Abbildung 1: Anteile der Schüler:innen, die bereits Erfahrungen im Nebenerwerb gemacht haben, in Prozent



Quelle: AID:A 2019 (Kuger u.a. 2020), gewichtete Daten, n = 2.296, eigene Berechnungen. * Der höchste erreichte sozioökonomische Status der Elternteile basiert auf dem HISEI-Index und wurde in Drittel eingeteilt. ** Der Mittelwert liegt bei 5,03 auf einer sechsstufigen Skala von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“. Die Einschätzungen unterscheiden sich dabei nur geringfügig (SD: 0,96).

Angaben zur Nebenerwerbstätigkeit wurden im Rahmen der AID:A-Befragungen zuletzt 2019 unter den insgesamt 6.102 12- bis 32-Jährigen erhoben. Die Daten machen deutlich, dass Nebenjobs oft erst von jungen Erwachsenen ausgeübt werden. So arbeitete nur etwa jede beziehungsweise jeder Zehnte der 12- bis 17-Jährigen (13,3 Prozent) nebenbei; unter den 18- bis 25-Jährigen waren es fast 30 Prozent (28,6 Prozent).

Der geringere Anteil unter Minderjährigen ist teilweise auf rechtliche Restriktionen zurückzuführen. Nebenjobs sind erst ab einem Alter von 14 beziehungsweise 15 Jahren erlaubt und unterliegen den Regelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes (Geis-Thöne 2023). Während unter den 14- bis 17-Jährigen nur 19,8 Prozent einer Nebenerwerbstätigkeit nachgingen, waren es bei den älteren Schüler:innen mit 45,7 Prozent fast die Hälfte (siehe Abbildung 1, oben).

Weitere Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Geschlechter. Entgegen der häufig erwähnten starken Orientierung junger Männer am außerschulischen Leben (Sauerwein/Theis/Fischer 2016) sind junge Frauen öfter neben der Schule erwerbstätig (15,5 vs. 19,5 Prozent). Weiterhin zu erkennen ist, dass Jugendliche ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu ihren Mitschüler:innen mit eigenem oder familiärem Migrationshintergrund etwas häufiger einen Nebenjob ausüben (19,6 vs. 14,7 Prozent).



Jugendliche, die bereits einen klaren Berufswunsch oder einen Nebenjob haben, blicken zuversichtlicher in ihre berufliche Zukunft.

Vor allem Gymnasiast:innen und sozial privilegierte Jugendliche arbeiten nebenbei

Sehr auffallend ist jedoch, dass Nebenjobs vor allem von Schüler:innen aus Familien mit mittlerem sozioökonomischem Status ausgeübt werden. Das ist überraschend, weil es eher erwartbar gewesen wäre, dass vor allem Jugendliche aus Familien mit niedrigerem sozioökonomischem Status häufiger Nebenjobs haben, auch weil sie auf einen eigenen Nebenverdienst angewiesen sind. Dieser Befund wurde jedoch auch in der Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft ermittelt (Geis-Thöne 2023). Korrespondierend dazu ist der Anteil der Gymnasiast:innen mit Nebenjob deutlich höher als unter Lernenden anderer Schulformen. In einer multivariaten Betrachtung, bei der alle genannten unterschiedlichen Merkmale zugleich berücksichtigt werden, wird deutlich, dass neben dem Alter und dem Migrationshintergrund vor allem der Besuch des Gymnasiums und die soziale Herkunft ausschlaggebend dafür sind, ob ein Nebenjob ausgeübt wird. Demnach handelt es sich beim Jobben um eine sozial selektive Tätigkeit, die häufiger von privilegiierteren Schüler:innen aus Gymnasien und/oder Familien mit mittlerem oder hohem sozioökonomischem Status ausgeübt wird.

Die Auswertungen der AID:A-Daten sprechen auch dafür, dass frühe Arbeitserfahrungen die Entwicklung beruflicher Pläne unterstützen. Abbildung 1 (S. 28) veranschaulicht zwar, dass ein bestehender Berufswunsch keinen Unterschied macht, ob ein:e Schüler:in einer Nebenerwerbstätigkeit nachgeht. Auch zeigt sich, dass Schüler:innen an Gymnasien und aus sozial besser gestellten Familien seltener einen konkreten Berufswunsch haben als Gleichaltrige aus nicht akademischen Bildungsgängen sowie mit Migrationshintergrund (Barlovic/Ullrich/Wieland 2024). Vertiefenden Analysen der AID:A-Daten zufolge spielt der Nebenjob jedoch insgesamt eine wichtige Rolle für die Zufriedenheit der Jugendlichen mit ihren beruflichen Perspektiven. Jugendliche, die bereits einen klaren Berufswunsch oder einen Nebenjob haben, blicken zuversichtlicher in ihre berufliche Zukunft als Gleichaltrige ohne klaren Berufswunsch oder Nebenjob – auch dann, wenn weitere relevante Einflussfaktoren berücksichtigt werden. Haben Jugendliche sowohl einen Berufswunsch als auch einen Nebenjob während ihrer Schulzeit, fällt ihr Optimismus im Vergleich sogar noch ausgeprägter aus.

Schulabgänger:innen ohne Arbeitserfahrung verbleiben öfter im Bildungssystem

Nebenerwerbstätigkeiten sollen nicht nur der beruflichen Orientierung von Schüler:innen dienen, sondern auch den Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen. Inwiefern dies gelingt, zeigt ein Vergleich der AID:A-Erhebungen 2019, 2021 und 2023. Auf dieser Basis lassen sich die weiteren Bildungs- und Berufswege der Schüler:innen aus dem Erhebungsjahr 2019 nachzeichnen, nachdem diese erstmals und für mindestens 18 Monate die Schule verlassen

Der DJI-Survey AID:A: regelmäßige repräsentative Befragung von jungen Menschen in Deutschland

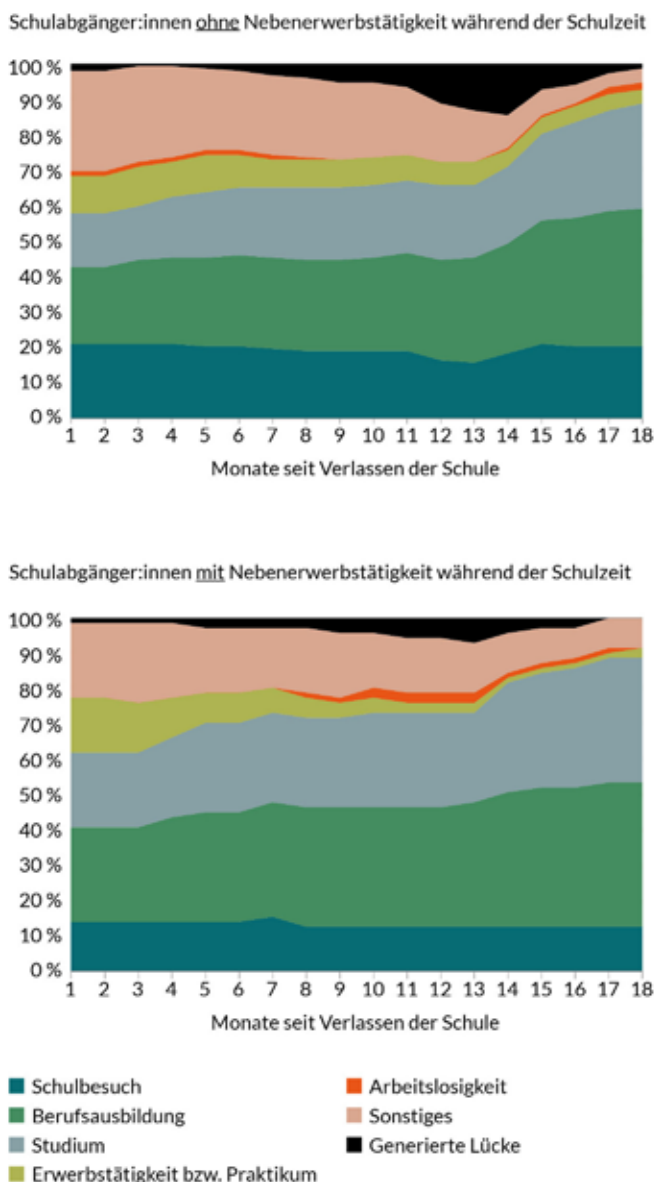
Der Survey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“, kurz AID:A, bietet seit dem Jahr 2009 regelmäßig detaillierte Einblicke in die Lebensbedingungen und Entwicklung von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen sowie deren Familien. Auf Basis der Studienergebnisse lassen sich Aussagen über die Entwicklung der Familienstrukturen, sozialen Ungleichheiten und des Wohlergehens junger Menschen in Deutschland treffen sowie über Trends in Bildung, Beruf und Freizeit. Zuletzt wurden im Jahr 2023 bundesweit in etwa 5.400 Haushalten Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene sowie die dort lebenden Eltern von Minderjährigen standardisiert befragt. Knapp 5.000 der Befragten waren im Alter von 12 bis 32 Jahren. Der Survey wird im Rahmen der institutionellen Zuwendung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

 **Weitere Informationen bei [dji.de](https://www.dji.de)**

”

Jugendliche ohne frühe Arbeitserfahrungen setzen nach dem erstmaligen Verlassen der Schule vergleichsweise häufig ihre Schullaufbahn fort.

Abbildung 2: Vergleich der Bildungs- und Berufswege von Schulabgänger:innen mit und ohne Nebenerwerbstätigkeit während der Schulzeit in den ersten 18 Monaten nach dem Schulverlassen, in Prozent



Quelle: AID:A 2019, 2021, 2023 (Kuger u.a. 2024), gewichtete Daten, n = 223, eigene Berechnungen

hatten (n = 223). In Abbildung 2 sind die monatsgenauen Bildungs- und Erwerbsaktivitäten dieser Schulabgänger:innen in einem gestapelten Flächendiagramm grafisch dargestellt. Betrachtet werden die ersten 18 Monate seit dem erstmaligen Schulverlassen, und es werden Schulabgänger:innen mit und ohne Nebenerwerbstätigkeit während der Schulzeit getrennt dargestellt.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass Schulabgänger:innen, die während der Schulzeit einen Nebenjob hatten, statistisch signifikant schneller eine berufliche Qualifizierung beginnen als Gleichaltrige ohne solche Erfahrungen. Sie sind durchschnittlich in 33,7 Prozent der 18 untersuchten Monate in einer Berufsausbildung und in 26 Prozent der Monate im Studium. Für Befragte ohne frühe Arbeitserfahrung trifft dies nur auf 23,6 beziehungsweise 21 Prozent der Monate zu. Die Befunde bekräftigen demnach die Erwartung, dass das Ausüben eines Nebenjobs während der Schulzeit förderlich für eine schnelle Berufswahl ist.

Jugendliche ohne diese frühen Arbeitserfahrungen setzen dagegen nach dem erstmaligen Verlassen der Schule vergleichsweise häufiger ihre Schullaufbahn fort (19,5 vs. 14,6 Prozent der Monate) und weisen häufiger eine generierte Lücke in ihrem Lebenslauf auf (5,8 vs. 3,3 Prozent). Generierte Lücken werden nachträglich in der Datenaufbereitung erstellt, um Zeiträume zu füllen, für welche Befragte keine Angaben über ihre damaligen Bildungs- und Erwerbsaktivitäten gemacht haben. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Jugendliche ohne frühe Arbeitserfahrungen möglicherweise häufiger ihre Schullaufbahn fortsetzen, weil sie noch keine berufliche Anschlussperspektive für die Zeit nach der Schule entwickelt haben. Darauf weisen auch die häufigeren Phasen ohne Bildungs- oder Erwerbsaktivitäten hin.

Die Übergangswege nach der Schule sind grundsätzlich stark durch den erworbenen Schulabschluss vorstrukturiert, was die Auswertung der DJI-Surveys AID:A bestätigt: So besuchen Befragte mit Mittlerem Schulabschluss in den ersten Monaten nach dem Verlassen der Schule am häufigsten

weiterhin eine Schule (38,8 Prozent) oder befinden sich in einer Berufsausbildung (36,8 Prozent), während Abiturient:innen am häufigsten im Studium sind (44,6 Prozent).

Nebenerwerb während der Schulzeit: Potenziale nutzen, Zugangsbarrieren abbauen

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass das Ausüben einer Nebenerwerbstätigkeit Jugendliche zwar nicht bei der Herausbildung eines Berufswunsches unterstützt, aber ihre Zuversicht bezüglich ihres künftigen Erwerbslebens fördert. So beginnen Schulabgänger:innen schneller eine Ausbildung oder ein Studium, wenn sie während der Schulzeit einer Nebenerwerbstätigkeit nachgegangen sind, im Vergleich zu Gleichaltrigen ohne diese frühen Arbeitserfahrungen. Da Nebenjobs bislang eher von privilegierten jungen Menschen ausgeübt werden, stellt sich die Frage, wie Jugendlichen, die aus sozial schlechter gestellten Elternhäusern stammen oder kein Gymnasium besuchen, der Zugang erleichtert werden könnte. Denn gerade sie würden von den frühen Arbeitserfahrungen besonders profitieren.

Die Nebenerwerbstätigkeit wird in der AID:A-Erhebung im Jahr 2027 wieder abgefragt. Dadurch wird es möglich sein, zu analysieren, wie sich die Häufigkeiten des Ausübens von Nebenerwerbstätigkeiten und die Betätigungsfelder seit 2019 verändert haben. Und nicht zuletzt lassen sich dann die Bildungs- und Berufswege von Schulabgänger:innen über einen längeren Zeitraum nachverfolgen. **x**

Literatur

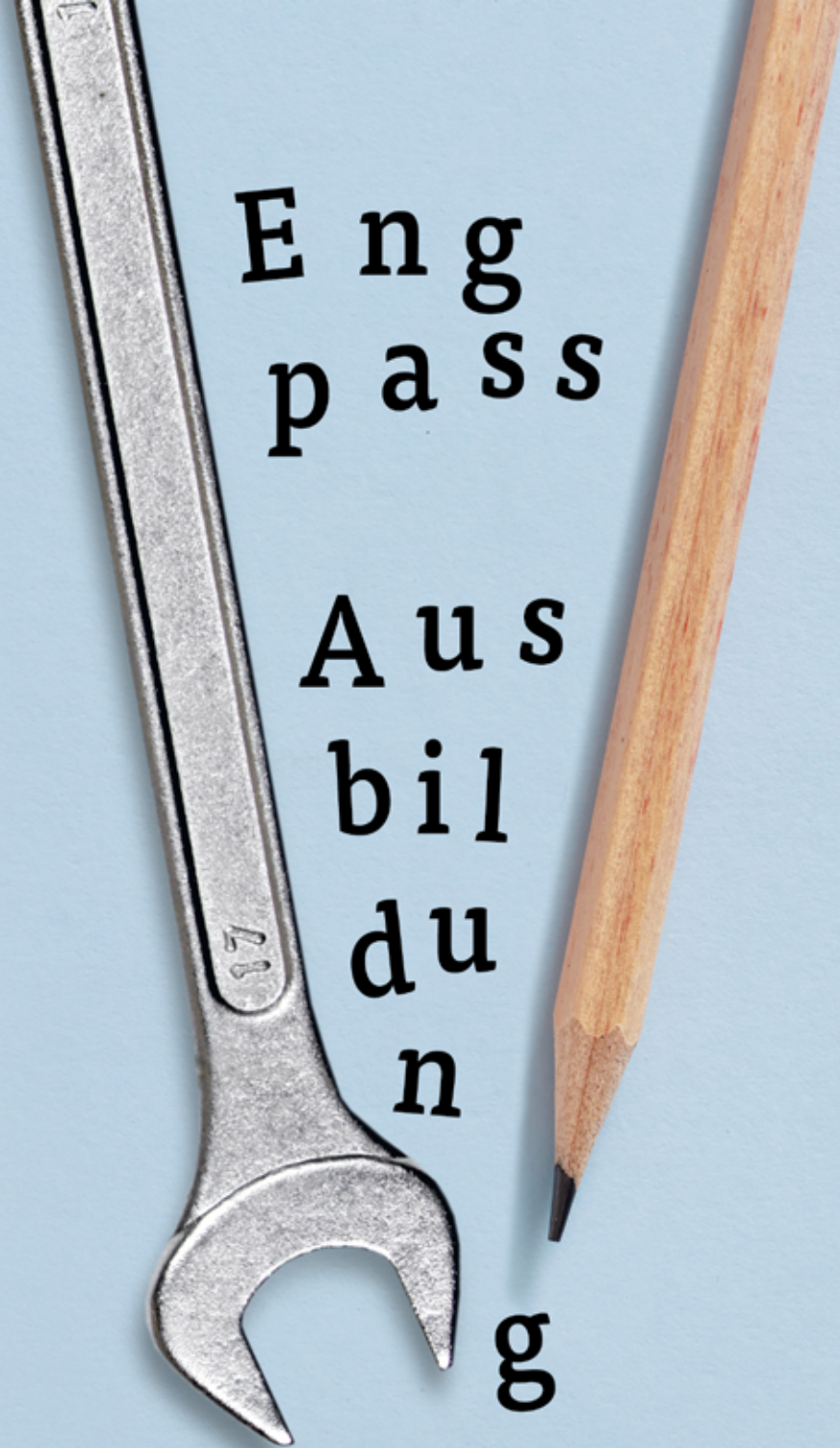
- BARLOVIC, INGO / ULLRICH, DENISE / WIELAND, CLEMENS (2024): *Ausbildungsperspektiven 2024. Eine repräsentative Befragung von jungen Menschen*. Gütersloh
- GEIS-THÖNE, WIDO (2023): *Jobben in der Jugend: Eine Frage des Elternhauses*. IW-Trends Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Jahrgang 50, Heft 3, S. 47–65.
- KUGER, SUSANNE u.a. (2020): *Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten 2019 (AID:A 2019)*. Alltagswelten von Kindern, Jugendlichen und Familien. Haupterhebung. Version 1. München
- KUGER, SUSANNE u.a. (2024): *AID:A 2023 – Design des Surveys*. In: *Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): AID:A 2023 Blitzlichter. Zentrale Befunde des DJI-Surveys zum Aufwachsen in Deutschland*. Bielefeld, S. 7–15
- KULTUSMINISTERKONFERENZ (KMK) (2017): *Empfehlung zur Beruflichen Orientierung an Schulen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.12.2017)*. Berlin
- LIPOWSKI, KATRIN u.a. (2020): *Berufsfelderprobungen in der schulischen Berufsorientierung: Voraussetzungen einer wirksamen Praxiserfahrung*. In: Brüggenmann, Tim/Rahn, Sylvia (Hrsg.): *Berufsorientierung: Ein Lehr- und Arbeitsbuch*. Münster/New York, S. 446–459
- NIEMEYER, BEATRIX / FREY-HUPPERT, CHRISTINA (2009): *Berufsorientierung an Allgemeinbildenden Schulen in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme*. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- ORGANISATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD) (2025): *Teenage part-time working and its effects on education and labour market outcomes*. Paris
- SAUERWEIN, MARKUS / THEIS, DÉSIREE / FISCHER, NATALIE (2016): *How youth's profiles of extracurricular and leisure activity affect their social development and academic achievement*. In: *International Journal for Research on Extended Education (IJREE)*, 1. Jg., H. 4, S. 103–124
- SCHNEIDER, THORSTEN / WAGNER, GERT (2004): *Jobben von Jugendlichen beeinträchtigt weder Schulleistungen noch Freizeit*. Wochenbericht des DIW, Nr. 38/2003, S. 574–576
- STAFF, JEREMY / SCHULENBERG, JOHN E. / BACHMAN, JERALD G. (2010): *Adolescent work intensity, school performance, and academic engagement*. *Sociology of Education*, Jg. 83, Heft 3, S. 183–200



Dr. Christine Steiner ist Sozialwissenschaftlerin und als stellvertretende Leiterin der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Bildungs- und Jugendforschung, hier vor allem in der Ganztagsbildung und Analyse von Bildungs- und Erwerbsverläufen junger Menschen.
steiner@dji.de



Dr. Stefan Hofherr ist Diplomsoziologe und als wissenschaftlicher Referent in der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“ am DJI sowie im Kompetenzteam Jugend des DJI-Surveys AID:A tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Analysen von Bildungs- und Erwerbsverläufen junger Menschen sowie non-formale und informelle Bildungsprozesse.
hofherr@dji.de

A large metal wrench and a wooden pencil are positioned diagonally across the upper half of the page. The wrench is on the left, and the pencil is on the right. The text 'Engpass' is written in a large, black, serif font, with the 'p' and 'a' being significantly larger than the other letters. Below it, the word 'Ausbildung' is written in a similar font, with the 'A' and 'u' being significantly larger than the other letters. The 'g' at the end of 'Ausbildung' is also large and positioned to the right of the pencil's tip.

E n g
p a s s

A u s
b i l
d u
n
g

Mehr junge Menschen suchen einen Ausbildungsplatz, doch das Angebot geht zurück. Für den Übergang ins Berufsleben wird Unterstützung für Jugendliche und Betriebe wichtiger – und muss gezielt weiterentwickelt werden.

Von Hubert Ertl

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt verschärft sich. Das zeigen die Daten für das Ausbildungsjahr 2025. So ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) geregelten Ausbildungsberufen um 10.300 auf rund 476.000 gesunken und damit deutlich gegenüber den Vorjahren zurückgeblieben (2023: 489.200; 2024: 486.300). Die Zahl der Neuabschlüsse 2025 stellt den niedrigsten Wert seit der COVID-19-Pandemie dar, die 2020 zu einem Einbruch der Ausbildungszahlen geführt hatte. Der damalige Wert von 467.500 stellte einen

Rückgang binnen eines Jahres um fast 11 Prozent und die niedrigste Zahl von Neuabschlüssen seit der deutschen Wiedervereinigung dar. In den Folgejahren erholte sich der Ausbildungsmarkt leicht, und bis 2023 stieg die Zahl gegenüber dem Krisenjahr 2020 wieder um 4,6 Prozent an, lag aber immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 2019 (Christ u.a. 2025).

Die Anzahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen sinkt

In der aktuellen Situation ist ein deutlicher Rückgang des Angebots an Ausbildungsplätzen zu verzeichnen: Es sank 2025 im Vergleich zum Vorjahr um rund 25.300 (–4,6 Prozent) auf insgesamt nur noch 530.300. Demgegenüber stieg die Ausbildungsplatznachfrage im Vergleich zu 2024 um rund +3.700 (+0,7 Prozent) auf etwa 560.300. Abbildung 1 stellt die Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt in einem längeren Zeitverlauf dar und unterscheidet das betriebliche und das außerbetriebliche Angebot von Ausbildungsstellen (siehe S. 35). Diese Differenzierung verdeutlicht, dass sich der gegenwärtige Rückgang des Angebots vor allem auf die sinkende Zahl von betrieblichen Ausbildungsstellen zurückführen lässt (–5 Prozent im Vergleich zu 2024) (Christ u.a. 2025).

Eine differenzierte Betrachtung des Ausbildungsmarkts macht im Handwerk und in den Freien Berufen 2025, wie etwa medizinischen oder Steuerfachangestellten, ein leichtes Plus bei den Neuabschlüssen in der dualen Ausbildung nach BBiG und HwO deutlich. Dagegen gingen die Zahlen neuer Ausbildungsverträge in Industrie und Handel zurück. Ebenso zeigen sich regionale Unterschiede: In einigen Bundesländern nahm die Zahl der Neuabschlüsse zu. Auch stieg die Zahl der Anfänger:innen in der schulischen Berufsausbildung im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen 2025 auf 203.180 an (+7.442 bzw. +3,8 Prozent gegenüber 2024) (Statistisches Bundesamt 2026).

Erschwerte Übergänge von der Schule in den Beruf

Es muss konstatiert werden, dass die unsichere politische Lage und die sich daraus ergebende wirtschaftliche Unsicherheit dazu geführt haben, dass es Betrieben schwererfällt, Ausbildungsplätze in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Dies wiederum verschlechtert die Chancen von Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt. So stieg die Zahl der erfolglos suchenden Ausbildungsplatzbewerber:innen im Vergleich zu 2024 um rund +14.000 (+19,9 Prozent) auf 84.400. Dies entspricht rund 15 Prozent der gesamten Aus-

”

Die Zahl der erfolglos suchenden Ausbildungsplatzbewerber:innen stieg im Vergleich zu 2024 um rund +14.000 (+19,9 Prozent) auf 84.400.

Zusammenarbeit von BIBB und DJI: Forschungsergebnisse gemeinsam für Berufsbildungspolitik, -wissenschaft und -praxis nutzbar machen

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) arbeiten eng zusammen, um Forschungsergebnisse wechselseitig besser zugänglich zu machen und gemeinsam auszuwerten. Ziel dabei ist es, einen Mehrwert der Datenbestände für Berufsbildungspolitik, -wissenschaft und -praxis zu erzielen. Auch gemeinsame Publikationen sind geplant. Einen Schwerpunkt des Austauschs und der Zusammenarbeit bildet der Bereich „Berufsorientierung und die Entwicklungen im Übergangssektor Schule – Beruf“. Es geht insbesondere darum, die Interessen und Erwartungen der Betriebe sowie der Jugendlichen und jungen Erwachsenen gleichermaßen zu untersuchen. Die Forschungsschwerpunkte des BIBB und des DJI ergänzen sich in diesem Kontext auf produktive Weise. Aktuell wird zudem zum Thema der Gruppe der nicht formal Qualifizierten kooperiert, zu denen beide Einrichtungen Forschungsdaten vorliegen haben. Weitere mögliche gemeinsame Themen sind beispielsweise Demokratiebildung, Inklusion von Menschen mit Behinderung oder der Verbleib von jungen Menschen, die weder eine Schul- oder Berufsausbildung absolvieren noch einer Erwerbstätigkeit oder einem Studium nachgehen („Not in Education, Employment or Training“, NEETs). Das BIBB ist das anerkannte Kompetenzzentrum zur Erforschung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung in Deutschland.



Angesichts der problematischen Entwicklungen im Ausbildungssektor muss es das Ziel sein, die Unterstützung beim Übergang zwischen Schule und Beruf auszubauen und vorhandene Instrumente bekannter zu machen.

bildungsplatznachfrage und stellt den höchsten Wert seit der Weltfinanzkrise 2009 dar. Insgesamt ist die aktuelle Lage durch eine wachsende Diskrepanz zwischen einem rückläufigen Ausbildungsplatzangebot und einer steigenden Nachfrage von Jugendlichen nach beruflicher Ausbildung gekennzeichnet.

Damit verbunden sind die in den letzten Jahren steigenden Zahlen im Übergangsbereich, in den 2025 262.210 Jugendliche einmündeten (+1.740 bzw. +0,7 Prozent gegenüber 2024), was einem Anteil von 13,7 Prozent am gesamten (Aus-) Bildungsgeschehen entspricht (Statistisches Bundesamt 2026). Dabei spielen auch die Zahlen von ausländischen Jugendlichen mit Fluchthintergrund, zunächst aus Syrien und später aus der Ukraine, eine Rolle, die seit 2014 angestiegen sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes finden sich diese Zugewanderten insbesondere in Programmen zum Erlernen der deutschen Sprache (Statistisches Bundesamt 2024).

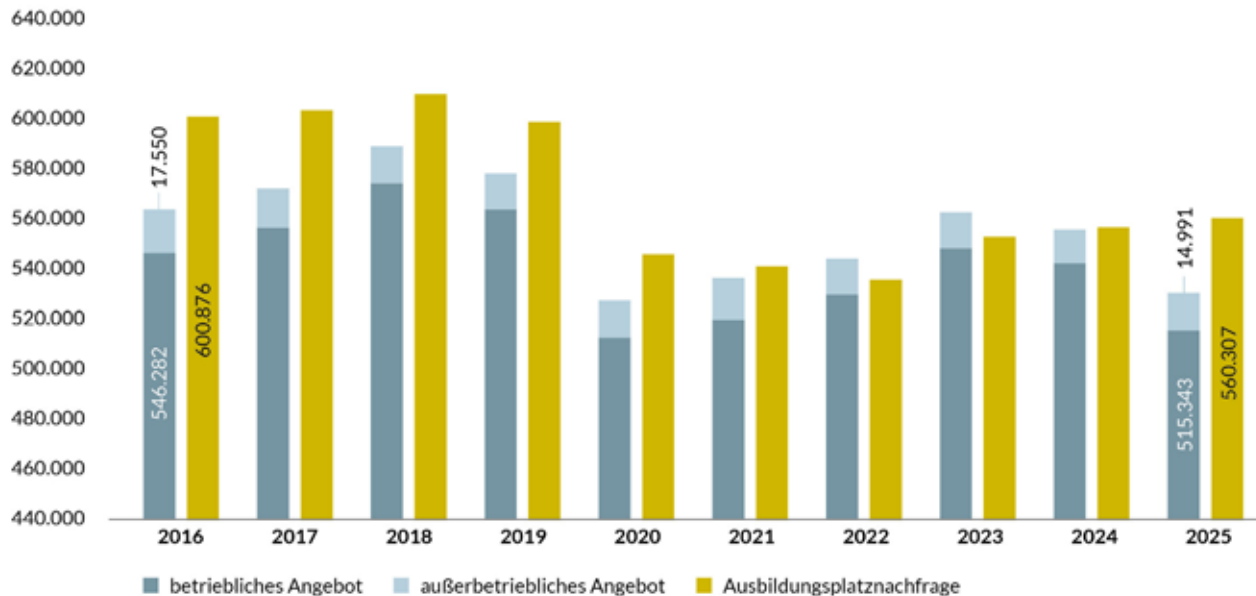
Insgesamt lässt sich aus den verfügbaren Daten ablesen, dass der Weg für Jugendliche von der Schule in Ausbildung und damit in eine erfolgreiche Berufskarriere schwieriger wird. Dies hat auch, aber nicht ausschließlich, damit zu tun, dass Betriebe angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Somit kommt den Unterstützungsmaßnahmen, die es sowohl für Jugendliche als auch für Betriebe gibt, immer größere Bedeutung zu.

DJI-Studie zu möglichen Passungsproblemen zwischen den Arbeitsvorstellungen junger Menschen und den Anforderungen der Handwerksbetriebe

Hintergrund des aktuellen Forschungsprojekts des Deutschen Jugendinstituts (DJI) sind der anhaltende Fachkräftemangel und der Rückgang an Auszubildenden im Handwerk. Als eine der wesentlichen Ursachen dafür gilt die fehlende Passung zwischen den Arbeitsvorstellungen junger Menschen und den Anforderungen der Handwerksbetriebe. Die Studie konzentriert sich auf die bislang in der Forschung wenig beleuchteten Bereiche Bau- und Ausbaugewerbe, Holz- und Kunststoffgewerbe sowie Nahrungsmittelgewerbe. Dabei werden sowohl die Perspektiven der Ausbildungsbetriebe als auch die der Auszubildenden untersucht. Ziel ist es, herauszufinden, wie eine gelingende Passung zwischen ihnen hergestellt werden kann, und dabei Ausbildungsberufe attraktiver zu gestalten und Ausbildungsabbrüchen entgegenzuwirken. Die Analyse umfasst Bundesländer in West- und Ostdeutschland, wodurch regionale Unterschiede beleuchtet werden können. Das Forschungsprojekt wird von der Hans-Böckler-Stiftung mit einer Laufzeit von zwei Jahren gefördert.



[Weitere Informationen bei dji.de](https://www.dji.de)

Abbildung 1: Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, 2016 bis 2025

Quelle: Christ u.a. 2025, S. 15

Unterstützungsangebote gewinnen an Relevanz

Auf Bundes- und Landesebene werden vielfältige Programme gefördert, die Jugendliche beim Übergang ins Berufsleben unterstützen. Die Programmdatenbank der Fachstelle „Überaus“ beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) bietet einen systematischen und aktuellen Überblick über relevante Unterstützungsangebote. Gegenwärtig sind dort 292 Förderprogramme und -initiativen von Bund, Ländern und der EU gelistet (www.ueberaus.de). Neben Angeboten für breite Zielgruppen, zum Beispiel im Bereich der Berufsorientierung oder zur Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten ausländischer Jugendlicher, werden zum Teil auch speziellere Problemstellungen aufgegriffen. So fokussieren einige der Angebote auf die Förderung von MINT-Kompetenzen von jungen Frauen und greifen damit die Herausforderung auf, das Leistungspotenzial von jungen Frauen im MINT-Bereich stärker als bisher auszuschöpfen und sie davon zu überzeugen, dass in diesem Segment des Arbeitsmarktes bisher ungenutzte Chancen liegen (Gentrup/Liebelt/Burbles 2025).

Die Initiative Bildungsketten des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)

und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) bietet über ihre Programme einen breiten Rahmen zur Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf (www.bildungsketten.de). Darüber hinaus gibt es Förderinstrumente im Sozialrecht, also Maßnahmen, die gezielt leistungsschwächere Jugendliche unterstützen, wozu es ebenfalls bei der Fachstelle „Überaus“ eine Übersicht gibt. In Bezug auf ihre potenzielle Breitenwirkung sind folgende Instrumente hervorzuheben:

- Das Konzept der „Assistierte Ausbildung“ beinhaltet eine Reihe von Unterstützungsangeboten (zum Beispiel gezielten Nachhilfeunterricht) während einer beruflichen Ausbildung, die von Bildungsträgern im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit vor Ort umgesetzt werden. In 2021 wurde das Konzept fortentwickelt und die Zielgruppe erweitert; seitdem firmiert das Instrument unter „Assistierte Ausbildung flexibel (AsA flex)“.
- Förderung in Form von Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zielt darauf ab, Versäumnisse in schulischen Lernprozessen auszugleichen und gegebenenfalls Schulabschlüsse nachzuholen. ➤



Prof. Dr. Hubert Ertl ist Forschungsdirektor und Ständiger Vertreter des Präsidenten des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB). Außerdem ist er Professor für Berufsbildungsforschung am Department Wirtschaftspädagogik an der Universität Paderborn. Seine Forschungsschwerpunkte sind Berufsbildung und Digitalisierung, international vergleichende Berufsbildungsforschung und die Implementation von Bildungsreformen.

forschungsdirektor@bibb.de

- Noch während der Schulzeit soll die Berufseinstiegsbegleitung dazu beitragen, den erfolgreichen Schulabschluss zu erreichen. Dieses Instrument wird im Moment in fünf Bundesländern im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit angeboten.
- Verschiedene Initiativen wie das bundesweite Projekt „Verbesserung von Ausbildungsabschlüssen“ (VerAplus) (vera.ses-bonn.de) oder die „Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule“ (QuABB) in Hessen (www.quabb-hessen.de) setzen auf einen Mentor:innen-Ansatz, bei dem im Berufsleben erfahrene Personen Auszubildende während ihrer Ausbildung begleiten.
- In mehreren Bundesländern gibt es KAUSA-Landesstellen. Ziel der Koordinierungsstellen ist es, die Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen sowie junge Menschen und ihre Eltern über die berufliche Ausbildung zu informieren.

Zu beachten ist, dass über die Nutzung und Wirkung dieser Instrumente insgesamt wenig bekannt ist. In Bezug auf die „Assistierte Ausbildung“ hat das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) Daten des IAB-Betriebspanels 2023 ausgewertet. Über alle Betriebskategorien hinweg geben nur 7 Prozent der ausbildungsberechtigten Betriebe in Deutschland an, dieses Konzept zu kennen. Dieser Wert variiert stark nach Betriebsgröße: Während der Bekanntheitsgrad des Förderinstruments bei Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten bei 24 Prozent liegt, ist die Quote bei Kleinbetrieben mit bis zu neun Beschäftigten mit nur 5 Prozent deutlich niedriger (Leber/Schwengler 2025).

Eine zielgerichtete Stärkung von Förderinstrumenten erfordert Wirkungsforschung

Angesichts der problematischen Entwicklungen im Ausbildungssektor muss es das Ziel sein, die Unterstützung beim Übergang zwischen Schule und Beruf auszubauen und vorhandene Instrumente bekannter zu machen. Dies gilt sowohl in Hinblick auf die Jugendlichen als auch auf (potenzielle) Ausbildungsbetriebe. Es gibt Anzeichen dafür, dass geschlechterspezifische und regionale Muster in der Weise interagieren, dass Kompensationsansätze für Jugendliche mit ungünstigen Zugangsbedingungen gerade für eine betriebliche Ausbildung nur begrenzt Wirkung erzielen (Detemple/Weßling/Kleinert 2026, in Begutachtung). Für eine zielgerichtete und evidenzbasierte Konzeption von Unterstützungsmaßnahmen scheint eine verstärkte Stakeholder-orientierte Entwicklungs- und Wirkungsforschung am Übergang zwischen Schule und Beruf unabdingbar zu sein. ✕

Literatur

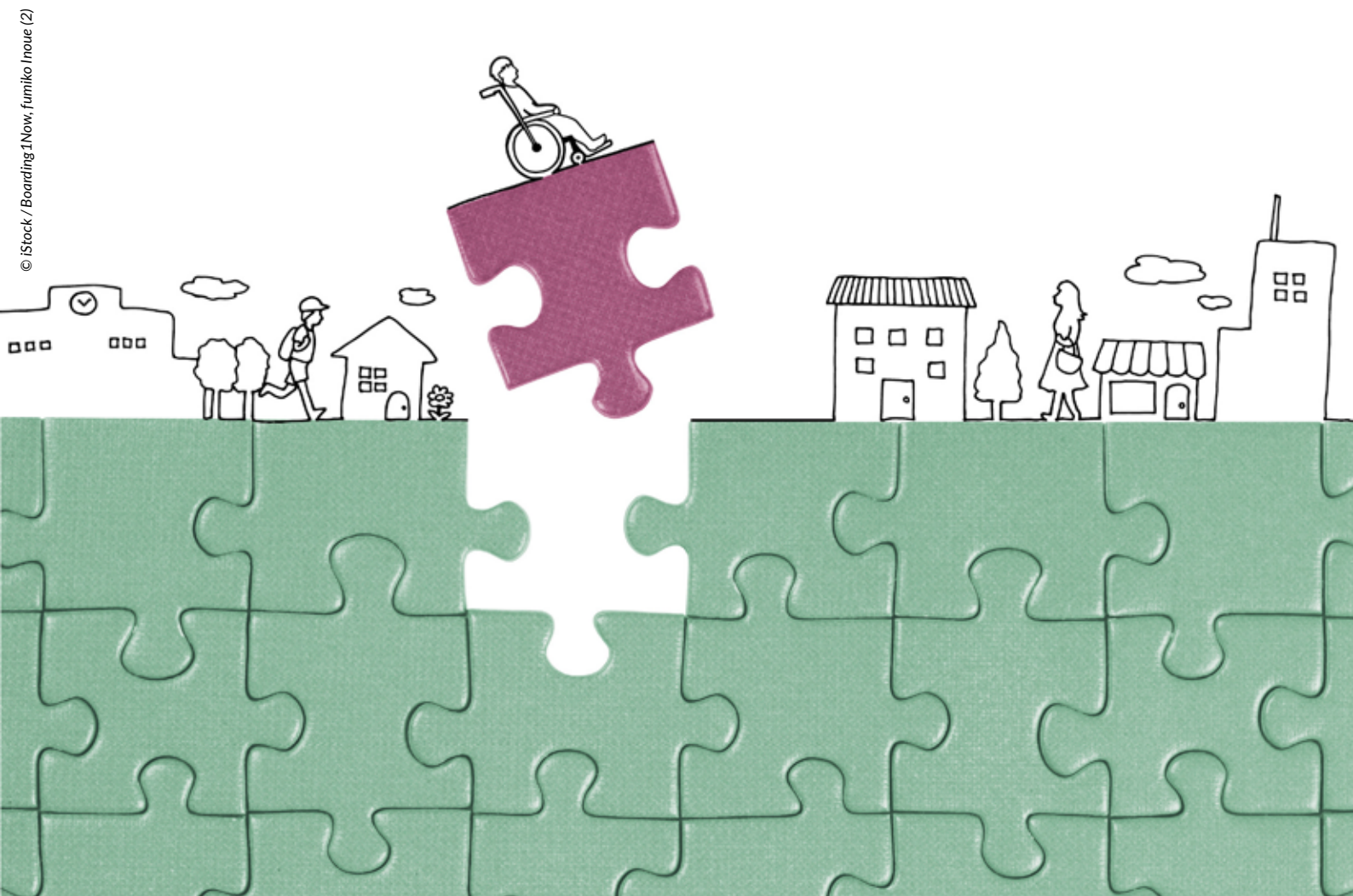
- CHRIST, ALEXANDER u.a. (2025): Der Ausbildungsmarkt im Jahr 2025. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September 2025. Version 1.0. Bonn
- DETEMPLE, JAN / WESSLING, KATRIN / KLEINERT, CORINNA (2026, in Begutachtung): A Matter of Where You Live? Exploring the Gendered Impact of the Local STEM Prevalence on Young People's Aspirations for STEM Occupations.
- GENTRUP, SVEN / LIEBELT, ANNE / BURBLIES, JAN H. (2024): Geschlechtsbezogene Disparitäten. In: Stanat, Petra u.a. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2024, S. 199–236
- LEBER, UTE / SCHWENGLER, BARBARA (2025): Nur wenige Betriebe kennen die „Assistierte Ausbildung flexibel“. In: IAB-Forum – Grafik aktuell, H. 15.01.2025
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2024): Anfängerzahl in Bildungsprogrammen zwischen Schule und Ausbildung im Jahr 2023 erneut gestiegen. Pressemitteilung Nr. 113 vom 21. März 2024
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2026): Statistischer Bericht: Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Vorläufige Ergebnisse – Berichtsjahr 2025. Wiesbaden

Inklusive berufliche Bildung regional verankern

Junge Menschen mit Behinderungen stoßen beim Übergang in den regulären Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt auf zahlreiche Hürden. Aktuelle Befunde machen deutlich: Kommunen haben großen Einfluss auf die Entwicklung von neuen inklusiven Strukturen.

Von Philipp Reimann, Frank Tillmann und Theresa Prenzel

Trotz des deutschlandweiten drängenden Fachkräftemangels blieben im Jahr 2025 rund 54.000 und damit 11 Prozent aller betrieblich gemeldeten Ausbildungsstellen unbesetzt, davon allein rund 16.000 im Handwerk (Statistik der Bundesagentur für Arbeit 2025). Gleichzeitig machte der Anteil junger Menschen in inklusiven Maßnahmen, beispielsweise in einer assistierten oder begleiteten betrieblichen Ausbildung, im Jahr 2023 nur 17 Prozent an allen bei der Agentur für Arbeit erfassten jungen Menschen in Fördermaßnahmen zur





Die Analyse der Bildungsbarrieren verdeutlicht: Inklusion muss als umfassendes Strukturprojekt gesehen werden.

beruflichen Rehabilitation der Agentur für Arbeit aus (DGB-Bundesvorstand 2024, S. 10), und nur etwa die Hälfte der rund drei Millionen Menschen mit Behinderung im erwerbsfähigen Alter hatte 2024 einen Arbeitsplatz – die allgemeine Erwerbsquote lag hingegen bei 77 Prozent (Lichter/Ehlert-Hoshmand 2025).

Aus menschenrechtlicher Perspektive beruht die Inklusion am Übergang von der Schule in den Beruf normativ auf dem Recht jedes Menschen auf gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Arbeit. Zentral sind dabei die Anerkennung von Vielfalt als Normalität sowie die Verpflichtung von Staat und Gesellschaft,

Barrieren abzubauen. Insbesondere die UN-Behindertenrechtskonvention betont in Artikel 27 das Recht auf inklusive Bildung und gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt (UN-BRK 2018). Am Übergang von der Schule in den Beruf zeigt sich, inwiefern diese Rechte praktisch umgesetzt werden: durch individuelle Förderung, diskriminierungsfreie Auswahlverfahren und unterstützende Strukturen.

Mehr Chancengleichheit braucht strukturelle Reformen – und regionale Lösungen

Jüngste Forschungsergebnisse zeigen allerdings, dass junge Menschen mit Behinderungen am Übergang von der Schule in den Beruf einer Vielzahl von Bildungsbarrieren ausgesetzt sind (Blanck 2025, Thielen u.a. 2025), die zum Teil auch erst im Rahmen von Beratung und Vermittlung entstehen, denn die Verzahnung aus Testverfahren, Klassifizierung, Beratung und Vermittlung

wirkt oft als diskriminierende Praxis (Reimann/Schmidt El-Dick/Ullrich 2026, Reimann/Lien 2025). Der Übergang in den regulären Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt wird für junge Menschen mit Behinderung dadurch erheblich erschwert. Gleichzeitig werden Sonderstrukturen vorgehalten, wie die sogenannten Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM) oder die gesonderte Ausbildung in Berufsbildungswerken (Fachpraktikerausbildung).

Die Analyse dieser Bildungsbarrieren verdeutlicht: Inklusion muss als umfassendes Strukturprojekt gesehen werden, um mehr Chancengleichheit zu ermöglichen (Oehme 2025). Inklusionsprozesse beginnen bereits vor der Schule (Hofmann-Lun u.a. 2025, siehe auch S. 19 in dieser Ausgabe) und reichen bis weit in die berufliche Bildung und den Arbeitsmarkt hinein. Dabei müssen regionale Besonderheiten berücksichtigt werden, die Bildungs- und Erwerbsverläufe junger Menschen stark beeinflussen.

Der Ansatz der „Inclusiveness“ konkretisiert diese Perspektive, indem er die Inklusionsleistung einer Region mit ihrer Landschaft an Unterstützungs-, Beratungs- und Begleitangeboten zum Gegenstand der Betrachtung macht (Oehme 2017). Möchte man Inclusiveness auf kommunaler Ebene (ver)messen, zeigt sich jedoch eine mangelnde Datenlage. Daten bezüglich der Gruppe junger Menschen mit Behinderungen sind überwiegend nur deutschlandweit oder für einzelne Bundesländer verfügbar.

Im Forschungsprojekt „Inklusion in der beruflichen Bildung (InBiT)“, das die Universität Hildesheim und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) bis zum Jahr 2025 umsetzen, wurde unter anderem ein „Kommunaler Jugendinklusionsindex“ entwickelt (siehe Infobox, S. 40; Reimann/Tillmann/Prenzel 2026). Mit diesem Ansatz lässt sich die Inclusiveness mit Blick auf junge Menschen für alle Kreise in Deutschland erfassen. Dazu wurden verschiedene Indikatoren aus öffentlich zugänglichen Daten gesammelt und ausgewertet.

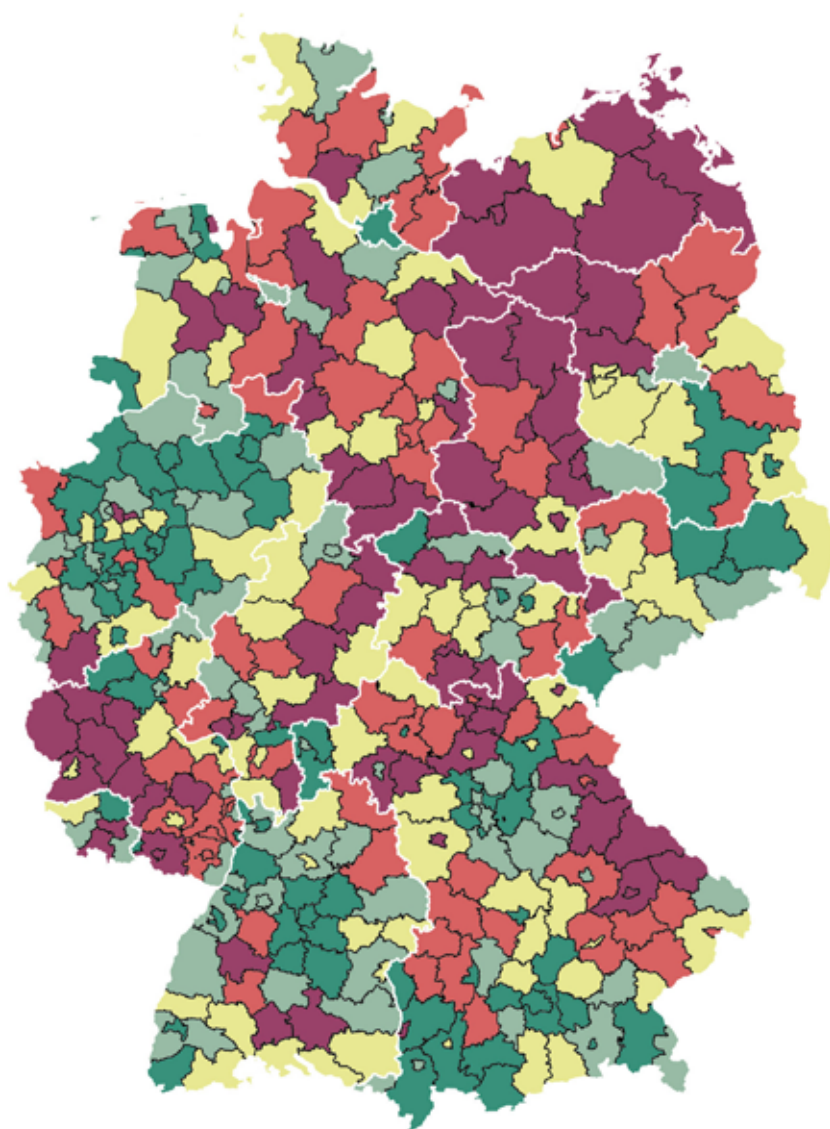


Abbildung 1: Regionale Unterschiede in der Inklusionsleistung auf Basis des Jugendinklusionsindex (294 Landkreise und 106 kreisfreie Städte)

- Sehr hoch
- Hoch
- Moderat
- Niedrig
- Sehr niedrig

Ein neuer Index ermöglicht den Vergleich der regionalen Inklusionsleistung

Der „Kommunale Jugendinklusionsindex“ erfasst den Stand der Inklusion auf kommunaler Ebene (Landkreise und kreisfreie Städte) anhand unterschiedlicher Dimensionen. Hohe Indexwerte beziehungsweise eine ausgeprägte Inklusion erreichen Regionen nur dann, wenn verschiedene inklusionsrelevante Aspekte deutlich ausgeprägt sind, die von der Schule, der beruflichen Bildung und dem Arbeitsmarkt bis zu infrastruktureller Versorgung reichen. Dabei wird ein erweitertes Verständnis von Inklusion zugrunde gelegt, welches sich nicht nur auf Benachteiligungsaspekte von Behinderung und Beeinträchtigung bezieht, sondern auch solche wie Bildungsbenachteiligung oder durch materielle Deprivation einschließt (Stracke-Mertes 2016).

Insgesamt beinhaltet der Index vier zentrale Dimensionen. Die Dimension „Abgebendes System“ nimmt Bezug auf das Schulsystem. Junge Menschen mit Behinderungen haben nach dem Verlassen der (Förder-)Schule schlechtere Chancen auf einen Berufseinstieg als junge Menschen ohne Behinderung beziehungsweise Benachteiligung. Es ist also wichtig, zunächst kommunale Unterschiede festzustellen, die auf regional ungleich verteilte Einmündungschancen hinweisen.

Im Übergangssektor können sich diese ungleichen Bildungschancen junger Menschen mit Behinderungen und Benachteiligungen verfestigen. Die Dimension „Übergangsbereich“ erfasst Aspekte der Inklusion in dieser Phase. Regionale Unterschiede zeigen sich beispielsweise hinsichtlich des Umfangs der Kooperation verschiedener Akteure am Übergang. Die Dimension „Aufnehmendes System“ betrachtet den kommunalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Menschen mit Behinderungen können beispielsweise in Inklusionsbetrieben niedrigschwellig eingestellt werden, diese sind bundesweit sehr unterschiedlich verteilt.

Die Dimension „Infrastruktur“ schließlich erfasst regionale Kontextfaktoren, indem beispielsweise nicht nur der Grad des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs, sondern auch die Kapazitäten an Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe betrachtet werden.

Alle vier Dimensionen wurden in dem Projekt InBiT durch geeignete Indikatoren von frei zugänglichen, wiederkehrend aktualisierbaren Daten untersetzt und zu einem Mittelwertindex zusammengeführt. Damit zeigt der Index auf einen Blick, wie unterschiedlich sich die Situationen in den einzelnen Kommunen darstellen – und das, obwohl in benachbarten Kreisen meist sehr ähnliche Rahmenbedingungen vorliegen (siehe Abbildung 1, oben). ➤

Abbildung 2: Ähnliche regionale Bedingungen, unterschiedliche Inklusionsleistungen – Eichsfeld und Kyffhäuserkreis im Vergleich



Der Landkreis Eichsfeld und der Kyffhäuserkreis in Thüringen weisen beispielsweise (sehr) hohe Werte bezüglich der regionalen Inklusionsleistung auf Basis der vier genannten Dimensionen auf, in direkter Nachbarschaft zu Landkreisen mit sehr niedrigen Werten (siehe Abbildung 2, links). Ein Hinweis darauf, dass dort die gezielte Förderung eines inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarktes des Bundeslands deutlich intensiver genutzt wird. Für den Kyffhäuserkreis konnte beispielsweise ein hohes Engagement bei der Beteiligung an überregionalen Förderangeboten gezeigt werden (Beierle u.a. 2016). Thüringen unterstützt zudem seit Mitte 2025 im Rahmen des Sonderprogramms „Inklusive Arbeitswelt Thüringen“, das insbesondere Jugendlichen mit Behinderung auf Ausbildungssuche zugutekommen soll. Gefördert werden auch Übergänge aus Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) in eine reguläre Arbeit oder Ausbildung.

Wie junge Erwachsene die Inklusion in regionalen Übergangsstrukturen der beruflichen Bildung erleben: das InBiT-Forschungsprojekt

Das Forschungsprojekt „Inklusion in der beruflichen Bildung. Bildungsteilnahme in regionalen Übergangsstrukturen – mit einem Schwerpunkt auf die Perspektive junger Erwachsener (InBiT)“ ist als Verbundprojekt der Universität Hildesheim und des Deutschen Jugendinstituts (DJI) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert worden. Das Projekt, das im Jahr 2025 abgeschlossen wurde, verfolgte das Ziel, die inklusiven Strukturen in der beruflichen Bildung zu erforschen, um damit zu deren Weiterentwicklung beizutragen. Die vier Untersuchungsregionen bildeten jeweils ein eher ländlicher und ein eher städtischer Landkreis in zwei Bundesländern. Im Rahmen eines Mixed-Methods-Ansatzes wurde zunächst die jeweilige Angebotslandschaft am Übergang zwischen Schule und Beruf recherchiert. Anschließend wurden qualitative Interviews mit Fachkräften aus verschiedenen Institutionen sowie 60 biografische Interviews mit jungen Menschen geführt. An einer Online-Befragung beteiligten sich zudem etwa 500 junge Menschen in verschiedenen Übergangsangeboten. Die Ergebnisse wurden in mehreren Publikationen veröffentlicht. Voraussichtlich bis Herbst 2026 erscheint eine Handreichung für die Fachpraxis mit dem Titel „Der kommunale Jugendinklusionsindex“. Auf der Website des Projekts kann der Jugendinklusionsindex zudem heruntergeladen werden.

[🔗 Weitere Informationen bei dji.de](https://www.dji.de)

Ein anderes Beispiel ist Ingolstadt in Bayern (siehe Abbildung 3, rechts). Die Stadt weist im Vergleich zu den angrenzenden Landkreisen einen erhöhten Wert auf. Ein Netzwerk aus städtischen Partnern und Landespartnern organisiert dort beispielsweise eine inklusive Job- und Ausbildungsmesse in der Stadt (www.inklusion-region10.de). Das Beispiel zeigt, wie eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Sozialleistungsträgern dazu beiträgt, inklusive Konzepte in der Kommune umzusetzen.

Echte Teilhabe sichern: mehr Kooperation, klare Zuständigkeiten, verlässliche Begleitung

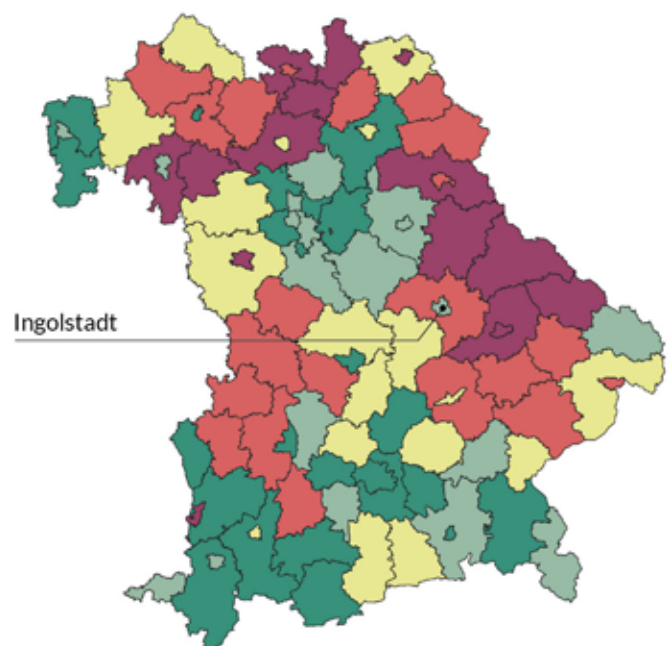
Die großen Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen und Kreisen zeigen: Regionale Besonderheiten und Ressourcen müssen berücksichtigt werden, um Standortvorteile bei der Umsetzung von Inklusion sichtbar zu machen. Kommunen haben dadurch großen Einfluss auf die Gestaltung inklusiver Strukturen – etwa bei der Ausgestaltung von Jugendberufsagenturen. Diese verfolgen das Ziel, junge Menschen beim Übergang in Ausbildung und Beruf umfassend zu begleiten, indem Leistungen verschiedener Institutionen gebündelt werden. In Jugendberufsagenturen arbeiten in der Regel Arbeitsagenturen, Jobcenter, Jugendhilfe und weitere Partner eng zusammen, um Jugendlichen „Leistungen aus einer Hand“ anzubieten (Beierling u.a. 2024). Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass sich die Angebote nicht ausschließlich an sogenannte „Problemgruppen“ richten, sondern grundsätzlich allen Jugendlichen offenstehen. Dadurch können Unterstützungsleistungen frühzeitig und ohne Stigmatisierung in Anspruch genommen werden. Jugendberufsagenturen gelten daher als wichtiger Ansatz, die intersektorale Verantwortungsdiffusion zu reduzieren, Zuständigkeiten transparenter zu gestalten und Übergänge verlässlicher zu begleiten.

Inklusion bedeutet demnach nicht nur Zugang zu Ausbildung und Arbeit, sondern echte Teilhabe und Entwicklungschancen für alle jungen Menschen. Sondersysteme wie beispielsweise Förderschulen oder Werkstätten für Menschen mit Behinderungen wären nur dann zu rechtfertigen, wenn sie die Chancen der Zielgruppen auf Teilhabe nachweislich verbessern. Jedoch ist meist das Gegenteil der Fall. Denn Jugendliche starten aus den separaten sonderpädagogischen Strukturen mit deutlich geringeren Aussichten auf eine vollqualifizierende Berufsausbildung oder eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt (Beierling u.a. 2021, siehe auch S. 4 in dieser Ausgabe). Um Benach-

”

Jugendberufsagenturen verfolgen das Ziel, junge Menschen beim Übergang in Ausbildung und Beruf umfassend zu begleiten, indem Leistungen verschiedener Institutionen gebündelt werden.

Abbildung 3: Starke Inklusionsleistung durch regionale Konzepte und Netzwerke – Ingolstadt in Bayern





Philipp Reimann ist wissenschaftlicher Referent in der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Seine Arbeits- und Interessenschwerpunkte liegen in den Bereichen inklusive Übergänge Schule – Beruf, Passung in der beruflichen Ausbildung und Antidiskriminierung in Organisationen. Aktuell forscht er zu Fragen der jugendgerechten Gestaltung der beruflichen Ausbildung in Handwerksbetrieben.

reimann@dji.de



Dr. Frank Tillmann ist wissenschaftlicher Referent in der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“ am DJI. Er forscht unter anderem zu den Themen Aufwachsen in ländlichen Räumen, Exklusionsprozesse im Jugend- und jungen Erwachsenenalter sowie Übergänge in Ausbildung und Beruf.

tillmann@dji.de



Theresa Prenzel war als wissenschaftliche Hilfskraft in der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“ am DJI tätig. Derzeit arbeitet sie als Psychologin in der Tagesklinik für Psychiatrie in Riesa.

teilungen aufgrund von individuellen Voraussetzungen entgegenzuwirken, ist es zentral, dass innerhalb der beteiligten Institutionen am Übergang in die berufliche Bildung gemeinsame Ziel- und Qualitätsstandards entwickelt werden. Dabei sollte an den Interessen der jungen Menschen angesetzt, Experimentierräume für alle geschaffen und die Lebenslagen junger Menschen diversitätssensibel berücksichtigt werden (Lemke u.a. 2024). Ebenso erforderlich sind geeignete Indikatoren zur Erfassung der Wirkungen der regionalen Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie ein kontinuierliches datenbasiertes Monitoring, um beispielsweise die Arbeit der Jugendberufsagenturen weiterzuentwickeln. ✕

Literatur

- BEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN (Hrsg.) (2018): Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Bonn
- BEIERLE, SARAH u.a. (2016): Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen. Halle (Saale)
- BEIERLING, BIRGIT u.a. (2021): Übergang zwischen Schule und Beruf neu denken: Inklusives Ausbildungssystem aus menschenrechtlicher Perspektive. Expertise. Berlin
- BEIERLING, BIRGIT u.a. (2024): Jugendberufsagenturen als Beitrag zu inklusiver Übergangsgestaltung zwischen Schule und Beruf. Bonn
- BLANCK, JONNA M. (2025): Übergänge von jungen Menschen mit Behinderungen von der Schule in die Berufsausbildung in Deutschland. In: Die Deutsche Schule, 117. Jg., Heft 4, S. 261–273
- DGB-BUNDESVORSTAND (2024): Ausbildung junger Menschen mit Behinderungen: Alles inklusiv? In: Arbeitsmarkt aktuell 04. Berlin
- HOFMANN-LUN, IRENE u.a. (2025): Meta-Analyse – Inklusive Bildung an allgemeinbildenden Schulen. München
- LEMKE, VERA u.a. (2024): Inklusion am Übergang Schule – Beruf. Aus Perspektive junger Menschen Barrieren abbauen und Experimentierräume für alle schaffen. Eine Praxisbroschüre. Hildesheim
- LICHTER, JÖRG / EHLERT-HOSHMAND, JULIA (2025): Inklusionsbarometer Arbeit. Ein Instrument zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Bonn
- OEHME, ANDREAS (2017): Inclusiveness als regionale Strukturqualität – eine empirische Untersuchung zu Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Arbeitswelt in Regionen. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jg. 12, Heft 1, S. 19–34
- OEHME, ANDREAS (2025): Auf dem Weg zu inklusiven Arbeitsmärkten: Integrierte Hilfen für teilhabeorientierte Übergangs- und Beschäftigungsstrukturen. Weinheim
- REIMANN, PHILIPP / LIEN, SHIH-CHENG (2025): Diskriminierung an der Schwelle zum Berufsleben. In: DJI Impulse. Forschungsmagazin des Deutschen Jugendinstituts, Nr. 139, Heft 2, S. 34–38
- REIMANN, PHILIPP / SCHMIDT EL-DICK, KRISTINA / ULLRICH, STEPHAN (2026): Differenzherstellung am Übergang Schule – Beruf. Eine relationale Perspektive auf Barrieren und Unterstützungsfaktoren in der beruflichen Bildung. In: Scharf, Jan u.a. (Hrsg.): Bildungsbarrieren identifizieren – Bildungschancen entwickeln. Potenziale verschiedener Lernumwelten beim Abbau von Ungleichheit. Münster, S. 237–255
- REIMANN, PHILIPP / TILLMANN, FRANK / PRENZEL, THERESA (2026, im Erscheinen): Der kommunale Jugendinklusionsindex. Eine Handreichung für die Fachpraxis. Eine deutschlandweite Indexierung der Inklusionsleistung am Übergang Schule–Beruf in Landkreisen und kreisfreien Städten. München
- STATISTIK DER BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2025): Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Situation am Ausbildungsmarkt 2024/25. Nürnberg
- STRACKE-MERTES, ANSGAR (2016): Der Index für Inklusion als Instrument der schulischen Qualitätsentwicklung. In: Haushalt in Bildung & Forschung, Jg. 5, Heft 2, S. 3–18
- THIELEN, MARC u.a. (2025): Inklusive Berufsorientierung. Expertise im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes. Berlin

Zukunftsperspektiven vor Ort schaffen, Fachkräfte sichern

Strukturschwache Regionen und Kommunen nutzen datenbasiertes Bildungsmanagement und systematisches Monitoring, um Bildungswege stringent zu gestalten und der Abwanderung von jungen Menschen frühzeitig entgegenzuwirken.

Von Jenny Richter

Der Einstieg in den Beruf bedeutet für junge Menschen einen markanten Übergang, der mit dem Wechsel in eine andere Region, Stadt oder einen anderen Landkreis verbunden sein kann. Gerade für junge Menschen, die in großen Landkreisen beziehungsweise strukturschwachen Regionen leben, sind die Mobilitätsanforderungen sehr hoch. Bereits in der Bewerbungsphase stellen sich ihnen viele Fragen: Ist der Ausbildungsplatz in der Nähe des zumeist elterlichen Wohnorts, oder müssen längere Wege bewältigt werden? Gibt es eine geeignete öffentliche Verkehrsanbindung und bezahlbaren Wohnraum beziehungsweise Internate am Ausbildungsort? >





Jenny Richter, Diplom-Soziologin, ist Projektleiterin der „Regionalen Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement in Mitteldeutschland“ (REAB), eines Projekts der Abteilung „Übergänge im Jugendalter“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem kommunale Bildungssteuerung sowie integrierte Sozial- und Bildungsplanung.
jrichter@dji.de

Ein zentrales Anliegen kommunaler Politik und Verwaltung besteht darin, möglichst vielen jungen Menschen Perspektiven für einen Verbleib in ihrer Herkunftsregion zu bieten. Denn die Funktionsfähigkeit der regionalen Wirtschaft ist wesentlich von der nachwachsenden Generation abhängig. In Verbindung mit demografischer Alterung und mangelndem Zuzug – auch qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland – droht andernfalls ein massiver Bedeutungsverlust ganzer Gebiete.

Spezifische Herausforderungen bestehen in sogenannten Strukturwandelregionen, wie dem Rheinischen und Mitteldeutschen Revier sowie der Lausitz, die vom Ausstieg aus der Braunkohleverstromung betroffen sind. Diese großen wirtschaftlichen Regionen müssen in einem sehr engen Zeitrahmen bis 2038 grundlegend umgestaltet werden: Während im Braunkohleabbau Stellen wegfallen, besteht ein enormer Fachkräftebedarf in den Sektoren erneuerbare Energien und Wasserstoff. Ohne den Fachkräftenachwuchs, ohne Auszubildende und qualifizierte Berufseinsteiger:innen ist dieser Wandel nicht zu bewältigen. Für die Reviere sind zwar laut Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG 2020) Förderprogramme vorhanden, die diese Prozesse flankieren, doch den Kommunen sowie regionalen Steuerungsinstitutionen obliegt es, sie zu planen und umzusetzen (BBSR 2025).

Manche Landkreise verlieren mehr als 20 Prozent ihrer Bevölkerung

Das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement (DKBM) ist ein etablierter Steuerungsansatz, der in Kommunen das lebenslange Lernen und Übergänge in der Bildung systematisch in den Blick nimmt (siehe Infobox, unten). Seit einer ersten Modellphase (2009 und 2014) können Landkreise, Städte und Gemeinden Sach- und Personalmittel für den Aufbau von Bildungsmanagement und -monitoring beantragen.

Das aktuelle Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) hat den Titel „Bildungskommunen“. In dessen Rahmen konnten Kommunen und Landkreise zwischen verschiedenen

Bundesweites Fachnetzwerk mit acht Regionalen Entwicklungsagenturen und fünf Fachstellen

Das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement (DKBM) kann Kommunen dabei unterstützen, lebenslanges Lernen und Übergänge in der Bildung strategisch und bedarfsgerecht zu steuern, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es ermöglicht eine fundierte Ressourcenplanung, während kommunale Bildungsbüros als Koordinierungsstellen Kooperationen fördern, Akteur:innen vernetzen und durch Beteiligungsformate Transparenz und Akzeptanz stärken. Die am Deutschen Jugendinstitut (DJI) angesiedelten „Regionalen Entwicklungsagenturen für Kommunales Bildungsmanagement“ (REAB) für Südbayern sowie Mitteldeutschland und die bundesweite „Fachstelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ (FABINEK) unterstützen die Kommunen durch Fachberatung, Prozessbegleitung, Wissenstransfer sowie Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote. Sie werden durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) auf Basis des Europäischen Sozialfonds (ESF Plus) gefördert. Sie sind Teil des Fachnetzwerks der Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement. In diesem bundesweiten Fachnetzwerk arbeiten insgesamt acht REAB sowie fünf thematisch ausgerichtete Fachstellen zusammen. Die REAB und die Fachstelle FABINEK produzieren vielfältige Informationsangebote wie etwa digitale Themenseiten, Podcasts, Dokumentationen von Good-Practice-Beispielen oder Vorträgen sowie Publikationen.

www.transferinitiative.de
www.reab-mitteldeutschland.de/



Aktuell wird in Ostdeutschland jeder dritte Ausbildungsvertrag wieder aufgelöst, ohne dass die genauen Ursachen bekannt sind.

Schwerpunkthemen auswählen – die Fachkräftesicherung ist bundesweit das meistgewählte Thema, insbesondere durch die Landkreise. Denn gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen ist der Arbeits- und Fachkräftemangel besonders zu spüren. Mitteldeutsche Landkreise wie Mansfeld-Südharz oder das Altenburger Land werden laut Prognosen bis zum Jahr 2045 mehr als 20 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren, neben dem Geburtenrückgang ist vor allem der Wegzug junger Menschen ursächlich (Fehser 2025).

Mehr als Arbeitsplätze: wie Regionen Jugendliche halten können

Kommunales Bildungsmanagement und -monitoring hat die grundlegende Aufgabe, passende strategische Maßnahmen zu entwickeln, um Jugendliche in der Region zu halten. Attraktive Angebote der Berufsorientierung (BO) an Schulen sind einer der wichtigsten Ansatzpunkte. Es gilt, junge Menschen mit den kommunalen sowie regionalen Unternehmen bekannt zu machen und Ausbildungs- sowie berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Im Zuge des kommunalen Bildungsmanagements werden zum Beispiel digitale Übersichten über regionale Ausbildungsangebote veröffentlicht oder Schüler:innen, Auszubildende, Studierende sowie Eltern befragt (Netzwerkbüro BiSMit 2024). Die Partizipation Jugendlicher ist gerade in Strukturwandelregionen immenser Bestandteil regionaler Strategien. Das DJI-Projekt BiSMit – Bildung im Strukturwandel in Mitteldeutschland führte beispielsweise mit dem Landkreis Leipzig einen partizipativen Prozess mit Jugendlichen durch, in dem es unter anderem um ihre Zukunft in der Region und ihre Berufswünsche ging (Netzwerkbüro BiSMit 2023).

Aktuelle Ergebnisse der Sozialraum- und Regionalforschung zeigen zudem, dass neben harten Standortfaktoren, wie etwa dem Angebot an Arbeitsplätzen oder der Bildungsinfrastruktur, auch sogenannte weiche Standortfaktoren bedeutende Kriterien für Familien und Fachkräfte sind, sich für den Verbleib in einer Region zu entscheiden. Zu diesen

zählen Freizeitmöglichkeiten, Image und Identifikation mit der Region, kulturelle Angebote sowie eine offene Willkommenskultur (Feuerbach/Kosinski/Schmidt 2019). Exemplarisch für viele Landkreise setzt der Burgendlandkreis in Sachsen-Anhalt im Rahmen des Strukturwandels den Fokus auf Ausbildung und neue Branchen – mit dem Anspruch, nicht nur Jobs, sondern Perspektiven zu schaffen. Neben einer aktiven Jugendbeteiligung werden Start-ups und Kreativprojekte gefördert, regionale Netzwerke zwischen Schulen, Unternehmen und Verwaltung aufgebaut sowie touristische und kulturelle Angebote ausgebaut.

Ursachen von Ausbildungsabbrüchen erkennen und entgegensteuern

Das Monitoring des Übergangs von der Schule in den Beruf steht vor der Herausforderung, dass es bislang kaum offizielle steuerungsrelevante Daten zu Ausbildungsabbrüchen gibt. Aktuell wird in Ostdeutschland zum Beispiel jeder dritte Ausbildungsvertrag wieder aufgelöst, ohne dass die genauen Ursachen bekannt sind. Deshalb führen Kommunen im Zuge des Bildungsmanagements zum Teil eigene Erhebungen und Recherchen durch, um gezielte Strategien gegen die Ausbildungsabbrüche zu entwickeln. Dabei gilt es, die relevanten Akteure, wie Unternehmen, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Jugendberufsagentur oder Arbeitsagentur, zusammenzubringen. Auch Einrichtungen der kommunalen Wirtschaftsförderung sind relevante Partner, denn sie verfügen über Unternehmenszahlen, Ansiedlungsplanungen und ermitteln branchenspezifische Fachkräftebedarfe sowie Qualifikationsprofile. Kommunales Bildungsmanagement wird somit auch künftig zur Entwicklung einer kommunalen Bildungslandschaft beitragen, die lebenslanges Lernen fördert, regionale Entwicklungen aufzeigt, Bedarfe erfasst sowie die Zusammenarbeit der für die Fachkräftesicherung relevanten Akteure unterstützt. ✕

Literatur

- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2025): 1. Transformationsbericht. Der Strukturwandel in den Braunkohleregionen. Bonn
- FEHSER, STEFAN (2025): Bleiben statt Fortgehen – warum die Jugend zur Zukunftsfrage wird. In: Revierkurier Nr. 6, S. 10–11
- FEUERBACH, FRANK / KOSINSKI, JÖRG / SCHMIDT, ALEXANDRA (2019): Was macht den ländlichen Raum für junge Fachkräfte attraktiv? Literaturanalyse für das Programm Perspektive Land. Studie im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS). Berlin
- NETZWERKBÜRO BILDUNG IM STRUKTURWANDEL IN MITTELDEUTSCHLAND (BiSMit 2023): DAS kümmert mich die Welt von morgen. Jugendbeteiligung im Strukturwandel. Studienbericht. Leipzig
- NETZWERKBÜRO BILDUNG IM STRUKTURWANDEL IN MITTELDEUTSCHLAND (BiSMit 2024): Berufliche Orientierung im Strukturwandel. Ein Blick ins Mitteldeutsche Revier. Studienbericht. Leipzig

Kita-Ausbau verliert an Tempo, regionale Unterschiede nehmen zu

Der nationale Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2026“ zeigt, dass die Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung immer stärker variieren: Während in einigen Regionen Angebotslücken bestehen, sind andere mit rückläufigen Kinderzahlen konfrontiert. Gleichzeitig machen Inklusion und sprachliche Entwicklungsauffälligkeiten frühe Förderung zunehmend relevant.



Nach 20 Jahren des intensiven Ausbaus und der Professionalisierung steht die Kindertagesbetreuung unter anderem aufgrund der Geburtenentwicklung in West- und Ostdeutschland vor unterschiedlichen Herausforderungen: Während in einigen Regionen weiterhin Plätze und Personal fehlen, werden diese in anderen bereits abgebaut. Rückgänge gibt es nicht nur in den ostdeutschen Flächenländern, sondern auch in Hamburg und Schleswig-Holstein. Insbesondere in Westdeutschland sind Eltern hingegen wegen personeller Engpässe zudem mit ungeplanten Schließtagen konfrontiert. Dies sind zentrale Ergebnisse der Auswertungen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) für den nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2026“, der im Juni 2026 er-

schienen ist (siehe auch Infobox, S. 6). Die DJI-Forschenden analysierten die frühe Bildung, den Ganzttag im Schulalter und non-formale Lernorte neben der Schule auf Basis amtlicher Statistiken und repräsentativer Surveys.

„Entscheidend ist, dass die künftigen Planungen regionale Dynamiken aufgreifen und für bevölkerungsarme Regionen Anstrengungen unternommen werden, um dort weiterhin ein qualitativ hochwertiges und verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot vor Ort bereitzustellen“, sagte DJI-Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger anlässlich der Veröffentlichung des Berichts in Berlin. Damit rücke auch die Frage der Qualität der Angebote immer stärker in den Fokus: In Ostdeutschland könne die mögliche

Entspannung der Personalsituation genutzt werden, um zum Beispiel die Personal-Kind-Schlüssel zu verbessern, also die Zahl der Kinder zu verringern, für die eine pädagogisch tätige Person zuständig ist, und so die Qualitätsentwicklung gezielt voranzutreiben. In Westdeutschland müsse vor allem weiterhin zusätzliches Personal gewonnen werden, ohne bei dessen Qualifizierung Abstriche zu machen.

Kita-Zugang und Teilnahme an früher Bildung sind nach wie vor von sozialen Ungleichheiten geprägt

Dem Bildungsbericht 2026 zufolge bestehen weiterhin Lücken zwischen dem Bedarf nach Kindertagesbetreuung und deren tatsächlicher Nutzung: Im Jahr 2024 lag der Elternbedarf an einem Bildungs- und Betreuungsangebot für einjährige Kinder in Westdeutschland 23 Prozentpunkte über der Beteiligungsquote; in Ostdeutschland waren es 12 Prozentpunkte. Auch bei den Zweijährigen übersteigt der Bedarf die Beteiligungsquote – in Westdeutschland um 14 Prozentpunkte und in Ostdeutschland um 5 Prozentpunkte. In dieser Situation der Platzknappheit war die Wahrscheinlichkeit, dass benachteiligte Familien – etwa solche mit Einwanderungsgeschichte – bei vorhandenem Bedarf einen Platz für ihr unter dreijähriges Kind bekommen, um 10 Prozentpunkte geringer als für Familien ohne dieses Merkmal.

„Frühe Bildung ist der zentrale Schlüssel, um allen Kindern faire Bildungs- und Teilhabechancen zu eröffnen. Dass es auch nach 20 Jahren Expansion in der frühen Bildung noch immer deutlich ungleiche Teilhabechancen gibt, ist enttäuschend und muss endlich zum Handeln führen. Insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien müssen deutlich besseren Zugang zu qualitativ hochwertigen und verlässlichen Angeboten der frühen Bildung erhalten“, forderte Kuger.

Im Ganztag weiterhin regionale Unterschiede bei Bedarf und Nutzung, Kommunen sehen sich für Rechtsanspruch noch nicht adäquat aufgestellt

Trotz des bevorstehenden Rechtsanspruchs bleibt auch beim Ganztag für Grundschulkinder das vorhandene Angebot vielerorts hinter dem Bedarf der Eltern zurück – je nach Land um bis zu 16 Prozentpunkte. Länderspezifische Unterschiede zeigen sich auch bei der Nutzung der Angebote: In den ostdeutschen Ländern trifft ein traditionell hoher elterlicher Bedarf auf ein vergleichsweise gut ausgebautes Hort-Angebot, was sich in hohen Beteiligungsquoten niederschlägt. Hamburg verzeichnet eine Vollbeteiligung aller Kinder an ganztägigen Angeboten und ähnelt damit den ost-

deutschen Ländern mit Beteiligungsquoten zwischen 82 und 94 Prozent, während Bayern den niedrigsten Bedarf (43 Prozent) und die geringste Beteiligung (35 Prozent) aufweist.

Dementsprechend sehen auch die Kommunen noch deutlichen Handlungsbedarf: 2025 gingen lediglich 17 Prozent davon aus, dass ihr Ganztagsangebot die Kriterien des kommenden Rechtsanspruchs schon vollständig erfüllt. Weitere 18 Prozent sahen mehr als drei Viertel und weitere 25 Prozent mehr als die Hälfte ihrer Angebote entsprechend aufgestellt. Der neue gesetzliche Anspruch umfasst fünf Tage pro Woche bis zu acht Stunden täglich, inklusive Unterricht. Dies gilt ab dem Schuljahr 2026/2027 zunächst für Erstklässler:innen und wird bis 2029/2030 stufenweise auf alle vier Klassenstufen ausgeweitet. Die Anzahl der Grundschüler:innen in ganztägigen Angeboten ist in den letzten fünf Jahren um 15 Prozent auf knapp 1,9 Millionen im Jahr 2025 gestiegen. >



Weitere Informationen zum Bildungsbericht 2026:

- Prof. Dr. Susanne Kuger im Video-Interview zu den Ergebnissen zur frühen Bildung:
- Gesamtbericht und Kurzfassung: www.bildungsbericht.de
- Nationale Bildungsberichterstattung am DJI: www.dji.de/nationaler-bildungsbericht
- Nationale Bildungsberichterstattung am Forschungsverbund DJI/TU Dortmund: www.forschungsverbund.tu-dortmund.de





Prof. Dr. Susanne Kuger ist Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Die Professorin für Empirische Sozial- und Bildungsforschung im Kinder- und Jugendalter an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) gestaltet seit Jahren maßgeblich die Bildungs- und Sozialberichterstattung des DJI.
kuger@dji.de

Frühe Förderung wird zunehmend relevant

In der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung ist nicht nur die Anzahl der Kinder stark gestiegen, auch die Anforderungen an Einrichtungen und Fachkräfte haben zugenommen: So ist etwa der Anteil an Kindern mit Eingliederungshilfe in inklusiven Gruppen seit 2020 um 6 Prozentpunkte auf 55 Prozent im Jahr 2025 gestiegen. Der Anteil inklusiver Kitas hat sich im gleichen Zeitraum um 4 Prozentpunkte erhöht. Zudem spricht im bundesweiten Durchschnitt etwa ein Viertel der Kita-Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt in seiner Familie vorrangig eine andere Sprache als Deutsch. Diese Kinder bilden insbesondere in Stadtstaaten in vielen Einrichtungen die überwiegende Mehrheit: In Bremen und Berlin werden über ein Drittel, in Hamburg und Hessen jeweils ein Viertel der Einrichtungen überwiegend von Kindern mit nicht deutscher Familiensprache besucht.

„Diese ungleiche Verteilung von Kindern mit nicht deutscher Familiensprache stellt manche Kitas und Fachkräfte vor besondere Herausforderungen, Sprachbildung im Alltag gut und wirksam umzusetzen. Gleichzeitig unterstreicht der bei den Schuleingangsuntersuchungen festgestellte wachsende Anteil an Kindern mit sprachlichen Entwicklungsauffälligkeiten die Relevanz früher Förderung“, betonte Susanne Kuger. Das von der Politik geplante Startchancen-Programm für Kitas müsse diesen hohen Anteil von Kindern mit besonderen Anforderungen berücksichtigen und betroffene Kitas personell besser ausstatten.

Vereinheitlichungen bei Sprachstandserhebungen und wirksame Fördermaßnahmen nötig

Vor dem Hintergrund der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen und angestrebten verpflichtenden Sprach- und Entwicklungsdiagnostik bei allen vierjährigen Kindern führen immer mehr Länder Sprachstandserhebungen durch. Sie verfolgen dabei jedoch unterschiedliche Ansätze: Acht Länder erheben den Sprachstand von allen Kindern, vier Länder nur bei Kindern, die keine Kindertagesbetreuung besuchen. In acht Ländern schließen verpflichtende Sprachfördermaßnahmen an, drei weitere empfehlen diese nur. In weiteren vier Ländern gibt es keine einheitlichen Vorgaben (siehe auch S. 15 in dieser Ausgabe).

„Eine länderübergreifende Diagnostik sollte bestehende Verfahren wie die Schuleingangsuntersuchungen, U-Untersuchungen oder Sprachstandserhebungen zu einem integrierten Konzept zusammendenken“, forderte DJI-Forschungsdirektorin Kuger. Ziel müsse es sein, Parallelstrukturen abzubauen, die Ausgangslage kindgerecht zu erfassen und eine wirksame Förderung anzuschließen. Dem Bildungsbericht zufolge müssten die pädagogische Praxis in Kitas und deren Unterstützungssysteme mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, damit sie trotz veränderter Rahmenbedingungen diese Aufgaben nachhaltig erfüllen können.

Uta Hofele



Unerwartete Kita-Schließungen gehen mit Zweifeln an der Qualität einher

Eine neue DJI-Analyse macht deutlich, welche Familien am häufigsten ungeplante Ausfälle im Kita-Alltag erleben und welche Qualitätsbedenken Eltern haben.

Wenn Fachkräfte fehlen oder krank sind, kommt es in Kindertageseinrichtungen immer wieder zu unerwarteten Schließtagen. In den Jahren 2023/2024 waren 43 Prozent aller Familien mit Kita-Kindern im Alter von einem Jahr bis zum Schuleintritt davon betroffen – bei etwa 13 Prozent summierten sich die Schließungen im laufenden Kita-Jahr auf mehr als eine Woche. Aktuelle Auswertungen repräsentativer Daten der Kinderbetreuungsstudie (KiBS) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zeigen außerdem: Eltern, die solch kurzfristige Betreuungsausfälle erleben, zweifeln eher an der Qualität ihrer Einrichtung. Im Rahmen der Studie werden jährlich bundesweit etwa 33.000 Eltern von Kindern ab der Geburt bis zum Ende der Grundschulzeit befragt.

„Ungeplante Schließtage werden offenbar nicht nur als organisatorisch zu lösende Ereignisse wahrgenommen, sondern stehen für Eltern in engem Zusammenhang mit der Qualität der Kita“, sagt DJI-Wissenschaftler Dr. Franz Neuberger anlässlich der Veröffentlichung des Preprints, den er gemeinsam mit den DJI-Kolleginnen Mariana Grgic und Kerstin Lippert sowie Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger verfasste. Zudem weisen die Daten darauf hin, dass auch Eltern, die (noch) keine Angebote der Kinderta-

gesbetreuung nutzen, immer häufiger Qualitätsbedenken als Begründung für die Nichtnutzung anführen.

Besonders von Kita-Schließungen betroffen: Familien mit Einwanderungsgeschichte

Nicht alle Familien erleben Betreuungseinschränkungen im gleichen Ausmaß. Im Fokus der aktuellen Auswertungen stehen Familien, die im Kita-Kontext einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben – sei es mit Blick auf die Chancengleichheit ihrer Kinder bis zum Schuleintritt oder auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu zählen in der Analyse Familien mit Einwanderungsgeschichte, Alleinerziehendenstatus oder Transferleistungsbezug, die als Familien mit Risikofaktoren bezeichnet werden.

Familien mit Einwanderungsgeschichte berichteten in den Jahren 2023/2024 im Krippenbereich sowohl häufiger von ungeplanten Schließungen im Umfang von bis zu einer Woche als auch häufiger von solchen, die sich auf mehr als eine Woche im laufenden Kita-Jahr summierten. Damit lag ihr Anteil um rund zehn Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Familien (43 Prozent). ➤

Für den Kindergarten zeigt sich der Unterschied noch deutlicher und konzentriert sich auf unerwartete Schließungen, die in der Summe mehr als eine Woche im laufenden Kita-Jahr ausmachten (siehe Abbildung 1, unten): Während nur 12 Prozent der Familien ohne Risikofaktoren solche umfangreicheren Schließungen überbrücken mussten, lag der Anteil in allen Risikogruppen deutlich über diesem Wert. Am höchsten war er mit 23 Prozent bei Familien mit zwei oder mehr Risikofaktoren, bei denen es sich mehrheitlich um Familien mit Einwanderungsgeschichte im Transferleistungsbezug handelte.

„Studien zeigen, dass Familien mit Einwanderungsgeschichte und weiteren Risikofaktoren häufiger in Stadtteilen mit weniger Kitas leben. Auch unsere Daten legen nahe, dass der Personalmangel gerade dort besonders spürbar ist, wo vulnerable Familien konzentriert leben – auch wenn wir auf Basis unserer Elternbefragung keine direkten Rückschlüsse auf einzelne Einrichtungen ziehen können“, erklärt Neuberger.

Je mehr Schließstage, desto schlechter die wahrgenommene Qualität

Über alle Familien und Altersgruppen der Kinder hinweg zeigt sich ein konsistenter Zusammenhang: Je mehr Schließtage die Eltern insgesamt überbrücken mussten, desto negativer bewerteten sie die Qualität der Einrichtung – und zwar über mehrere Aspekte hinweg (siehe Abbildung 2, S. 51): von der Beziehungsqualität zwischen Eltern und Fachkräften und der wahrgenommenen Kompetenz der Fachkräfte über die Interaktionserfahrungen des Kindes bis hin zur Zufriedenheit mit der Personalausstattung und den Öffnungszeiten. Dabei ist zu beachten, dass die Qualitätseinschätzungen nicht auf standardisierten Beobachtungsverfahren

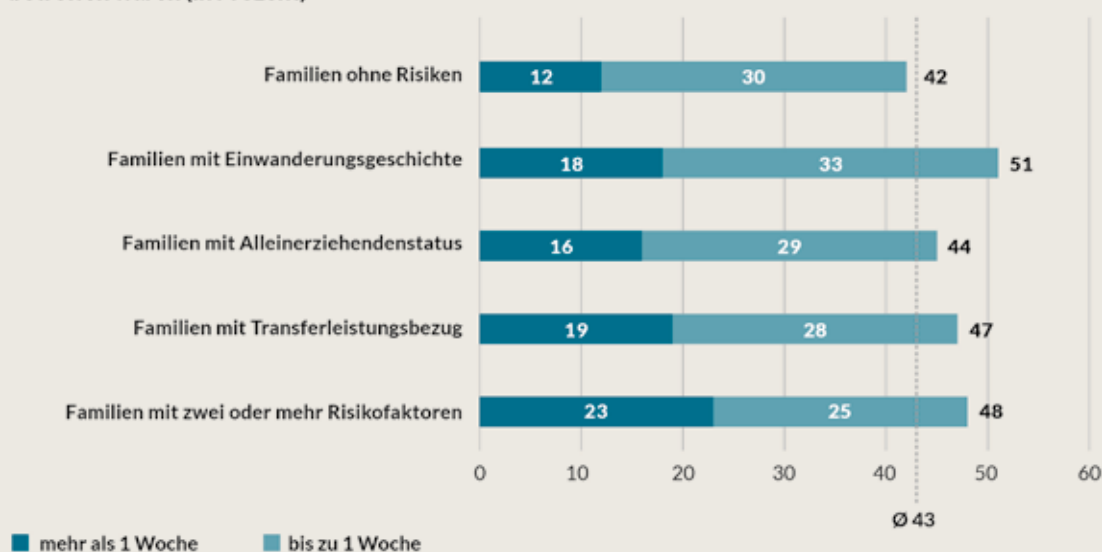
durch Fachleute beruhen, sondern auf den subjektiven Einschätzungen der befragten Eltern.

40 Prozent der Familien mit Einwanderungsgeschichte geben an, vor Ort kein Angebot zu haben

Gleichzeitig weisen die Auswertungen darauf hin, dass sich die Gründe, die Eltern dafür anführen, kein Angebot der Kindertagesbetreuung zu nutzen, zwischen den Jahren 2018/2019 und 2023/2024 geändert haben: Immer mehr Familien ohne Risikofaktoren, die ihr Kind nicht in der Kita betreuen lassen, äußern Qualitätsbedenken im Sinne einer befürchteten unzureichenden Förderung aufgrund mangelnder pädagogischer Qualität. Im Krippenbereich ist ihr Anteil um rund 6 Prozentpunkte auf 17 Prozent gestiegen und im Kindergartenbereich um rund 14 Prozentpunkte auf 25 Prozent. Auch Familien mit Einwanderungsgeschichte, deren Kinder zum Zeitpunkt der Befragungen keinen Kindergarten besuchten, äußerten 2023/2024 häufiger Qualitätsbedenken als 2018/2019 (+8,4 Prozentpunkte auf 14,4 Prozent). Das sind niedrige Werte – aber sie haben sich teilweise mehr als verdoppelt.

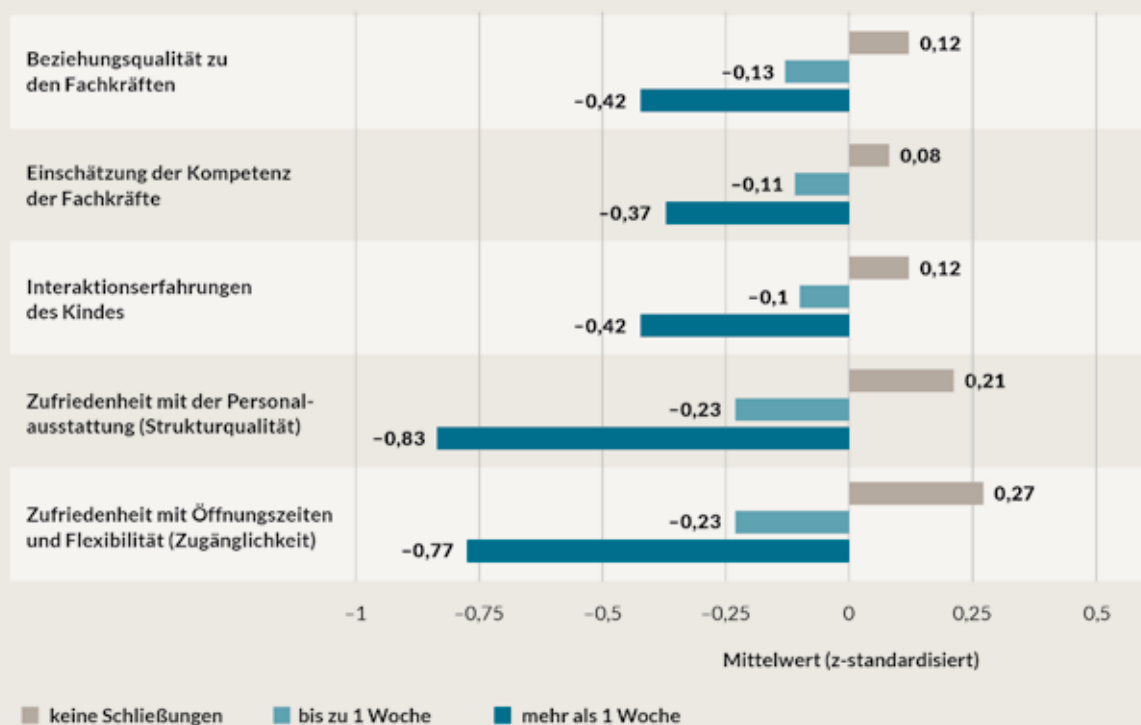
Bei Familien mit Einwanderungsgeschichte, die keinen Kindergartenplatz in Anspruch nehmen, haben aber nicht nur Qualitätsbedenken zugenommen: Im Vergleich zu den Jahren 2018/2019 berichten sie deutlich häufiger von einem fehlenden Angebot vor Ort (+16 Prozentpunkte auf 40 Prozent). Der Wunsch, das Kind selbst zu erziehen, spielte 2023/2024 hingegen immer seltener eine Rolle (–14 Prozentpunkte auf 49 Prozent). Auch bei Familien ohne Risikofaktoren sank der Wunsch deutlich, das eigene Kind ausschließlich selbst erziehen zu wollen (–16,5 Prozentpunkte auf 60 Prozent).

Abbildung 1: Anteil der Familien, die in den Jahren 2023/2024 von unerwarteten Schließungen im Kindergarten betroffen waren (in Prozent)



Quelle: DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) 2023/2024, eigene Berechnungen (gewichtet)

Abbildung 2: Wahrgenommene Kita-Qualität der Eltern nach Umfang unerwarteter Schließungen im Kindergarten in den Jahren 2023/2024



Quelle: DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) 2023/2024, eigene Berechnungen (gewichtet)

Fehlende Kita-Angebote verspielen neu gewonnenes Vertrauen

Beides zusammen – ein insgesamt wachsendes Qualitätsbewusstsein der Eltern und ein vielerorts begrenztes Angebot – dürfte die bereits bestehende Segregation weiter verstärken: Wer wählen kann, entscheidet sich für Einrichtungen mit hoher Qualität; wer nicht wählen kann, nimmt, was übrig bleibt.

Wie groß die Unterschiede bei der Inanspruchnahme frühkindlicher Bildung weiterhin sind, zeigt der Monitoringbericht 2025 des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege: 76,8 Prozent der Kinder mit Einwanderungsgeschichte im Alter zwischen drei und unter sechs Jahren besuchten im Jahr 2023 einen Kindergarten, gegenüber 99,3 Prozent der gleichaltrigen Kinder ohne Einwanderungsgeschichte. Dabei könnten gerade Kinder aus Familien mit Einwanderungsgeschichte von früher Sprachförderung besonders profitieren.

„Es zeigt sich, dass die Akzeptanz für institutionelle frühe Bildung und Betreuung insgesamt wächst und gerade auch Familien mit Einwanderungsgeschichte entsprechende Angebote nutzen möchten. Allerdings berichten genau diese Familien immer häufiger, dass sie vor Ort keinen Betreuungsplatz finden“, warnt Neuberger. „Dieser Befund ist bildungspolitisch alarmierend: Der seit dem Jahr 2022 anhaltende Geburtenrückgang würde eigentlich Spielraum für eine höhere Bildungsbeteiligung von Kindern aus Familien mit Einwanderungsgeschichte schaffen. Wenn dieser steigenden Nachfrage aber kein Angebot vor Ort oder nur eines gegenübersteht, das als qualitativ unzureichend empfunden wird, verspielen wir das gerade erst entstehende Vertrauen.“

Uta Hofele



Dr. Franz Neuberger ist in der Fachgruppe „Bildungsorte und sozialstaatliche Leistungen für Kinder“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) tätig. Die zentralen Forschungsgebiete des Soziologen sind sozialstaatliche Leistungen für Kinder, Kinderarmut und soziale Ungleichheit.
fneuberger@dji.de

„Verlorenes Vertrauen in die Kita kehrt nicht mit ein paar zusätzlichen Stellen zurück“

Ein Gespräch mit DJI-Forschungsdirektorin Susanne Kuger über die ungeplanten Kita-Schließungen infolge des Personalmangels – und die politischen Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind.

DJI Impulse: Frau Professor Kuger, warum sind ungeplante Kita-Schließungen aus Ihrer Perspektive nur der sichtbare Endpunkt einer längeren Entwicklung?

Prof. Dr. Susanne Kuger: Die Schließung ist das Symptom, nicht die Ursache. Was Eltern als kurzfristige Nachricht am Morgen erleben, etwa „Wenn möglich bitte heute das Kind zu Hause lassen“ oder „Wir müssen heute eine Gruppe schließen“, ist tatsächlich das letzte Glied einer Kette, die viel früher beginnt: bei einem Fachkräftemangel, der das System seit Jahren strukturell unterhöhlt. In vielen Regionen in Westdeutschland fehlt aktuell Personal, und es ist davon auszugehen, dass das dort auch für die kommenden Jahre gelten wird. Wenn in einer Einrichtung dann zwei Kolleginnen gleichzeitig krank werden oder Stellen unbesetzt bleiben, lässt das gesetzlich vorgeschriebene Verhältnis von Personal zu betreuten Kindern keine andere Wahl, als die Gruppe oder die Einrichtung zu schließen.

”

Wenn ständig Personal fehlt, leiden die Interaktionen zwischen Fachkräften, Kindern und Eltern. Und genau das wirkt sich negativ auf das Wohlbefinden aus.

Wie wirkt sich diese Entwicklung auf Kinder und Eltern aus?

In einer aktuellen Studie haben wir auf Basis der Daten von rund 14.900 Müttern erstmals kausale Schätzungen vorgelegt. Wir sehen einen klaren Dosis-Wirkungs-Effekt: Je länger die Schließung, desto stärker die negativen Folgen, sowohl für das Wohlbefinden der Mütter als auch für das der Kinder. Der eigentlich interessante Befund liegt aber tiefer. Schließungen wirken nicht primär durch den organisatorischen Ausfall selbst, sondern über die Qualität der Beziehungen, die in den Einrichtungen erlebt werden. Wenn ständig Personal fehlt, leiden die Interaktionen zwischen Fachkräften, Kindern und Eltern. Und genau das wirkt sich negativ auf das Wohlbefinden aus. In unserem Policy Brief analysieren wir auf Basis empirischer Befunde: Eltern erleben nicht nur, dass die Kita ungeplant schließt, sondern auch, dass in Einrichtungen, die häufiger ungeplant schließen müssen, gleichzeitig im laufenden Betrieb Öffnungszeiten gekürzt, Angebote für Kinder eingeschränkt und Bezugspersonen häufiger gewechselt werden. Das alles summiert sich zu einer Erfahrung von Unzuverlässigkeit. Die Schließung ist gewissermaßen nur die sichtbare Spitze eines viel breiteren Qualitätsproblems.

Welche Familien sind von den Folgen der Schließungen am stärksten betroffen?

Hier zeigt sich ein zunächst paradoxes Bild, je nachdem wie man „betroffen“ definiert: Auf der einen Seite berichten uns beispielsweise Familien mit Einwanderungsgeschichte und Familien mit jüngeren Kindern häufiger von ungeplanten Schließungen als andere Familien. Auf der anderen Seite sind es nicht primär diese klassisch benachteiligten Familien, die unter Schließungen am stärksten leiden, sondern jene mit den höchsten Erwartungen an das System. Die stärksten negativen Effekte auf das mütterliche Wohlbefinden finden wir bei Familien mit hohem Einkommen und zwei vollzeiterwerbstätigen Elternteilen sowie bei erwerbstätigen



Prof. Dr. Susanne Kuger ist Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Bis zur Nachbesetzung des Direktorspostens im Jahr 2026 leitet sie das Institut in allen wissenschaftlichen Belangen. Die Professorin für Empirische Sozial- und Bildungsforschung im Kinder- und Jugendalter an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) gestaltet seit Jahren maßgeblich die Bildungs- und Sozialberichterstattung des DJI.

kuger@dji.de

gen Alleinerziehenden. Der Grund ist nicht, dass diese Familien empfindlicher wären. Der Grund ist die fehlende Pufferkapazität. Wer keine Großeltern um die Ecke hat, die einspringen können, keinen flexiblen Arbeitgeber, keine private Betreuung im Hintergrund, ist dem Problem eher ausgeliefert. Die Verfügbarkeit alternativer Betreuung ist über alle unsere Analysen hinweg die wichtigste Moderatorvariable. Die Kita ist für diese Familien keine Zusatzleistung, sondern Infrastruktur, genauso wie der ÖPNV und Elektrizität. Bei der Bewältigung der Schließungen übernehmen Mütter weiterhin überproportional die organisatorische und emotionale Arbeit. Die Unzuverlässigkeit der Betreuung wirkt damit nicht geschlechtsneutral; sie verstärkt eine ohnehin ungleiche Verteilung der Sorgearbeit. Auch für die Politik ist das eine zentrale Erkenntnis: In Deutschland wurde jahrzehntelang ein Modell propagiert, in dem beide Elternteile erwerbstätig sein sollen und in dem die Kita diesen Lebensentwurf öffentlich absichert. Wenn das System dieses Versprechen nicht mehr verlässlich einlöst, werden genau jene Familien am härtesten getroffen, die sich auf das Versprechen verlassen haben. Und innerhalb dieser Familien trifft es die Mütter.

Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus Ihren Befunden für Politik und Praxis?

Wir formulieren im Policy Brief konkrete Handlungsempfehlungen. Erstens: Verlässlichkeit muss als eigenständige Qualitätsdimension anerkannt und eingefordert werden. Eine Einrichtung, die auf dem Papier einen guten Personal-Kind-Schlüssel hat, im Alltag aber immer wieder schließen muss, bietet faktisch keine verlässliche Bildung und Betreuung. Das müsste systematisch erfasst und in der Qualitätsentwicklung berücksichtigt werden. Zweitens: Personal-mangel beheben, nicht Schließungen kosmetisch verhindern. Vorschläge, den Personalschlüssel abzusenken oder dauerhafte Notbetreuungsmodelle einzuführen, beseitigen das

”

Bei der Bewältigung der Schließungen übernehmen Mütter weiterhin überproportional die organisatorische und emotionale Arbeit.

”

Wenn wir als Gesellschaft wollen, dass beide Elternteile erwerbstätig sein können, dass Bildungschancen unabhängig von der Herkunft sind, dass Integration im Alltag stattfindet, dann muss das System verlässlich sein.

sichtbare Symptom. Sie verstärken aber genau jene Probleme bei der Prozessqualität, die wir als zentralen Wirkmechanismus identifiziert haben. Das wäre ein bildungspolitischer Pyrrhussieg.

Sie empfehlen außerdem, den Zugang für Familien mit Einwanderungsgeschichte aktiv zu sichern.

Genau. Dafür braucht es aufsuchende Angebote, mehrsprachige Beratung, transparente, faire und überprüfbare Vergabeverfahren. Das ist Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Grundstein der sozialen Infrastruktur. Wenn wir als Gesellschaft wollen, dass beide Elternteile erwerbstätig sein können, dass Bildungschancen unabhängig von der Herkunft sind, dass Integration im Alltag stattfindet,

dann muss das System verlässlich sein. Verlässlichkeit ist die Bedingung dafür, dass alles andere überhaupt wirken kann. Es gilt zudem, Segregation sichtbar zu machen und zu unterbrechen. Wir brauchen ein systematisches Monitoring der sozialen Zusammensetzung der Kinder in den Einrichtungen. Bislang sehen wir Segregationsdynamiken in Deutschland nur stichprobenartig, in der zeitlichen Entwicklung gar nicht. Ohne Daten gibt es aber keine passgenaue Steuerung, und ohne Steuerung verstärkt sich die Spirale. Und nicht zuletzt empfehlen wir, den Geburtenrückgang regional differenziert zu nutzen. Seit 2022 sinken die Geburtenzahlen in Deutschland deutlich. In manchen Regionen entlastet das die Systeme. Diese Entlastung darf nicht zu Stellenstreichungen oder Schließung von Einrichtungen führen, sondern muss in Qualitätsverbesserung investiert werden. In anderen Regionen, etwa in Großstädten mit starker Zuwanderung, ist der Druck unverändert hoch, ausreichend gut ausgebildetes Personal zu finden. Ein pauschales Vorgehen greift zu kurz.

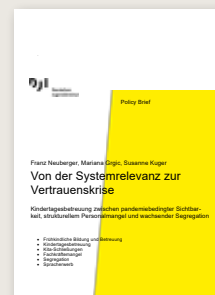
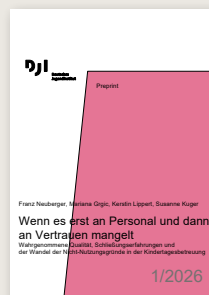
Interview: Uta Hofele

Eine Langversion des Interviews mit zusätzlichen Einordnungen, Daten und Hintergründen gibt es online:

🔗 www.dji.de/themen/kinderbetreuung

Der 41-seitige Preprint mit dem Titel „Wenn es erst an Personal und dann an Vertrauen mangelt. Wahrgenommene Qualität, Schließungserfahrungen und der Wandel der Nicht-Nutzungsgründe in der Kindertagesbetreuung“ ist im Mai 2026 erschienen. Autor:innen sind Dr. Franz Neuberger, Mariana Grgic, Kerstin Lippert und Prof. Dr. Susanne Kuger. Auf Basis des Preprints erschien zudem der 15-seitige Policy Brief „Von der Systemrelevanz zur Vertrauenskrise. Kindertagesbetreuung zwischen pandemiebedingter Sichtbarkeit, strukturellem Personalmangel und wachsender Segregation“.

🔗 www.dji.de/veroeffentlichungen/broschueren



Engagierte Väter festigen die Eltern-Kind-Beziehung

Aktuelle Analysen auf Basis des DJI-Surveys AID:A belegen: Wie sich Väter gegenüber ihren Kindern verhalten, wirkt sich langfristig auf die Beziehungsqualität aus.

Interesse und Gesprächsbereitschaft von Vätern gegenüber ihren jugendlichen Kindern sind ein wichtiges Merkmal für eine gute Eltern-Kind-Beziehung. Das belegen aktuelle Auswertungen des Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ des Deutschen Jugendinstituts (DJI): 67 Prozent der 12- bis 17-Jährigen, die angeben, dass ihr Vater „sehr viele“ Gespräche mit ihnen führt, bewerten die Beziehung zu ihm als „sehr gut“. Unter Jungen und Mädchen, die sich selten mit ihrem Vater unterhalten, liegt der Anteil derjenigen, die von einer sehr guten Beziehungsqualität berichten, bei nur 44 Prozent – eine statistisch signifikante Differenz von über 20 Prozentpunkten. „Eine kindzentrierte Kommunikation hängt demnach stark mit der Vater-Kind-Beziehung zusammen“, betont DJI-Wissenschaftler Thomas Eichhorn anlässlich der Finalisierung der Teilstudie „Väter von jugendlichen Kindern. Sekundärdatenanalyse des DJI-Surveys AID:A“ im April 2026, die er unter der Leitung der Familiensoziologin Dr. Claudia Zerle-Elsäßer vom DJI durchführte.

Die Befunde, die auf Auswertungen repräsentativer Daten aus den Jahren 2009 bis 2023 basieren, zeigen sich auch in der längsschnittlichen Analyse: Unter den 15- bis 27-Jährigen berichten in der Befragung im Jahr 2018 82 Prozent von einer sehr guten Beziehung zu ihrem Vater, wenn dieser nach den Angaben aus den früheren Befragungen 2009 oder 2014 ein offenes Ohr hatte und das Gespräch suchte. War der Vater den Angaben zufolge damals nicht gesprächsoffen, berichten im Jahr 2018 dagegen nur 7 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen von einer sehr guten Beziehung zu ihm.

Und auch die Haltung der Väter zur Familie ist den Daten zufolge entscheidend: 82 Prozent der 12- bis 17-Jährigen berichten von einer „sehr guten“ Beziehungsqualität zu ihrem Vater, wenn dieser der Auffassung ist, dass bei Kindern im Kindergartenalter das Familienleben gegenüber dem Beruf Vorrang haben sollte. „Engagierte Vaterschaft lohnt sich, denn gerade in der Jugendphase werden Väter für Gespräche, Orientierung und emotionale Unterstützung besonders wichtig“, erläutert Claudia Zerle-Elsäßer.

Zudem stärkt emotional offenes und positives Erziehungsverhalten von Vätern ihre Bedeutung als Bezugsperson für ihre Kinder im Jugendalter. Den AID:A-Daten aus dem Jahr 2023 zufolge verbringen Männer in Familien mit mindestens einem Kind im Alter von 12 bis 17 Jahren im Durchschnitt rund 1,5 Stunden am Tag mit all ihren Kindern. Für Mütter liegt dieser Wert etwa doppelt so hoch.

Die abgeschlossene Teilstudie bildete das Fundament der Gesamtstudie „Vaterschaft im Wandel“, für die Forschende der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg unter der Leitung von Prof. Dr. Johanna Possinger Väter und Jugendliche dazu interviewen, wie sie über gesellschaftliche Themen wie etwa Demokratie, Klimawandel, Digitalisierung und Geschlechterrollen sprechen. Das Forschungsprojekt läuft noch bis Ende 2027 und wird von der Stiftung Ravensburger Verlag gefördert.

Uta Hofele



*Dr. Claudia Zerle-Elsäßer ist Leiterin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung von Familien“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Familie und Geschlechterverhältnisse.
zerle@dji.de*

Thomas Eichhorn arbeitete bis April 2026 als wissenschaftlicher Referent der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung von Familien“ am DJI. Inzwischen ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Mehr Informationen:

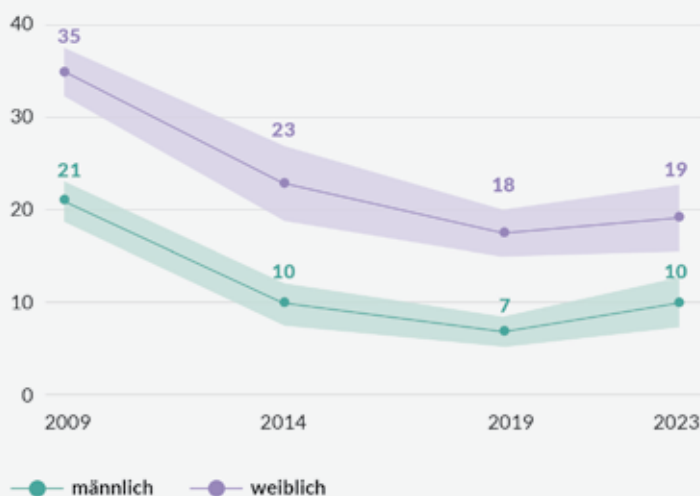
 www.eh-ludwigsburg.de/forschung/forschungsprojekte/laufende-projekte



Leserückgang bei Jugendlichen vorerst gebremst

Immer weniger Jugendliche lesen täglich Bücher – im Jahr 2023 hat sich dieser Trend jedoch abgeschwächt, zeigen Daten des DJI-Surveys AID:A. Mädchen lesen weiterhin deutlich häufiger täglich als Jungen.

Abbildung 1: Anteil der 12- bis 17-Jährigen, die täglich Bücher lesen (in Prozent)



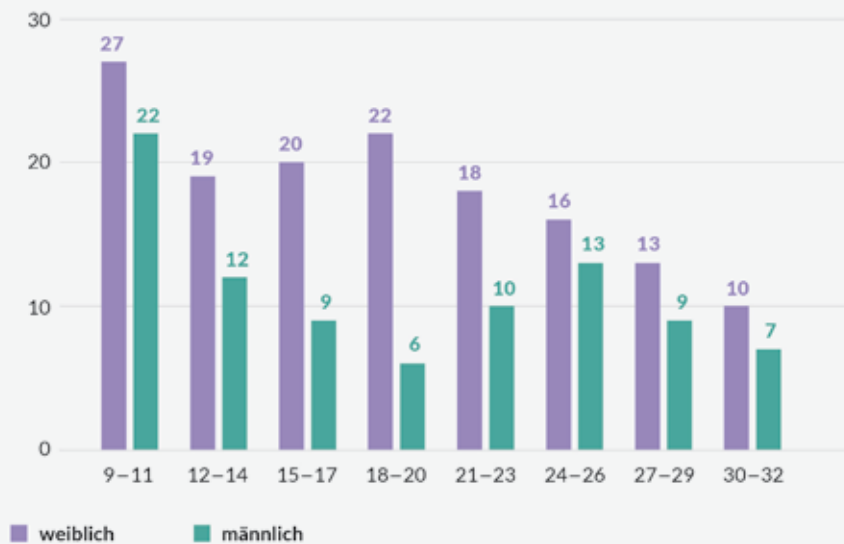
Quelle: AID:A 2023, eigene Berechnungen, gewichtet, Fallzahlen nach Erhebungsjahr – 2009: 3.245, 2014: 1.498, 2019: 2.220, 2023: 1.913

Bei jungen Menschen in Deutschland nimmt die Bedeutung des Bücherlesens ab, gleichzeitig bleibt es fester Bestandteil ihrer Freizeit. Das zeigen aktuelle Auswertungen des Surveys „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A)“, die das Deutsche Jugendinstitut (DJI) im April 2026 veröffentlichte. Während im Jahr 2009 noch 35 Prozent der 12- bis 17-jährigen Mädchen und 21 Prozent der gleichaltrigen Jungen angaben, täglich Bücher zu lesen, sank dieser Anteil innerhalb eines Jahrzehnts auf 18 Prozent bei den Mädchen und 7 Prozent bei den Jungen. Diese Befunde bestätigen den Abwärtstrend, den internationale Studien belegen. Zugleich deuten die AID:A-Daten aus dem Jahr 2023 darauf hin, dass sich die negative Entwicklung zwischenzeitlich abgeschwächt hat: Der Anteil lesender Jugendlicher lag 2023 sogar wieder leicht über dem Niveau von 2019 (siehe Abbildung 1, links).

Starke Geschlechterkluft bei 15- bis 20-Jährigen

Der langfristige Rückgang der täglichen Buchlektüre zeigt sich nicht nur im Zeitverlauf, sondern auch zwischen den Altersstufen: 2023 lesen jüngere Altersgruppen deutlich häufiger täglich als ältere (siehe Abbildung 2, S. 57). Die AID:A-

Abbildung 2: Anteil junger Menschen, die täglich Bücher lesen, nach Altersgruppe und Geschlecht (in Prozent)



Daten bilden diese unterschiedlichen Lesegewohnheiten junger Menschen in Deutschland erstmals durchgehend vom Kindes- bis ins junge Erwachsenenalter ab.

Gleichzeitig verweisen die Daten auf klare Geschlechterunterschiede beim Lesen von Büchern: Mädchen beziehungsweise junge Frauen lesen über alle Altersgruppen hinweg deutlich häufiger täglich Bücher als Jungen beziehungsweise junge Männer. Diese Differenz variiert nach Alter und fällt insbesondere bei den 15- bis 20-Jährigen besonders groß und statistisch signifikant aus. Die Kluft in der genannten Altersgruppe hat sich in früheren AID:A-Erhebungen nicht so deutlich gezeigt. Die DJI-Wissenschaftlerinnen Dr. Simone Schüller, Dr. Anne Berngruber, Dr. Lisa Hasenbein und Dr. Claudia Zerle-Elsäßer vermuten, dass dies unter anderem mit dem auch in Deutschland zu verzeichnenden Boom des sogenannten „New-Adult“-Genres zusammenhängen könnte. Diese Literatur für junge Erwachsene handelt vom Erwachsenwerden, von Identitätsfindung sowie von ersten Beziehungen und ist bei jungen Frauen besonders beliebt.

Der DJI-Survey „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A)“ ist eine standardisierte Befragung, die seit 2009 bundesweit durchgeführt wird und auf einer Zufallsstichprobe basiert. Erhoben werden Daten zum Aufwachsen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie zu den Lebenslagen von Familien in Deutschland.

Uta Hofele

Den Bericht „Lesen in der Krise? Lesegewohnheiten von Jugendlichen“ und weitere Informationen gibt es online:

www.dji.de/lesegewohnheiten



Dr. Simone Schüller ist wissenschaftliche Referentin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung von Familien“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI).
schueller@dji.de



Dr. Anne Berngruber ist wissenschaftliche Referentin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher“ am DJI.
berngruber@dji.de



Dr. Lisa Hasenbein ist Leiterin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung Jugendlicher“ am DJI.
hasenbein@dji.de



Dr. Claudia Zerle-Elsäßer ist Leiterin der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebensführung von Familien“ am DJI.
zerle@dji.de

Mehr Schutz von Minderjährigen in sozialen Medien

Eine DJI-Stellungnahme betont, dass es ein Zusammenspiel aus Regulierung, Medienbildung und Aufklärung braucht.

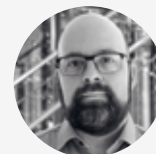


”

Eine gesetzliche Altersbeschränkung birgt die Gefahr, dass sie nur rein symbolischen Charakter hat, wenn ihre Einhaltung nicht wirksam kontrolliert wird.

Soziale Medien sind fester Bestandteil der Lebenswelt vieler junger Menschen. Die intensive Nutzung durch Kinder und Jugendliche stellt Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Diskutiert werden mögliche Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit ebenso wie Risiken durch die Konfrontation mit problematischen Inhalten, etwa Hassrede, Gewalt oder sexualisierten Übergriffen. Vor diesem Hintergrund befasste sich der Landtag Schleswig-Holstein im März 2026 in einer öffentlichen Anhörung mit der Frage, welche politischen Konsequenzen sich daraus ergeben.

Auf Grundlage der Stellungnahmen von Sachverständigen wurde erörtert, ob Plattformbetreiber stärker zum Schutz Minderjähriger verpflichtet, Hassinhalte konsequenter reguliert und die Medienkompetenz junger Menschen gezielter gestärkt werden sollten. Zur Debatte stand zudem, ob gesetzliche Beschränkungen bis hin zu einem Verbot sozialer Medien für Unter-16-Jährige – wie es etwa in Australien beschlossen wurde – geeignete und wirksame Instrumente sein könnten.



*Dr. Thorsten Naab ist in der Fachgruppe „Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) tätig. Die zentralen Forschungsgebiete des Medienexperten sind Medienkompetenz und Medienkompetenzerwerb, Mediensozialisation und Mediennutzung im Lebensverlauf.
naab@dji.de*

Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen, Teilhabe ermöglichen

„Eine gesetzliche Altersbeschränkung birgt die Gefahr, dass sie nur rein symbolischen Charakter hat, wenn ihre Einhaltung nicht wirksam kontrolliert wird“, warnt Medienexperte Dr. Thorsten Naab, der an der Stellungnahme des Deutschen Jugendinstituts (DJI) federführend mitgewirkt hat. Dies zeige sich beispielsweise bei der Umsetzung der Altersgrenze zur Verarbeitung der Daten von unter 16-Jährigen im Rahmen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Das DJI plädiert in seiner 22-seitigen Stellungnahme für eine stärkere Verpflichtung der Anbieter auf Basis der Kinderrechte. Plattformen sollten ihre Angebote an den Bedürfnissen und dem Schutz von Minderjährigen ausrichten – etwa durch kindersichere Voreinstellungen ohne öffentliches Profil und ohne Infinite Scroll, durch eingeschränkte Kontaktfunktionen sowie durch zeitliche Nutzungslimits. Ein solcher Safety-by-Design-Ansatz setze bereits bei der Gestaltung der Angebote an und könne Risiken für junge Nutzer:innen von vornherein reduzieren, denn nicht alle Kinder, Jugendlichen und Eltern verfügen gleichermaßen über digitale Bildung, ausreichend Zeit und finanzielle Ressourcen. „Schutz sollte möglichst voraussetzungsfrei sein“, wird in der Stellungnahme betont.

Außerdem würde eine abgestufte, an den Fähigkeiten der Kinder orientierte Angebotsstruktur dem Recht der Kinder auf Teilhabe an einer von digitalen Medien geprägten Gesellschaft Rechnung tragen. Einen geeigneten rechtlichen Rahmen hierfür biete die UN-Kinderrechtskonvention. Zudem liefere der General Comment No. 25 wichtige Orientierungspunkte für die Umsetzung von Kinderrechten im digitalen Raum. Gleichzeitig bleibt die Altersverifikation nach Einschätzung von Naab ein wichtiger Baustein, um den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auf die Entwicklung datensparsamer und möglichst barrierefreier technischer Verfahren gelegt werden.

Medienbildung und Unterstützung von Eltern als zentrale gesellschaftliche Aufgaben

Technische und regulatorische Maßnahmen allein reichen allerdings nicht aus, betont die Stellungnahme. Sie müssten durch umfassende Medienbildung ergänzt werden. Medienkompetenz sollte als grundlegende Querschnittskompetenz in allen Bildungsbereichen vermittelt werden. Dazu gehören neben technischen Fertigkeiten auch kritisches Denken, die Bewertung von Informationen sowie kommunikative Kompetenzen. Schulen komme dabei eine Schlüsselrolle zu. Denn sie können im Idealfall alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von sozialem, kulturellem oder ökonomischem Hintergrund – erreichen und damit entscheidend zur Chancengleichheit bei der digitalen Teilhabe beitragen.

Offen bleibt jedoch, inwieweit das Bildungssystem angesichts von Finanzierungsproblemen und Fachkräftemangel dieser Aufgabe gerecht werden kann und wie Lehr- und Lernräume in einer zunehmend von digitalen Medien geprägten Welt künftig gestaltet werden sollten. Auch Eltern spielen eine zentrale Rolle. Mit ihrem eigenen Mediennutzungsverhalten und ihrem Erziehungs Handeln sind sie sowohl wichtige Ressource als auch möglicher Risikofaktor für die Medienbildung ihrer Kinder. Das DJI empfiehlt deshalb die Entwicklung evidenzbasierter Interventions- und Unterstützungsprogramme für Eltern.

Uta Hofele

”

Medienkompetenz sollte als grundlegende Querschnittskompetenz in allen Bildungsbereichen vermittelt werden.

Gewaltkriminalität junger Menschen: unterschiedliche Entwicklungen

Während bei Jugendlichen die Zahl der Tatverdächtigen seit dem Jahr 2009 sinkt, nimmt sie bei Kindern unter 14 Jahren auf sehr niedrigem Niveau zu, zeigt die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik. Doch die Aussagekraft der Daten ist begrenzt – Antworten auf wichtige Fragen.



Die jährliche Veröffentlichung der Daten des Bundeskriminalamts zieht regelmäßig große, vor allem auch mediale Aufmerksamkeit auf sich. Die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ist aber begrenzt. Von Wissenschaft und Zivilgesellschaft wird zunehmend vor der politisierten Nutzung der Daten gewarnt, da sie verwendet werden, um Narrative über Kriminalitätsanstiege bestimmter Personengruppen zu verbreiten. Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (DJI) erforscht seit vielen Jahren das Phänomen Gewalt junger Menschen. Sie analysiert kriminologische Erkenntnisse, aktuelle Studien sowie die jährliche PKS, um die Daten für Politik, Fachpraxis und Medien einzuordnen.

Anlässlich der im April 2026 neu veröffentlichten Daten in der PKS zur Gewalt junger Menschen in Deutschland ist nun wie jedes Jahr die DJI-Publikation mit dem Titel „Zahlen – Daten – Fakten Jugendgewalt“ der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention erschienen. Ziel sind eine Beschreibung des Phänomens Jugendgewalt und

die kriminologische Analyse der Deliktbelastung und ihrer Entwicklung. Auf dieser Basis geben die DJI-Expert:innen Dr. Sabrina Hoops, Dr. Diana Willems, Bernd Holthusen und Dr. Bettina Grüne im Folgenden Antworten auf besonders häufig gestellte und wichtige Fragen zu körperlichen Gewaltdelikten von jungen Menschen unter 21 Jahren.

Welche Gewaltdelikte werden in der Polizeilichen Kriminalstatistik bei jungen Menschen erfasst?

In der PKS werden Tatverdächtige für ein breites Spektrum körperlicher Gewaltdelikte erfasst, von einfacher bis zu schwerer Körperverletzung, Totschlag und Mord. Grundsätzlich machen schwere Gewalttaten, das heißt insbesondere schwere Körperverletzung und Raub, nur einen kleinen Teil der Tatverdächtigungen bei jungen Menschen aus. Häufiger ist ein Tatverdacht aufgrund von sogenannten Bagatelldelikten wie Ladendiebstahl oder Sachbeschädigung. Mit Blick auf Gewaltdelikte zeigt die PKS: Im Jahr 2025 wur-

den 45.003 Kinder und Jugendliche aufgrund von einfacher Körperverletzung und 43.303 Kinder und Jugendliche aufgrund einer Tat, die zur sogenannten Gewaltkriminalität (unter anderem gefährliche und schwere Körperverletzung sowie Raub) zählt, polizeilich registriert. Neben körperlicher Gewalt können junge Menschen auch Täter:innen und Opfer anderer Gewaltformen werden – wie zum Beispiel von (Cyber-)Mobbing –, die im Jugendalter recht häufig sind. Für diese gibt es aber teilweise keine eigenständige Erfassung in der PKS.

Welche Rolle spielen Alter und Geschlecht?

Im Jahr 2025 wurde ein Drittel der polizeilich registrierten Straftaten, die unter Gewaltkriminalität fallen, Kindern unter 14 Jahren (7 Prozent), Jugendlichen im Alter von 14 bis unter 18 Jahren (15 Prozent) und Heranwachsenden im Alter von 18 bis unter 21 Jahren (10 Prozent) zugeordnet. Die große Mehrheit der Tatverdächtigen von Gewaltkriminalität ist männlich. Während bei Mädchen der Höchststand der Tatverdächtigungen im Alter von 14 bis 16 Jahren erreicht wird, liegt er bei Jungen bei 16 bis 18 Jahren. Anschließend ist ein stetiger Rückgang der Tatverdächtigungen bis hin zur Gruppe der über 60-Jährigen zu sehen, die nur selten aufgrund von Gewaltdelikten tatverdächtig werden. Kinder werden nach wie vor deutlich seltener als Jugendliche und Heranwachsende aufgrund einer Gewalttat polizeilich registriert. Dabei sind schwerwiegende Straftaten durch strafunmündige Kinder sehr selten. Jugendgewalt vollzieht sich oft in der gleichen Alters- und Geschlechtergruppe, das heißt, Jugendliche können sowohl Täter:innen als auch Opfer oder beides sein.

Wer wird besonders oft bezüglich Gewalttaten polizeilich registriert?

Der Großteil wiederholter und schwerwiegender Straftaten wird durch eine kleine Personengruppe (5 bis 10 Prozent) verübt, die sich der kriminologischen Forschung zufolge in der Regel in komplexen Problemlagen befindet – dazu zählen unter anderem Gewalterfahrungen in der Familie, Schulprobleme, Alkohol- und Drogenmissbrauch, soziale Randständigkeit sowie delinquente Freundeskreise, wie beispielsweise Peers, die Drogen konsumieren oder ebenfalls mit Delikten auffällig geworden sind (Heinz 2019). Das heißt, die große Mehrzahl der bei der Polizei auffällig werdenden Kinder und Jugendlichen wird lediglich ein- bis zweimal auffällig. Dabei handelt es sich meist um geringfügigere Delikte wie Ladendiebstahl oder Sachbeschädigung, aber eben auch um Körperverletzungsdelikte.

Wie entwickelt sich die Anzahl der tatverdächtigen jungen Menschen?

Für langfristige Vergleiche der PKS-Daten sollten die Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ) genutzt werden. Die TVBZ geben die Anzahl der in Deutschland wohnhaften Tatverdächtigen je 100.000 Personen der jeweiligen Altersgruppe an. Zwischen 2009 und 2025 waren die TVBZ in

Bezug auf Gewaltdelikte sowohl bei den Jugendlichen (1.171) als auch bei den Heranwachsenden (1.196) im Jahr 2009 am höchsten. Es wurde damals also etwa 1 Prozent der Jugendlichen beziehungsweise Heranwachsenden aufgrund von Gewaltkriminalität tatverdächtig. Die übrigen 99 Prozent sind polizeilich nicht in Erscheinung getreten. In den folgenden Jahren gab es in diesen Altersgruppen einen deutlichen Rückgang der TVBZ. Bei den Jugendlichen waren die Zahlen in 2015 etwa halbiert (618). Danach stiegen die TVBZ bei Jugendlichen mit Ausnahme eines Rückgangs während der COVID-19-Pandemie wieder an und lagen 2025 bei 913.

Auch für die Altersgruppe der Kinder sind die TVBZ nach einer jahrelangen stabilen Phase im Bereich der Gewaltkriminalität mit Ausnahme der Zeit in der Pandemie zwischen 2016 (138) und 2025 (288) angestiegen. Absolut betrachtet sind diese Anstiege jedoch auf einem deutlich niedrigeren Niveau als bei Jugendlichen. Zuletzt wurden knapp 0,3 Prozent der 8- bis unter 14-Jährigen wegen Gewaltkriminalität tatverdächtig. Bei den Heranwachsenden sind die TVBZ für Gewaltkriminalität zwischen 2015 (820) und 2025 (757) mit Ausnahme der Zeit während der COVID-19-Pandemie relativ konstant.

Zusammenfassend lässt sich bezüglich der Entwicklung der Anzahl von Tatverdächtigungen aufgrund von Gewaltkriminalität festhalten: In der Langzeitbetrachtung zwischen 2009 und 2025 zeigen sich in den TVBZ für Jugendliche,

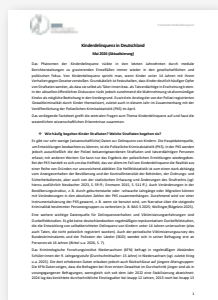
Forschung und Beratung zu Jugendgewalt und Delinquenz von Kindern: die DJI-Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention

Die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am Deutschen Jugendinstitut (DJI) wurde im Jahr 1997 gegründet. Seither beobachtet sie kontinuierlich die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Delinquenz und der Viktimisierung junger Menschen sowie die vielfältigen Ansätze der Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe, an Schulen, bei Polizei und Justiz. Wichtige Fragen dabei sind, unter welchen Umständen junge Menschen gewalttätig werden sowie was man tun kann und was getan wird, um Gewalthandeln junger Menschen zu vermeiden oder ihm entgegenzuwirken. Darüber hinaus beteiligt sich die Arbeitsstelle an regelmäßigen Befragungen der an Jugendstrafverfahren beteiligten Personen und Institutionen. Zu den Themen Jugendgewalt und Delinquenz von Kindern veröffentlicht die Arbeitsstelle jährlich Analysen zur Entwicklung der Daten, die kostenlos zum Download bereitstehen.

 www.dji.de/jugendkriminalitaet



Unter dem Titel „Zahlen – Daten – Fakten Jugendgewalt“ ist im Juni 2026 die jährliche Aktualisierung der DJI-Broschüre zur Entwicklung von Jugendgewalt unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus dem Hell- und Dunkelfeld erschienen. Autor:innen sind Dr. Sabrina Hoops, Dr. Diana Willems, Bernd Holthusen und Dr. Bettina Grüne, Mitarbeitende der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI.



Im Factsheet mit dem Titel „Kinderdelinquenz in Deutschland“, das im Mai 2026 veröffentlicht wurde, beantworten die Forschenden der DJI-Arbeitsstelle zentrale Fragen zu Kinderdelinquenz und stellen Erkenntnisse aus den Hellfelddaten zusammen. Autor:innen sind Dr. Bettina Grüne, Dr. Sabrina Hoops, Dr. Diana Willems und Bernd Holthusen, Mitarbeitende der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention am DJI.

Heranwachsende und junge Erwachsene immer noch eher rückläufige Tendenzen, bei Kindern eine Zunahme auf nach wie vor sehr niedrigem Niveau.

Welche Aussagekraft hat die Polizeiliche Kriminalstatistik in Bezug auf das Gewaltverhalten junger Menschen?

Bei den Daten der PKS handelt es sich um eine reine Tatverdächtigenstatistik, die das polizeilich registrierte Hellfeld der Kriminalität abbildet. Die Aussagekraft zum Gewalthandeln vor allem junger Menschen ist auch dadurch eingeschränkt, da viele Taten nicht zur Anzeige gebracht werden. Gewaltverhalten, das im Dunkelfeld verbleibt, wird von der Kriminalstatistik nicht berücksichtigt. Darüber hinaus sind Änderungen in den Zahlen der PKS nicht ausschließlich auf Änderungen im Tatverhalten zurückzuführen, vielmehr können unter anderem auch Faktoren wie Kontrollintensitäten der Polizei, Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder Änderungen des Strafrechts eine Rolle spielen. Auch sind bestimmte (digitale) Gewaltformen durch die PKS nur bedingt erfasst.

Dunkelfeldstudien, das heißt Befragungen zu Täter- und Opfererfahrungen, Anzeigeverhalten und Kriminalitätsfurcht bestimmter Bevölkerungsgruppen, sind daher eine wichtige Ergänzung der polizeilichen Hellfelddaten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Definitionen von Gewalttaten in der PKS von denen in Dunkelfeldstudien unterscheiden.

Für die Analyse der langfristigen Entwicklung der Gewaltdelinquenz in Deutschland kann allerdings nicht auf bundesweite, sondern nur auf regionale Dunkelfeldstudien zurückgegriffen werden. Diese geben wichtige Erkenntnisse zur selbstberichteten Gewalt, aber auch zu Viktimisierungserfahrungen junger Menschen (etwa Kroneberg u.a. 2026, Krieg u.a. 2025). So zeigt zum Beispiel der Niedersachsensurvey (Krieg u.a. 2025), dass bei den befragten Neuntklässler:innen lediglich knapp 14 Prozent der genannten Gewalttaten angezeigt worden sind. Knapp 7 Prozent gaben an, eine Gewalttat in den letzten 12 Monaten begangen zu haben. Höher sind die Anteile der Jugendlichen, die angeben, in den letzten 12 Monaten Opfer einer Gewalttat geworden zu sein: 20 Prozent. Und sogar mehr als 40 Prozent der Befragten berichten, dass sie im Verlauf ihres bisherigen Lebens Opfer geworden sind.

Zur Betroffenheit von Gewalt wurden darüber hinaus mit der Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD)“ (Birkel u.a. 2026), dem Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder sowie der Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“ (Leitgöb-Guzy/Bieber 2026), die insbesondere Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von (Ex-)Partnerschaften untersucht, inzwischen wichtige zusätzliche Erhebungsinstrumente etabliert. Gleichwohl werden junge Menschen unter 16 Jahren hier nicht befragt. Der Forschungsbedarf zu Jugend und Gewalt ist groß.

Literatur

ARBEITSSTELLE KINDER- UND JUGENDKRIMINALITÄTSPRÄVENTION (2026): *Zahlen – Daten – Fakten: Jugendgewalt*. München

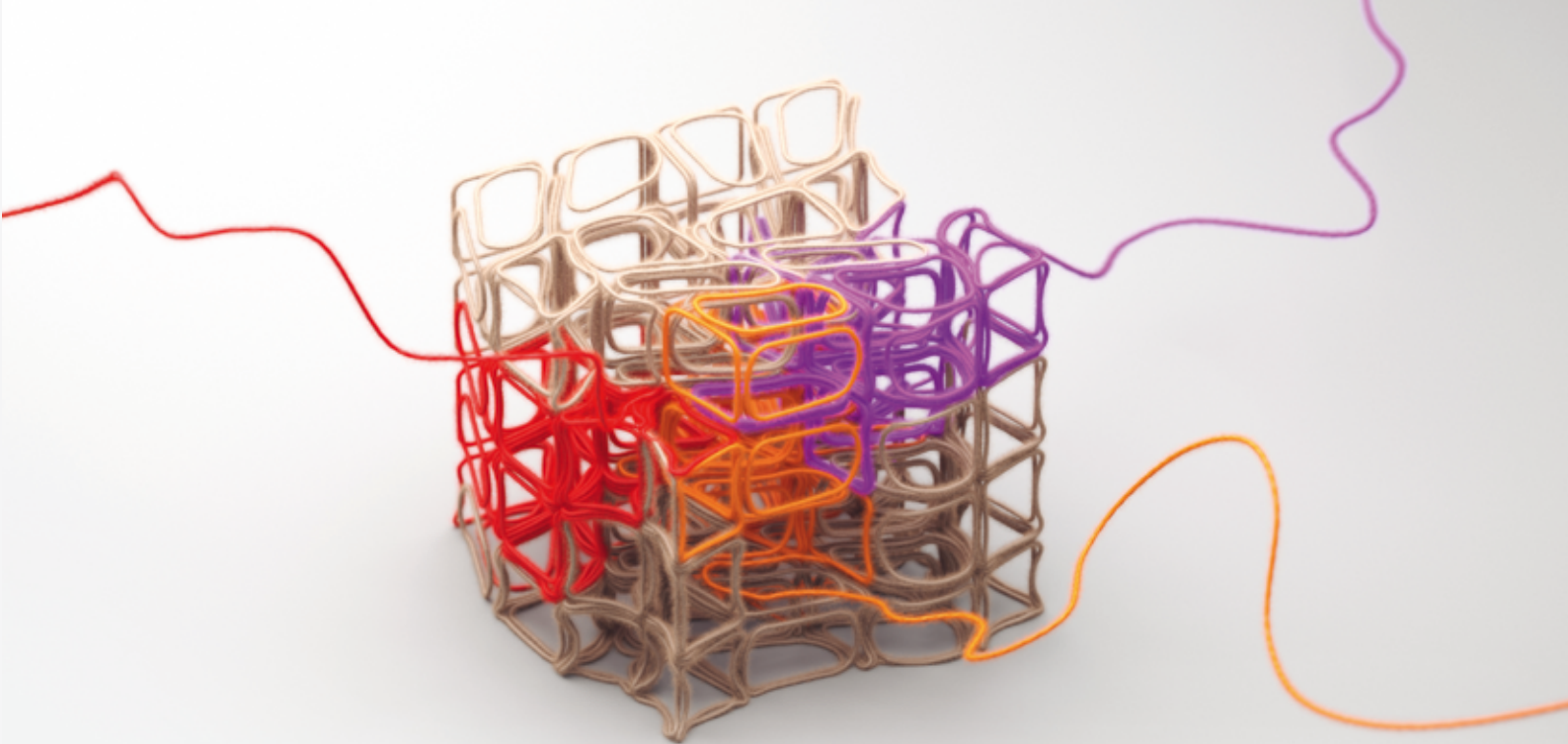
BIRKEL, CHRISTOPH u.a. (2026): *Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2024. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder*. Bundeskriminalamt. Wiesbaden

HEINZ, WOLFGANG (2019): *Sekundäranalyse empirischer Untersuchungen zu jugendkriminalrechtlichen Maßnahmen, deren Anwendungspraxis, Ausgestaltung und Erfolg. Zusammenfassung*. Konstanz

KRIEG, YVONNE u.a. (2025): *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2024. Forschungsbericht Nr. 171*. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen. Hannover

KRONEBERG, CLEMENS u.a. (2026): *Zur Entwicklung der Jugendkriminalität im Dunkelfeld 2025. Neue Ergebnisse der Dunkelfeldstudie der Universität zu Köln*. ECONtribute Policy Brief No. 071. Universität Bonn/Universität zu Köln. Bonn/Köln

LEITGÖB-GUZY, NATHALIE / BIBER, INA (2026): *Themenheft I: Ergebnisse der Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag (LeSuBiA)“ I. Gewalterfahrungen innerhalb und außerhalb von (Ex-)Partnerschaften*. Bundeskriminalamt. Wiesbaden



Reform der Kinder- und Jugendhilfe: Anpassungen nötig

DJI-Expert:innen befürworten die geplante Strukturreform bei einer Anhörung im Bundesministerium, sehen jedoch an zentralen Punkten weiteren Handlungsbedarf.

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) bewertet die vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) geplante Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe grundsätzlich positiv, sieht aber zugleich deutlichen Nachbesserungsbedarf. Dies geht aus einer aktuellen Stellungnahme zum Referentenentwurf des „Ersten Gesetzes zur Strukturreform der Kinder- und Jugendhilfe“ hervor. Sie wurde von acht DJI-Expert:innen anlässlich einer Anhörung im Bundesministerium Ende April 2026 verfasst, zu der neben Fachverbänden DJI-Jugendhilfe-Experte Dr. Mike Seckinger geladen war. Die verschiedenen Rückmeldungen der Fachverbände sowie Stellungnahmen der Länder werden derzeit im Ministerium ausgewertet. Zudem werden die Beschlüsse des Bund-Länder-Treffens im Bundeskanzleramt von Ende Juni einbezogen. Als nächster formeller Schritt im Gesetzgebungsverfahren folgt der Regierungsentwurf, der nach der regierungsinternen Abstimmung vom Kabinett beschlossen wird, bevor das parlamentarische Verfahren im Bundestag startet.

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe ist das Ziel

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer anspruchsvollen Zeit auf. Soziale Ungleichheiten verschärfen sich, psychische Belastungen nehmen zu, Familien- und Lebensmodelle werden vielfältiger und komplexer. Der Unterstützungsbedarf durch die Kinder- und Jugendhilfe wird somit groß bleiben und teilweise zunehmen. Gleichzeitig steht das System selbst vor großen Herausforderungen. Jugendämter, Einrichtungen und Träger sehen sich vielerorts mit Personalmangel und wachsenden Fallzahlen konfrontiert, sodass die Kosten für die ohnehin finanziell belasteten Kommunen kontinuierlich steigen. Hinzu kommen komplexe Zuständigkeitsstrukturen zwischen verschiedenen Sozialleistungssystemen, die eine schnelle und bedarfsgerechte Unterstützung erschweren. ➤

”

Der Unterstützungsbedarf durch die Kinder- und Jugendhilfe wird groß bleiben und teilweise zunehmen. Gleichzeitig steht das System selbst vor großen Herausforderungen.



*Dr. Mike Seckinger leitet die Fachgruppe „Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) und vertrat die Autor:innen der Stellungnahme bei der Anhörung in Berlin.
seckinger@dji.de*



*Prof. Dr. Jens Pothmann leitet die Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am DJI und ist einer der federführenden Autor:innen der Stellungnahme.
pothmann@dji.de*

Mit einer zweistufigen Strukturreform möchte das Bundesministerium die Funktionsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe auch angesichts knapper Ressourcen sichern. Der seit März 2026 vorliegende Referentenentwurf stellt die erste Stufe des Vorhabens dar. Kern der Reform ist die Zusammenführung der Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen mit und ohne Behinderung unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII ab dem 1. Januar 2028.

DJI begrüßt inklusive Lösung

„Im Ergebnis begrüßt das DJI die vorgesehenen Regelungen zur Ausgestaltung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe“, sagte Mike Seckinger bei der Anhörung. Je nach Verlauf und Dauer des Gesetzgebungsverfahrens erhielten die Jugendämter Planungssicherheit und Zeit, um die Umsetzung vor Ort vorzubereiten. Bedenken äußerte der DJI-Experte allerdings gegenüber der sogenannten Länderöffnungsklausel. Diese gesetzliche Bestimmung ermöglicht es Bundesländern, dauerhaft von der bundesrechtlichen Regelung abzuweichen oder eigene Vorschriften innerhalb eines Bundesrahmens zu erlassen. „Geschieht dies, wird das Ziel, die Kinder- und Jugendhilfe inklusiver werden zu lassen, nicht erreicht“, betonte Seckinger bei der Anhörung.

Fehlende oder überlastete Angebote gefährden Umsetzung der Reform

Die Autor:innen der DJI-Stellungnahme üben zudem Kritik an einigen konkreten Regelungen, die im Referentenentwurf vorgeschlagen werden. Insbesondere warnen sie davor, individuelle Rechtsansprüche von Menschen mit Behinderung auf Assistenzleistungen voreilig abzulösen. Diese sollen durch infrastrukturelle Bildungsangebote ersetzt werden. Doch die Voraussetzungen dafür seien derzeit nicht flächendeckend gegeben und müssten erst noch geschaffen werden, heißt es in der Stellungnahme.

Ebenfalls kritisch sehen die DJI-Expert:innen den geplanten Vorrang von infrastrukturellen Regelangeboten und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit bei Jugendlichen und jungen Volljährigen gegenüber individuellen erzieherischen Hilfen. Dies zielt zwar auf eine wünschenswerte starke präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe ab, tatsächlich drohten aber Leistungsver schlechterungen für junge Menschen und deren Familien. Denn die geplante Umsetzung sei aufgrund fehlender und strukturell überlasteter Angebote gefährdet. Außerdem schlagen die Expert:innen für den geplanten besseren Schutz von Pflegekindern bei der Unterbringung in Pflegefamilien eine alternative Regelung vor. Diese rückt fachliches Handeln sowie Qualität und damit auch das Wohl des Kindes noch stärker in den Vordergrund als der vorliegende Referentenentwurf.

Pläne zu Bürokratieabbau und Vereinfachung von Verfahren sind zum Teil nicht zielführend

Mit Blick auf die anforderungsreiche Ausgestaltung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe hält das Expertenteam einige vorgesehene Regelungen im Referentenentwurf für unzureichend. Dies gilt unter anderem für die Pläne zur Stärkung eines aufgabenspezifischen Kompetenzansatzes in der Kinder- und Jugendhilfe, zum Bürokratieabbau sowie zur Vereinfachung von Verfahren zur Aufnahme und Verteilung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen. Beispielsweise fordern die Autor:innen der Stellungnahme Nachbesserungen bei den geplanten Änderungen zur Altersfeststellung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen. Zudem sprechen sie sich gegen Bußgeldandrohungen bei Verstößen gegen Zuweisungsentscheidungen aus.

Birgit Lindner

 www.dji.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen

Pflegekinder und Pflegefamilien besser unterstützen

Gefährdungsmittelungen zu Pflegekindern ernsthaft zu prüfen, ohne das grundsätzliche Vertrauen von Pflegeeltern zu verlieren, ist ein Spagat für Pflegekinderdienste.

Wie dieser besser gelingen könnte, geht aus einer aktuellen DJI-Stellungnahme hervor.

Kinder und Jugendliche, die beispielsweise wegen schwerer Erkrankung oder Tod eines Elternteils oder mangelnder Erziehungsfähigkeit nicht bei ihren leiblichen Eltern leben können, finden oft in Pflegefamilien für einen begrenzten Zeitraum oder dauerhaft ein neues Zuhause. Pflegefamilien stellen damit eine Alternative zu stationären Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe dar und übernehmen gemeinsam mit dem Jugendamt die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung des Pflegekindes.

Da viele Pflegekinder bereits körperliche oder psychische Misshandlung, sexuellen Missbrauch oder Vernachlässigung erlebt haben, ist es für Pflegeeltern anspruchsvoll, eine vertrauensvolle Bindung zum Kind aufzubauen, die es ihm ermöglicht, negative Vorerfahrungen zu verarbeiten. Pflegefamilien werden zudem mitunter selbst mit Vorwürfen einer Kindeswohlgefährdung konfrontiert. Erweist sich ein Verdacht als unbegründet, haben die betroffenen Pflegefamilien derzeit nur begrenzte Möglichkeiten, ihren Ruf wiederherzustellen und sich vollständig zu rehabilitieren.

Vor diesem Hintergrund fand im Landtag Nordrhein-Westfalen im März 2026 eine Anhörung statt, die den Fragen nachging, wie Pflegekinder und -familien besser beraten und unterstützt, wie sie in Konfliktlagen passgenau begleitet und wie wirksame Verfahren zum Schutz des Kindeswohls etabliert werden können, ohne Pflegefamilien durch unbegründete Verdachtsmomente unangemessen zu belasten.

Ein Drittel der Gefährdungsmittelungen erweist sich als begründet, mehr als die Hälfte von ihnen bestätigte sich nicht

Zu den geladenen Sachverständigen gehörte Kinderschutzexperte Prof. Dr. Heinz Kindler vom Deutschen Jugendinstitut (DJI). In seiner Stellungnahme gibt er unter anderem einen Forschungsüberblick zu Gefährdungslagen und Falschbeschuldigungen in Pflegefamilien. Die Daten des DJI-Pflegekinderbarometers, einer Befragung der Pflegekinderdienste in Deutschland, zeigen, dass pro Jahr bei 3,5 Prozent der rund 90.000 Pflegekinder eine Gefährdungslage festgestellt wird. Damit erweisen sich 33 Prozent aller eingehenden Gefährdungsmittelungen als begründet, mehr als die Hälfte von ihnen bestätigte sich dagegen nicht, weitere 13 Prozent der gemeldeten Fälle waren zum Befragungszeitpunkt noch ungeklärt.



„Auch wenn Gefährdungsmittelungen zu Kindern in Pflegefamilien kein häufiges Phänomen sind, muss der Kinderschutz in Pflegefamilien verbessert werden ebenso wie der Umgang mit Falschbeschuldigungen von Pflegefamilien“, fordert Heinz Kindler. Denn Dunkelfeldbefragungen aus anderen Ländern deuten darauf hin, dass es in Pflegefamilien – genauso wie in allen Familien – einen hohen Anteil an nicht entdeckten Fällen von Gewalt und sexuellen Grenzverletzungen gibt.

Prüfung von Gefährdungsmittelungen und Begleitung von Pflegefamilien trennen und unabhängige Beratungsstellen einrichten

Kindler empfiehlt in seiner Stellungnahme an drei Punkten anzusetzen: erstens am Rollenkonflikt der Fachkräfte des Jugendamtes, die einerseits Pflegeeltern unterstützen und andererseits Gefährdungsmittelungen prüfen. Dieser könne einerseits bei Pflegeeltern zu einem Verlust von Vertrauen führen, andererseits Fachkräfte aber auch dazu verleiten, Gefährdungsmittelungen nicht hinreichend ernsthaft zu



Prof. Dr. Heinz Kindler ist Kinderschutz-
experte des Deutschen Jugendinstituts
(DJI) und leitet unter anderem die Fach-
gruppe „Familienhilfe und Kinderschutz“.
kindler@dji.de

prüfen. Zweitens problematisiert der Kinderschutzexperte das Fehlen unabhängiger Unterstützung für Pflegeeltern und drittens die ungelöste Aufgabe der Rehabilitation von Pflegefamilien bei Vorwürfen, die sich nicht bestätigen.

Den Jugendämtern schlägt Kindler konkret vor, die Prüfung von Gefährdungsmitteilungen zu Pflegefamilien und deren weitere Begleitung organisatorisch zu trennen. Dafür spreche auch, dass die Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) bei den Jugendämtern im Unterschied zu den zuständigen Pflegekinderdiensten sehr viel mehr Erfahrung bei der Prüfung von Gefährdungsmitteilungen aufweisen. Landesjugendämtern rät er dazu, unabhängige Beratungsstellen für Pflegeeltern einzurichten und zu fördern, wie beispielsweise „FosterTalk“ in Großbritannien, eine unabhängige, nicht staatliche Beratungsorganisation für Pflegeeltern, die auch in Verdachtsverfahren begleitet.

Uta Hofele

www.dji.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen

Humboldt-Preisträger David Kaplan zu Gast am DJI

Der renommierte Statistik-Experte von der University of Wisconsin-Madison (USA) arbeitet zwei Monate lang am DJI an statistischen Forschungsmethoden und entwickelt mit den Forschenden neue Impulse für Forschungsvorhaben.

Der international anerkannte Experte für quantitative Methoden in der Bildungsforschung, Prof. Dr. David Kaplan, war von Mai bis Juli für einen zweimonatigen Forschungsaufenthalt am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Kaplan ist Inhaber der Patricia-Busk-Professur für Quantitative Methoden am Department of Educational Psychology der University of Wisconsin-Madison. Als Gastwissenschaftler am DJI gab er Einblicke in seine Forschung und stand für einen intensiven Austausch zu forschungsmethodischen Fragestellungen zur Verfügung.

„Der Gastaufenthalt von David Kaplan war weit mehr als ein wissenschaftlicher Besuch. Er hat neue Perspektiven auf unsere Daten, Methoden und Forschungsfragen eröffnet und den institutsweiten Austausch zu innovativen Analyseverfahren gestärkt“, betonte Prof. Dr. Susanne Kuger, Forschungsdirektorin des DJI, zum Abschluss seines Gastaufenthalts. „Internationale Kooperationen dieser Qualität sind für das DJI von großer Bedeutung: Sie ermöglichen es uns, aktuelle methodische Entwicklungen frühzeitig aufzugreifen und unsere Forschung zu zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen weiterzuentwickeln. Die während des Aufenthalts entstandenen Ideen und Kooperationen werden unsere Arbeit auch über seinen Besuch hinaus prägen.“

Am DJI arbeitete David Kaplan an statistischen Methoden zur Verknüpfung verschiedener Datenquellen sowie an der Entwicklung von Längsschnittmethoden, um die Forschung in den verschiedenen Themenbereichen des DJI zu unter-

stützen. Neben einführenden Online-Vorträgen bot David Kaplan vertiefende Workshops zu den Themenfeldern Strukturgleichungsmodelle, Analyse von Longitudinaldaten, Umgang mit fehlenden Werten und bayesianischen Analysemethoden an. Darüber hinaus beteiligte er sich im Rahmen zahlreicher Reflexions- und Beratungsgespräche an verschiedenen laufenden Forschungsprojekten des DJI und entwickelte gemeinsam mit den Forschenden neue Impulse und Perspektiven für zukünftige Analyse- und Forschungsvorhaben.



Wissenschaftlich belastbare Voraussagen treffen

Im Zentrum der Arbeit von David Kaplan steht das Ziel, Systementwicklungen und damit auch die Folgen politischen Handelns so präzise wie möglich zu erklären und vorherzusagen. Er legt dabei großen Wert darauf, die Befunde seiner Forschung für die praktische Weiterentwicklung etwa des Bildungssystems direkt nutzbar zu machen. Drei seiner wichtigsten Forschungsgebiete sind die adäquate Behandlung von Messfehlern in quantitativen Daten durch sogenannte Strukturgleichungsmodelle, der Umgang mit fehlenden Werten in großen Datensätzen sowie Arbeiten zu bayesianischen Methoden.

Seine Methode der probabilistischen Prognose zeigt die Wahrscheinlichkeit künftiger Entwicklungen auf wissenschaftlich belastbare Weise auf. Durch die Einbeziehung historischer Daten sorgt er außerdem dafür, dass neues Wissen systematisch durch Erfahrungen aus der Vergangenheit ergänzt wird, um so eine verlässliche Basis für politische und gesellschaftliche Entscheidungen zu schaffen. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt dabei auf groß angelegten Studien wie der PISA-Schulleistungsstudie (Programme for International Student Assessment) und den TALIS-Studien der OECD, in denen seine methodischen Ansätze bereits direkt zur Anwendung kamen. David Kaplan nimmt nicht zuletzt zahlreiche strategische Beratungsrollen ein.

Prof. Dr. David Kaplan, international anerkannter Statistik-Experte von der University of Wisconsin-Madison (USA), war für einen zweimonatigen Forschungsaufenthalt am Deutschen Jugendinstitut.

Langjährige Zusammenarbeit mit deutschen Forschenden

Seit dem Erhalt seines Humboldt-Forschungspreises im Jahr 2015 forschte Kaplan bereits mehrfach in Deutschland, insbesondere an den Universitäten Heidelberg und Frankfurt am Main. Parallel kooperierte er eng mit Instituten wie dem Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) in Bamberg, das ihm den Status eines LIfBi Research Affiliates verlieh. Zuletzt erhielt Kaplan im April 2026 von der Alexander von Humboldt-Stiftung einen „Renewed Research Stay Award“. Diese Auszeichnung würdigt seine Forschungsbeiträge und seine mehr als 20-jährige Zusammenarbeit mit deutschen Kolleg:innen. Die damit verbundene finanzielle Förderung ermöglichte den zweimonatigen Forschungsaufenthalt in München.

Birgit Lindner, Dr. Veronika Thalhammer

Notizen

Aktuelles

Deutsches Jugendinstitut engagiert sich in der „Allianz gegen Einsamkeit“

Wissenschaftler:innen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) bringen sich mit ihrer Expertise und Forschung zu den Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die neu gegründete „Allianz gegen Einsamkeit“ ein. Die Allianz ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) und soll Wissen und Engagement bündeln, um Einsamkeit vorzubeugen und zu lindern, das gesellschaftliche Miteinander zu stärken und die Demokratie zu fördern. Das DJI gehört zu den Erstunterzeichnenden der Erklärung der Allianz gegen Einsamkeit. Neben dem DJI wirken beispielsweise Verbände, Stiftungen, Vereine, Initiativen, gemeinnützige Unternehmen und Institutionen sowie Kommunen mit. Vorgestellt wurde die Allianz auf der Konferenz „Ge-

meinsam aus der Einsamkeit“ im Juni 2026 in Berlin, mit der die Aktionswoche „Gemeinsam aus der Einsamkeit“ des BMBFSFJ startete und bei der sich das DJI mit Vorträgen über empirische Befunde zur Einsamkeit im Kindes- und Jugendalter beteiligte. DJI-Jugendforscherin Dr. Anne Berngruber wird zudem in der Fachgruppe „Kinder und Jugendliche“ der Allianz mitwirken, die zum Ziel hat, die Prävention von Einsamkeit bei jungen Menschen weiterzuentwickeln. „Ich freue mich darauf, in der Fachgruppe Forschungslücken aufzuzeigen und gemeinsam herauszuarbeiten, wo konkrete Unterstützung für junge Menschen nötig ist und wie Angebote sie besser erreichen können“, sagte DJI-Jugendforscherin Dr. Anne Berngruber anlässlich ihrer Berufung in die Fachgruppe.

Staatssekretärin Dr. Petra Bahr beruft neues Bundesjugendkuratorium



Staatssekretärin Dr. Petra Bahr (Mitte) gemeinsam mit den neuen Mitgliedern des Bundesjugendkuratoriums für die 21. Legislaturperiode.

Staatssekretärin Dr. Petra Bahr hat im Mai 2026 im Namen von Bundesministerin Karin Prien 15 Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums (BJK) für die 21. Legislaturperiode berufen. Dem BJK gehören Sachverständige aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung sowie Fachpraxis an. Es bezieht junge Menschen in seine Beratungen ein und prüft bei der Bearbeitung der Themen, wie die Auffassungen jeweils betroffener junger Menschen am besten berücksichtigt werden können. Neuer Vorsitzender des Gremiums ist Prof. Dr. Ivo Züchner von der Philipps-Universität Marburg. Das BJK wird in jeder Legislaturperiode neu berufen und berät die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Querschnittsfragen der Kinder- und Jugendpolitik. Die Geschäftsstelle des Gremiums ist seit vielen Jahren am Deutschen Jugendinstitut (DJI) in der „Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik“ angesiedelt. Das Aufgabenspektrum der Arbeitsstelle lässt sich im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis verorten. In diesem Rahmen dient sie als Korrespondenzpartnerin für die institutionellen Akteure der Kinder- und Jugendpolitik auf Bundesebene und begleitet insbesondere das BJK inhaltlich und organisatorisch bei seiner Beratungstätigkeit.

🔗 Weitere Informationen bei bundesjugendkuratorium.de



Deutsches Jugendinstitut beteiligt sich am „Runden Tisch Kinderschutz“

Wie kann der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt in Deutschland strukturell gestärkt werden, und welche Maßnahmen entfalten die größte Wirkung? Mit diesen Fragen beschäftigten sich im Mai 2026 Teilnehmende am „Runden Tisch Kinderschutz“, zu dem die World Childhood Foundation Deutschland (WCFD) gemeinsam mit der Unabhängigen Bundesbeauftragten gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen (UBSKM), Kerstin Claus, nach Berlin eingeladen hatte. Expert:innen aus Politik, Justiz, Wissenschaft, Medizin, Jugendhilfe, Sicherheitsbehörden und Betroffenenvertretungen, darunter Prof. Dr. Christina Boll und Prof. Dr. Heinz Kindler, Forschende am Deutschen Jugendinstitut (DJI), kamen zusammen, um konkrete Handlungsbedarfe zu diskutieren, Verantwortlichkeiten zu benennen und sektorübergreifende Entwicklungsziele für den Kinderschutz in Deutschland zu formulieren. Auch der DJI-Jugendbeirat war vertreten: Madina Dad Allah, Alexander Hornich und Robin Backhaus beteiligten sich auf Einladung der Veranstalter an der fachlichen Diskussion in den Themenforen „Gesundheit“ und „Jugendhilfe“ und brachten ihre unabhängigen Einschätzungen in einen strukturierten Reflexionsprozess zur Gesamtauswertung im Nachgang der Veranstaltung ein. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Ihrer Majestät Königin Silvia von Schweden, Gründerin der World Childhood Foundation (im Foto: 6. v. r. unter Teilnehmenden des „Runden Tisches Kinderschutz“), Elke Büdenbender, Ehefrau des Bundespräsidenten (4. v. l.), und Kerstin Claus (3. v. l.). Der Runde Tisch ist Auftakt eines Arbeitsprozesses, dessen Ziel nicht ein umfassender Maßnahmenkatalog ist, sondern vielmehr die Verständigung auf wenige, ressortübergreifend tragfähige Prioritäten.

Lunchbag Sessions am Deutschen Jugendinstitut

In den digitalen Lunchbag Sessions „Familie am Mittag“ der Abteilung „Familie und Familienpolitik“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) werden regelmäßig aktuelle Forschungsergebnisse diskutiert. In den Sessions zwischen September und Dezember 2026 geht es unter anderem um Eigentumsungleichheit in Paarbeziehungen, intergenerationale Transfers zwischen jungen Erwachsenen und ihren Eltern sowie um psychische Belastungen von Eltern mit kleinen Kindern. Außerdem werden in den Sessions beispielsweise Befunde zu Arbeitsmarkt und Familie, zu Bedingungen von Care-Netzwerken in gemeinschaftlichen Wohnformen, zu Familienleitbildern von Fachkräften in der Sozialen Arbeit sowie zum Familienbericht des Landes Nordrhein-Westfalen vorgestellt und diskutiert. In weiteren Sessions stehen die Zusammenhänge zwischen der Teilnahme von Eltern an Eltern-Kind-Kursen und der KitaNutzung im Fokus sowie die Ergebnisse der Kommunalbe-

fragung 2025 zum Stand der Frühen Hilfen in Deutschland. Das außerhalb der bayerischen Schulferien meist wöchentlich stattfindende einstündige Online-Format möchte zum gesellschaftlichen Diskurs über Familie als Motor gesellschaftlicher Entwicklungen anregen. Wissenschaftliche Ergebnisse werden mit der Expertise der Fachpraxis rückgekoppelt und in ihren interdisziplinären Bezügen und politischen Implikationen diskutiert. Neben den Forschenden des DJI geben auch regelmäßig eingeladene Kolleg:innen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen und Universitäten Einblick in ihre Forschungsarbeiten. Die Vorträge mit anschließender Diskussion finden mittwochs von 13.00 bis 14.00 Uhr online statt und stehen allen Interessierten offen.

🔗 **Jahresprogramm, Kontakt und Anmeldung bei dji.de**

Erste gemeinsame Tagung von Familiensoziolog:innen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz am Deutschen Jugendinstitut

Verändern sich Gesellschaften, bringt dies auch für Familien Herausforderungen mit sich. Um die Situation von Familien interdisziplinär und im internationalen Kontext zu analysieren, trafen sich Ende Februar 2026 erstmals Wissenschaftler:innen der Familiensoziologie und Familienforschung aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zu einer gemeinsamen Tagung in München am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Knapp 100 Forscher:innen der Sektion Familiensoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), der Sektion Familienforschung der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS), des Forschungskomitees Lebenslauf der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS), des Swiss Centres of Expertise in Life Course Research LIVES sowie des DJI präsentierten aktuelle Arbeiten und diskutierten zentrale Entwicklungen der Familiensoziologie. Die englischsprachige Tagung stand unter dem Titel „FACES – Families and Challenges in Evolving Societies in the D-A-CH Region and beyond“ und widmete sich den vielfältigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen, mit denen Familien in gegenwärtigen Gesellschaften konfrontiert sind.



Deutsches Jugendinstitut beteiligt sich an re:publica 2026

Mit Beiträgen zu Jugendbeteiligung und Jugendmedienschutz war das Deutsche Jugendinstitut (DJI) auf der diesjährigen re:publica in Berlin vertreten. Europas größte Konferenz zur digitalen Gesellschaft brachte vom 18. bis 20. Mai 2026 erneut Akteure aus Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft zusammen, um aktuelle gesellschaftliche und digitale Entwicklungen zu diskutieren. Robin Backhaus, Mitglied des DJI-Jugendbeirats, beteiligte sich auf Einladung der SOS-Kinderdörfer weltweit an der Paneldiskussion „Never gonna give YOUTH up – Jugend. Macht. Zukunft“. Gemeinsam mit Vertreter:innen aus Politik und Zivilgesellschaft sprach er über Jugendbeteiligung, Entwicklungsbedarfe in der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Frage, wie junge Menschen stärker an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden können. DJI-Wissenschaftler Dr. Thorsten Naab diskutierte auf dem Podium „Handyverbot und Social-Media-Ban: Sieht so zeitgemäßer Jugendmedienschutz aus?“. Gemeinsam mit weiteren Fachleuten ordnete er aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zur Debatte um Verbote digitaler Medien ein und sprach über Ansätze, die Kinder und Jugendliche zu einer verantwortungsvollen und selbstbestimmten Mediennutzung befähigen (siehe auch S. 58 in dieser Ausgabe).

Antisemitismus begegnen: Neues Verbundprojekt soll Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit stärken

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) bietet wichtige Räume, um mit jungen Menschen auch kontroverse gesellschaftliche Themen zu besprechen. Antisemitismus ist eines davon. Der richtige Umgang damit stellt Fachkräfte jedoch häufig vor Herausforderungen. Ein Forschungsprojekt des Deutschen Jugendinstituts (DJI), der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung (IIA) an der Universität Trier und der Amadeu Antonio Stiftung untersucht nun, wie Fachkräfte der OKJA beim Umgang mit Antisemitismus besser weitergebildet werden können. Im Rahmen des Verbundprojekts mit dem Titel „Antisemitismus in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ soll zunächst die aktuelle Situation der Fachkräfte analysiert werden, um darauf aufbauend Unterstützungsangebote abzuleiten und diese anschließend zu evaluieren. Empirische Bedarfsanalyse, Wirkungsevaluation sowie Wissens- und Ergebnistransfer liegen dabei in der Verantwortung des DJI. Geplant sind unter anderem eine standardisierte Online-Befragung von etwa 8.000 Einrichtungen in ganz Deutschland sowie Gruppendiskussionen mit Fachkräften in ausgewählten Regionen. Die IIA erfasst und analysiert die Angebotslandschaft antisemitismuskritischer Fort- und Weiterbildungskonzepte für Fachkräfte. Die Befunde werden von ju:an, der Praxisstelle Antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit der Amadeu Antonio Stiftung, genutzt, um konkrete Fortbildungsangebote weiterzuentwickeln und zu erproben. Diese Erprobungen werden durch das DJI wissenschaftlich begleitet. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) gefördert und läuft bis März 2029.

🔗 Weitere Informationen bei dji.de

DJI-Projekt „Monitoring für Bildung, Orientierung und Sozialraum“ (MoBiOS) ist gestartet

Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern – darunter Jugendhilfe, Wirtschaft, Vereine und kulturelle Einrichtungen – spielen eine zentrale Rolle bei der Förderung von Bildungsgerechtigkeit und gelingenden Bildungsbiografien. Besonders im Bereich der beruflichen Orientierung sind solche Kooperationen entscheidend, um jungen Menschen einen reibungslosen Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Innerhalb des im März 2026 gestarteten Projekts „Monitoring für Bildung, Orientierung und Sozialraum“ (MoBiOS) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) soll ein praxisnahes, wissenschaftlich fundiertes Indikatoren-Set entwickelt werden, das den Bundesländern die Möglichkeit gibt, künftig eigenständig ein landesweites Monitoring schulischer Kooperationen mit außerschulischen Partnern durchzuführen. Indikatoren betreffen sowohl die Verfügbarkeit von Lern- und Beratungsangeboten, Art und Umfang der tatsächlichen Nutzung sowie deren Wirkung in Form von Kompetenzzuwächsen und gelingenden Bildungsübergängen. Der thematische Schwerpunkt liegt auf der beruflichen Orientierung und wird um eine differenzierte Betrachtung unterschiedlicher Schulformen und Sozialräume, insbesondere im Hinblick auf Stadt-Land-Unterschiede, ergänzt. Das Projekt, dessen Laufzeit auf drei Jahre angelegt ist, wird vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft im Rahmen der Allianz für Schule Plus gefördert.

🔗 Weitere Informationen bei dji.de



Neu
erschienen

Susanne Wirag, Ulrike Hegemann, Angélique Gessler, Kirsten Fuchs-Rechlin

Erzieher:innen und Kindheitspädagog:innen im Berufseinstieg

Platzierung, Onboarding, Belastung – WiFF Studie kompakt Nr. 6

München 2026 | 20 Seiten | Download kostenlos verfügbar: www.dji.de/veroeffentlichungen/broschueren

Die Berufseinmündung gilt als eine besonders „sensible“ Phase, die den weiteren Verlauf der beruflichen Entwicklung maßgeblich beeinflusst. Gelingt sie nicht, so besteht das Risiko, dass die Nachwuchskräfte ihre Stelle wechseln und die Organisation verlassen. Mit raschen Stellenwechseln sind sowohl für die Fachkräfte als auch für die Organisationen Kosten verbunden: ein Verlust von Know-how, aufwendige Einarbeitung neuen Personals und Einbußen pädagogischer Qualität. Vor diesem Hintergrund untersucht die WiFF-Panelstudie, wie Nachwuchskräfte in den Beruf einmünden und was zu einem gelingenden Onboarding beiträgt. Die vorliegende WiFF Studie kompakt präsentiert Ergebnisse der zweiten Befragungswelle zur Arbeitsmarktplatzierung, zum Onboarding und zur Belastung rund neun Monate nach Ausbildungs- oder Studienabschluss.



Jan Scharf, Katharina Damm, Susanne Kuger, Kai Maaz (Hrsg.)

Bildungsbarrieren identifizieren – Bildungschancen entwickeln

Potenziale verschiedener Lernumwelten beim Abbau von Ungleichheit

Münster 2026 | 318 Seiten | 39,90 Euro | Als Open-Access-Download kostenlos verfügbar: www.waxmann.com

Bildungschancen sind weiterhin ungleich verteilt. Welche Barrieren sind dafür ursächlich – und wie lassen sie sich abbauen? Der Sammelband präsentiert aktuelle Forschung zu formalen, non-formalen und informellen Lernumwelten. Er zeigt eine breite Palette von Ansätzen, die dazu beitragen können, soziale Ungleichheit bei Bildungserfolg und gesellschaftlicher Teilhabe zu reduzieren. Die Beiträge bündeln neue Erkenntnisse, benennen Handlungsbedarfe und eröffnen Perspektiven für Forschung und Praxis. Im Kern geht es um einen ganzheitlichen Blick auf die Lebenswelt junger Menschen sowie verzahnte und kooperativ umgesetzte Angebote. Herausgeber:innen des Bands sind Forschende des DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation und des Deutschen Jugendinstituts (DJI). Die einzelnen Beiträge des Sammelbands behandeln unter anderem Forschungsfragen zu den Themen Bildungssteuerung und Kommunen, non-formale Bildungsangebote, Resilienz und Wohlbefinden bei Kindern sowie zum Übergang von der Schule in den Beruf. Im Schlussteil präsentiert das Team des Metavorhabens „ABIBA | Meta“, bei dem neben dem DIPF und dem DJI auch die Freie Universität Berlin mitwirkte, einen ersten systematischen Überblick über den allgemeinen Forschungsstand zum Gesamtthema. Außerdem werden Schlussfolgerungen aus den neuen Befunden der Projekte des Förderschwerpunkts gezogen.

Birgit Reißig, Sarah Beierle (Hrsg.)

Non-formale Bildung im jungen Erwachsenenalter

Formen, Orte und Bedingungen

Opladen/Berlin/Toronto 2026 | 260 Seiten | 54 Euro | Als Open-Access-Download
kostenlos verfügbar: shop.budrich.de



Bildungs- und Lernprozesse finden nicht nur in formalisierten Bildungsinstitutionen wie Schulen oder Universitäten statt, sondern vor allem auch im Alltag. Der Band präsentiert aktuelle Forschungsergebnisse zu Formen, Orten und Bedingungen non-formaler Bildung. Bisherige Forschungsaktivitäten betrachteten non-formale Bildung vor allem hinsichtlich außerschulischer Angebote (Kinder- und Jugendarbeit, Vereine) und außerunterrichtlicher Angebote (Ganztagsschule) im Kinder- und Jugendalter. Es konnte gezeigt werden, dass solche non-formalen Bildungsangebote eine positive Wirkung auf junge Menschen haben: Sie stärken unter anderem das Selbstkonzept sowie das Selbstwertgefühl und tragen zur sozialen Kompetenz bei. Darüber hinaus eröffnen sie wertvolle Chancen, Bildungsaspirationen zu entwickeln und Bildungswege erfolgreich zu gestalten. Der vorliegende Sammelband widmet sich besonders der Bedeutung non-formaler Bildung für junge Erwachsene im Übergang von der Schule in den Beruf. In dieser Übergangsphase, die oft mit Unsicherheiten und Herausforderungen verbunden ist, spielen non-formale Bildungsangebote eine besonders wichtige Rolle. Sie können helfen, nicht nur fachliche, sondern auch soziale und persönliche Kompetenzen zu stärken und so die Teilhabe junger Erwachsener am Berufsleben nachhaltig zu fördern.

Manuel Freis, Johanna Mierendorff

Praxisanleitung am Lernort (Berufs-)Praxis

Forschungsergebnisse und methodisch-didaktische Konzepte des Praxislernens in der Frühpädagogik –
WiFF Expertise, Band 61

München 2026 | 40 Seiten | Download kostenlos verfügbar: www.dji.de/veroeffentlichungen/broschueren

Praktikumsphasen sind ein zentraler Bestandteil der Ausbildung frühpädagogischer Nachwuchskräfte, da sie die Entwicklung professioneller Handlungskompetenzen und eines beruflichen Selbstverständnisses ermöglichen. Im Zusammenspiel von Lernort Praxis und Lernort (Hoch-)Schule können theoretisches Wissen und berufspraktische Erfahrungen miteinander verknüpft werden. Manuel Freis und Johanna Mierendorff diskutieren didaktische Konzepte an beiden Lernorten sowie die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Praxisanleitenden und Lehrenden an (Hoch-)Schulen. Daraus leiten sie Empfehlungen zur Weiterentwicklung der frühpädagogischen Qualifizierung ab.



Tobias Roscher, Karin Böllert, Jens Pothmann, Bernd Holthusen, Mike Seckinger

Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur/Lebensräume in Mecklenburg-Vorpommern

Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

München/Halle (Saale) 2026 | 240 Seiten | Download kostenlos verfügbar: www.dji.de/veroeffentlichungen/broschueren

Das von der Abteilung „Jugend und Jugendhilfe“ am Deutschen Jugendinstitut (DJI) erstellte Gutachten befasst sich mit kinder- und jugendgerechten Bedingungen des Aufwachsens und liefert ein differenziertes Bild von der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe und den Lebenswelten der adressierten jungen Menschen im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Leitende Aspekte im Rahmen der – zum Teil auch regionalen – Analysen nehmen Bezug auf die Vielfalt von Jugendlichen und die Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe, das Engagement und die Verantwortungsübernahme von Heranwachsenden, die Beteiligung von jungen Menschen, die Herausforderungen beim Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Arbeit oder auch die Resilienz und Nachhaltigkeit für die Weiterentwicklung von (sozialen) Infrastrukturen. Die empirischen Grundlagen des Gutachtens basieren auf Sekundäranalysen, Gruppendiskussionen mit Vertreter:innen von sogenannten Luperregionen und einem World-Café zur Validierung eines umfassenden Kataloges von Handlungsempfehlungen. Sie enthalten unter anderem einen zentralen Appell: Angesichts von sinkenden Geburtenzahlen einerseits und einer hohen, den Zuzug von jungen Familien begünstigenden Attraktivität des Bundeslandes auch in ländlich geprägten Regionen andererseits ist durch entsprechende Landesmittel der Ausbau beziehungsweise der Unterhalt kleinteiliger sozialer und mobilitätsfreundlicher Infrastruktur zu unterstützen, um Abwanderung auszubremsen und bundesweite Zuwanderung zu intensivieren.



ERiK-Forschungsbericht V

Befunde des indikatorengestützten Monitorings zum KiQuTG

Bielefeld 2026 | 356 Seiten | Als Open-Access-Download kostenlos verfügbar: wbv-open-access.de



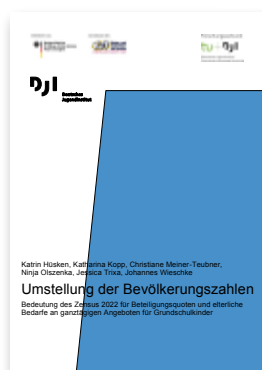
Welche Fortschritte gibt es bei Qualität und Zugang zur Kindertagesbetreuung – und wo besteht weiterhin großer Handlungsbedarf? Wissenschaftler:innen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Forschungsverbunds DJI/TU Dortmund begleiten im Projekt „Entwicklung von Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung“ (ERiK) die Entwicklung der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) in Deutschland wissenschaftlich. Im Rahmen des bundesweiten Monitorings im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) wurde nun der fünfte Forschungsbericht veröffentlicht. Entlang der Handlungsfelder des KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetzes (KiQuTG) werden unter anderem Daten zu den Bedarfen von Eltern, zur Personalsituation sowie zu Themen wie Gesundheitsförderung, sprachliche Bildung und räumliche Gestaltung in der Kindertagesbetreuung analysiert. Im vorliegenden Bericht werden die Daten des dritten ERiK-Surveys aus dem Jahr 2024, die Daten der amtlichen Statistik und der DJI-Kinderbetreuungsstudie KiBS ausgewertet. Die bundesweiten Befragungen bilden die Grundlage für eine Vielzahl von Indikatoren und Kennzahlen, die in das Monitoring einfließen.

Katrin Hüskens, Katharina Kopp, Christiane Meiner-Teubner, Ninja Olszenka,
Jessica Trixa, Johannes Wieschke

Umstellung der Bevölkerungszahlen

*Bedeutung des Zensus 2022 für Beteiligungsquoten und elterliche Bedarfe
an ganztägigen Angeboten für Grundschul Kinder
München 2026 | 37 Seiten | Download kostenlos verfügbar:
www.dji.de/veroeffentlichungen/broschueren*

Seit dem Jahr 2024 veröffentlicht das Statistische Bundesamt die Bevölkerungsgröße ausschließlich als Fortschreibung auf Basis des Zensus 2022. Dadurch kommt es zu einem „Zeitreihenbruch“, der insbesondere bei der Untersuchung von zeitlichen Verläufen berücksichtigt werden muss. Forschende des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Forschungsverbunds DJI/TU Dortmund haben anhand der Daten des Schuljahres 2023/2024 untersucht, welchen Einfluss diese Zensus-Umstellung auf die Zeitreihenvergleiche der zentralen Kennwerte zum Monitoring des Ausbaus der ganztägigen Förderung für Kinder im Grundschulalter hat. Dazu wurden die Kennwerte zu Vergleichszwecken zusätzlich mit den Bevölkerungsdaten auf Grundlage des Zensus 2022 berechnet und mit den offiziell ausgewiesenen Kennwerten (basierend auf dem Zensus 2011) verglichen. Die vorliegende Broschüre fasst die zentralen Ergebnisse zusammen und zeigt methodische Herausforderungen bei der Berechnung der Beteiligungsquoten von Kindern im Grundschulalter in ganztägigen Angeboten auf. Um auch Aussagen über die Nachfrage und Inanspruchnahme von außerunterrichtlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten im Grundschulalter zu treffen, werden außerdem die elterlichen Bedarfe anhand der DJI-Kinderbetreuungsstudie (KiBS) dargestellt und vor dem Hintergrund der neuen Bevölkerungsdaten ausgewertet. Schließlich wird die Lücke zwischen den elterlichen Bedarfen und der Beteiligungsquote gemäß beiden Berechnungsgrundlagen gegenübergestellt und Bilanz gezogen.



Das **Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI)** ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit mehr als 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis. Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 380 Beschäftigte tätig, unter ihnen etwa 240 Wissenschaftler:innen. Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) und der Bundesländer. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen unter anderem von der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2, 81541 München

Verantwortlich für den Inhalt

Forschungsdirektorin Prof. Dr. Susanne Kuger

Redaktion

Leitung: Birgit Lindner
Telefon: 089 62306-180, Fax: -265
E-Mail: blindner@dji.de

Redaktionelle Mitarbeit: Uta Hofele,
Thorsten Tynior (Schlussredaktion)

Wissenschaftliche Autor:innen

Prof. Dr. Birgit Reißig, Prof. Dr. Susan Seeber
(Georg-August-Universität Göttingen),
Dr. Susanne Lochner, Dr. Mirjam Weis,
Dr. Christine Steiner, Dr. Stefan Hofherr,
Prof. Dr. Hubert Ertl (Bundesinstitut für Berufsbildung),
Philipp Reimann, Dr. Frank Tillmann,
Theresa Prenzel, Jenny Richter, Dr. Sabrina Hoops,
Dr. Diana Willems, Bernd Holthusen,
Dr. Bettina Grüne, Dr. Veronika Thalhammer

Redaktionsassistenz und Vertrieb

Inge Kraus
Telefon: 089 62306-394, Fax: -265
E-Mail: impulse@dji.de

Gestaltung

FunkE Design
Sandra Koch, Julia Kessler, www.funk-e.de

Druck und Versand

Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg

ISSN 2192-9335

Das Forschungsmagazin **DJI Impulse** berichtet allgemein verständlich über die Forschungsarbeiten am Deutschen Jugendinstitut und richtet sich an ein breites wissenschaftsinteressiertes Publikum. Jede Ausgabe widmet sich einem Schwerpunktthema, das auch online umgesetzt und durch digitale Formate ergänzt wird. Die Hefte erscheinen in der Regel viermal im Jahr. Die Auflage beträgt 7.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autor:innen wieder und können nicht als offizielle Stellungnahme des DJI interpretiert werden. Ein Nachdruck der Texte ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. DJI Impulse kann kostenlos bestellt und auf Wunsch auch abonniert werden. www.dji.de/impulse



Deutsches
Jugendinstitut

DER DJI-VIDEOCAST PERSPEKTIVEN

Lösungsansätze für eine lebenswerte Zukunft

Zu jedem Schwerpunkt des Forschungsmagazins DJI Impulse gibt es ein Videointerview mit Wissenschaftler:innen auf dem YouTube-Kanal des Deutschen Jugendinstituts (DJI).

🔗 www.dji.de/videocast-perspektiven-folge11



DER DJI-VIDEOCAST //
PERSPEKTIVEN

Wie sich soziale Ungleichheiten
im Bildungssystem besser
ausgleichen lassen

Prof. Dr. Birgit Reißig
Bildungsforscherin und Leiterin der DJI-Abteilung
„Übergänge im Jugendalter“

